Journal der Ökologisch-Demokratischen Partei | 30. Jahrgang
ISSN 1430-6646 | 2,30 Euro

ödp

30 Jahre ÖDP: Ereignisse, Chancen, Gefahren, Visionen 42

Rückblick auf den ÖDP-Bundesparteitag in Erding 46

Bernhard Suttner erhält das Bundesverdienstkreuz 48

Das ÖDP-Journal

Nr. 157 Februar 2013

Ökologie Politik

Ethik in Politik und Wirtschaft

INHALT

UMSCHAU

Ökolumne: Der Klimagipfel von Doha 4

Umwelt und Gesellschaft 5

Neues aus der ÖDP 7

Bücher 8

TITELTHEMA: Ethik in Politik und Wirtschaft

Parteispenden
Der Kauf politischer Entscheidungen *von Stefan Reinecke* 10

Nebeneinkünfte von Abgeordneten
Peer Steinbrück ist kein Einzelfall *von Martin Reyher* 13

Parteienfinanzierung
ÖDP klagt vor dem Bundesverfassungsgericht *von Dr. Claudius Moseler* 16

Über Byung-Chul Han
Transparenz ist noch keine Wahrheit *von Günther Hartmann* 18

Nahrungsmittelspekulation
Lukrative Geschäfte mit dem Hunger *von Jutta Sundermann* 20

Landgrabbing
Unser Land – unser Leben *von Marita Wiggerthale* 24

Gemeinwohl-Ökonomie
Wertorientierte Marktwirtschaft *von Jürgen Osterlänger* 28

Weiterentwicklung der Katholischen Soziallehre
Nachhaltigkeit ist ein ethisches Prinzip
von Prof. Dr. Markus Vogt und Dr. Jochen Ostheimer 32

Centrum für Globales Lernen
Grenzübergreifend dicke Bretter bohren
von Dr. Jörg Alt SJ und Samuel Drempetic 36

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder *von Sebastian Frankenberger* 40

Neues aus dem Bundesverband *von Dr. Claudius Moseler* 41

30 Jahre ÖDP 42

Aktuelles aus dem Bundesverband 46

Verbände 48

Aktionen 56

Presseticker 60

Pressespiegel 62

Leserbriefe 64

Mitglieder berichten 66

Impressum 23

Titelfoto: Deutscher Bundestag / Marc Steffen Unger

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Sie halten eine runderneuerte ÖkologiePolitik in Ihren Händen. Das bisherige Layout stammte aus dem vorletzten Jahrzehnt. Es war Mitte der 1990er-Jahre zusammen mit dem damals neuen ÖDP-Corporate-Design eingeführt und seither nur minimal verändert worden. Bis zum Jahr 2009 wechselte die Farbe der Titelseite mit jeder Ausgabe: von Orange zu Gelb zu Grün zu Lila und dann wieder zu Orange. Seither hat jede Ausgabe eine orangefarbene Titelseite. Das „aufgehende Ö" – auch spöttisch „Frosch" genannt – verschwand gar erst Ende 2011 im Zuge einer vorweggenommenen Neugestaltung der Titelseite. Das waren alles Anpassungen an ein Corporate Design, das sich im Alltagsgebrauch der Parteiarbeit mehr oder weniger von selbst verändert hatte.

Die Namensänderung von „Ökologie und Politik" in „ÖkologiePolitik" geschah übrigens schon 1990. Der Name bleibt künftig der gleiche, aber ansonsten haben wir nun umfangreichere Änderungen vorgenommen. Die Schrift ist größer und die Spalten sind breiter, was das Lesen erleichtert. Zudem ist Orange als dritte Farbe auch im Heftinneren zu finden, was die Seiten belebt und freundlicher wirken lässt. Auch das Format hat sich geändert: Vom klassischen DIN-A4 sind wir auf ein kleineres Sonderformat gewechselt, das sich zum Lesen in Bus und Bahn und zum Transportieren in Handtaschen und Rucksäcken besser eignet. Am inhaltlichen Umfang und an den Herstellungskosten hat sich dabei nichts geändert: Statt wie bisher 36 große hat das Heft nun 68 kleine Seiten, wobei der Papierverbrauch durch die bessere Ausnutzung der großen Druckbögen insgesamt sogar leicht sank.

Auch die inhaltliche Gliederung hat sich geändert. Bisher hatte das Heft drei große Teile: Der Anfang bestand aus parteiinternen Artikeln, die Mitte aus allgemeinen Artikeln und der Schluss wieder aus parteiinternen Artikeln. Diese „Sandwich-Struktur" haben wir nun durch eine klarere Zweiteilung ersetzt: Nach einem kurzen Auftakt mit Kurzmeldungen folgt zunächst ein langer allgemeiner Teil und dann ein langer parteiinterner Teil. Der parteiinterne Teil kommt nach dem allgemeinen, weil das dem Selbstverständnis der ÖDP entspricht: Sie versteht sich nicht als Selbstzweck, nicht als Sprungbrett für eine politische Karriere, die dann wiederum Sprungbrett ist für einen hoch bezahlten Job bei einem Großkonzern oder Branchenverband, sondern als Korrektiv, als Reaktion, als Antwort auf das, was falsch läuft in Politik und Gesellschaft. Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen, wie Ihnen unser neues Magazin gefällt.

Viel Spaß beim Lesen wünschen Ihnen

Ihr *und Ihre*

Günther Hartmann
Verantwortlicher Redakteur

Florence von Bodisco
Stellv. Verantwortliche Redakteurin

Ökolumne *von Ulrich Brehme*

Der Klimagipfel von Doha

Im Dezember fand die Klimakonferenz in Katars Hauptstadt Doha stand. Nur mit viel Druck der Konferenzleitung wurde überhaupt eine Fortsetzung des Kyoto-Protokolls durchgesetzt. Als das Kyoto-Protokoll beschlossen wurde, entfiel mehr als die Hälfte der weltweiten Treibhausgas-Emissionen auf die Mitgliedsstaaten. Nach dem Ausstieg von Russland, Kanada und Japan unterstützen nur noch die EU, Australien, die Schweiz und Norwegen das Klimarahmenabkommen. In China und Indien, den USA, Brasilien und allen Industriestaaten ist das Wirtschaftswachstum immer noch wichtiger als der Klimaschutz.

Derzeit opponiert vor allem Polen gegen schärfere Klimaziele in Europa. Polen bezieht mehr als 90 % seiner Energie aus Kohlekraftwerken. Das osteuropäische Land sperrt sich dagegen, dass die EU ihre Klimaschutzziele hochschraubt und den CO_2-Ausstoß bis 2020 um 30 % statt um 20 % reduziert.

So reiht sich eine Klimakonferenz an die nächste, ohne dass greifbare Ergebnisse erzielt werden. Das 2-Grad-Ziel der globalen Temperaturänderung gegenüber dem vorindustriellen Niveau ist wohl nicht mehr erreichbar. Die Weltbank errechnete, dass die Erderwärmung auf mehr als 4 Grad Celsius hinauslaufen wird, wenn erst ab 2020 die CO_2-Emissionen gesenkt werden. Die Unternehmensberatung PWC errechnete eine Erderwärmung um 6 Grad Celsius in diesem Jahrhundert.

2012 endet das erste Kyoto-Protokoll. Damit werden die Preise im internationalen Emissionshandel und so auch die CDM-Mechanismen zur Klimaschutzkooperation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zusammenbrechen. Es wäre sinnvoll, den Emissionshandel neu zu starten und alte Emissionsrechte vollständig verfallen zu lassen.

Einige Länder haben ärmeren Staaten kurzfristig Geld für den Einsatz klimafreundlicher Energien und die Anpassung an den Klimawandel zugesagt. Dazu zählen Deutschland mit jeweils 1,8 Milliarden Euro für 2013 und 2014 und Großbritannien mit insgesamt 2,2 Milliarden Euro. Unklar bleibt, wie der Gesamtbetrag auf 100 Milliarden Dollar (77 Milliarden Euro) gesteigert werden soll, die ab 2020 jährlich versprochen worden sind.

Wichtige Auswege aus der Klimakatastrophe sind der Ausbau des Anteils der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung, der in Deutschland bereits etwa 25 % ausmacht. Die Energieeffizienz muss schneller gesteigert werden. Eine Einsparung von 40 % CO_2 im Bereich der Wärmeversorgung und auch im Bereich der Mobilität ist erreichbar. ■

Foto: philipus / Fotolia.com

Umwelt & Gesellschaft *von Ulrich Brehme*

Die Deutschen verlieren Lust auf Kinder

In Deutschland werden immer weniger Kinder geboren und im globalen Vergleich ist der Anteil dauerhaft kinderloser Frauen einer der höchsten. Die Untersuchung „(Keine) Lust auf Kinder?“ des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) liefert eine differenzierte Analyse dieser Entwicklung. Es zeigt sich, dass die Ursachen vielschichtig sind und sich nicht auf die ökonomische Situation reduzieren lassen, sondern dass auch soziale und kulturelle Faktoren wichtig sind. Es existiert eine große regionale Vielfalt zwischen West und Ost sowie zwischen Stadt und Land. Für die Verwirklichung von Kinderwünschen spielen individuelle Einstellungen eine entscheidende Rolle. Daher geht die Studie auch der Frage nach, welche Bedeutung Familie und Kinder haben und welche Vorstellungen über das Leben mit Kindern und die gesellschaftliche Anerkennung von Elternschaft existieren.

» *www.bib-demografie.de → Veröffentlichungen → Broschüren*

Autofahren mit 2.000 Euro pro Jahr subventioniert

Mit dem vom ADAC oft bemühten Bild vom „Autofahrer als Melkkuh der Nation“ räumt eine Studie des Verkehrswissenschaftlers Udo Becker gründlich auf. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass der Autoverkehr für unsere Gesellschaft ein teures Zuschussgeschäft ist. In der EU verursacht jedes angemeldete Auto jährlich Kosten von durchschnittlich 1.600 Euro, in Deutschland gar mehr als 2.000 Euro. Der Betrag errechnet sich aus den Folgekosten von Autounfällen, Lärm, Schadstoffausstoß und anderen Umweltschäden. Die Datenbasis stammt aus zahlreichen anderen Studien, die in den letzten Jahren in europäischen Ländern erstellt wurden. An die Adresse der Politik geht die Empfehlung, künftig die externen Kosten des Autoverkehrs regelmäßig zu schätzen und „sanfte Wege zur Einbeziehung dieser Kosten in die Verkehrspreise“ zu finden.

» *www.tu-dresden.de → Suche: „Autos in der EU-27“*

Uranmunition schädigt Gesundheit massiv

Die gesundheitlichen Schädigungen durch Uranmunition sind für Zivilbevölkerung, Soldaten und Umwelt gravierend. Das ist das Ergebnis einer Studie der „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.“ (IPPNW). Die Organisation fordert deshalb die internationale Ächtung von Uranmunition. Armeen nutzen sie, um damit Panzer oder Bunker zu zerstören. Uran entfaltet aufgrund seiner extrem hohen Dichte eine größere Durchschlagskraft als konventionelle Munition – und erhitzt sich nach einem Treffer extrem und zerfällt dabei zu feinem Staub. Es entsteht Uranoxid-Aerosol mit Partikelgrößen im Nanobereich, das sich weiträumig verteilen kann. Über die Atemluft, das Wasser und die Nahrungskette gelangt es in den menschlichen Körper, lagert sich dort ab und erzeugt Krebserkrankungen. Im Irak, wo Uranwaffen 1991 und 2003 eingesetzt wurden, berichten Ärzte über den alarmierenden Anstieg schwerer Fehlbildungen bei Neugeborenen.

» *www.kurzlink.de/uranmunition*

Rechtsextreme Einstellungen weit verbreitet

Die Studie „Die Mitte im Umbruch“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) untersuchte die Verbreitung rechtsextremer Haltungen. Demnach ist eine ausländerfeindliche Einstellung in Deutschland weit verbreitet und liegt bei 25 %. Ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild besteht bei 9 %. Gleichzeitig liegt die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie als Staatsform aber bei 95 %. Einzelnen islamfeindlichen Aussagen stimmten bis zu 60 % der Befragten zu.

» *www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_12/mitte-im-umbruch_www.pdf*

Fukushima-Betreiber spielte Risiken herunter

Mehr als eineinhalb Jahre nach dem Atomunglück von Fukushima hat die Betreibergesellschaft Tepco die bewusste Verharmlosung der Gefahren eingeräumt. Das

Unternehmen erklärte in einem Bericht, das Risiko heruntergespielt zu haben, um eine Schließung des Atomkraftwerks aus Sicherheitsgründen zu vermeiden. Wären vor dem Unglück weitreichende Sicherheitsmaßnahmen angeordnet worden, so hätte dies den Eindruck erweckt, Atomkraftwerke seien nicht sicher.

» *www.tagesschau.de/ausland/fukushima718.html*

Oettinger fordert Zwangshaftpflicht für AKWs

Ein Stresstest hat zahlreiche Sicherheitsmängel der europäischen Atomkraftwerke offenbart. Als Reaktion darauf fordert EU-Energiekommissar Günther Oettinger nun, die Betreiber müssten sich per Haftpflicht gegen Atomunfälle versichern. Zugleich drängte Oettinger die Mitgliedsstaaten dazu, bis 2014 ein Entsorgungskonzept für Atommüll vorzulegen – „ohne Exporte aus der EU“. Fast alle der 145 Reaktoren in den EU-Ländern haben dem Stresstest zufolge Sicherheitslücken. Um die Mängel zu beheben, müssten die Betreiber EU-weit zwischen 10 und 25 Mrd. Euro investieren. Vorschreiben kann Brüssel diese Nachrüstung allerdings nicht.

» *www.klimaretter.info → Suchbegriff: Zwangshaftpflicht*

Armut entspricht nicht der Regierungsmeinung

Die Bundesregierung hat ihren Armuts- und Reichtumsbericht in einigen Passagen entschärft. Die Aussage „Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt“ ist in dem überarbeiteten Text nicht mehr enthalten. Auch Aussagen zur Lohnentwicklung fehlen. In der ersten Fassung hatte noch gestanden, dass „die Lohnentwicklung im oberen Bereich positiv steigend war“, die unteren Löhne in den vergangenen zehn Jahren aber „preisbereinigt gesunken“ seien und dass manchen Alleinstehenden mit Vollzeitjob der Stundenlohn nicht für die Sicherung des Lebensunterhalts reiche. Jetzt heißt es nur noch, dass dies die Armutsrisiken verschärfe und „kritisch zu sehen“ sei.

Der Satz „Allerdings arbeiteten im Jahr 2010 in Deutschland knapp über vier Millionen Menschen für einen Bruttostundenlohn von unter sieben Euro“ wurde gestrichen. Der Bericht, den das Bundesarbeitsministerium alle vier Jahre erstellt, war Mitte September an die anderen Ressorts gegangen. Wirtschaftsminister Philipp Rösler hatte zur ersten Fassung gesagt, diese entspräche nicht „der Meinung der Bundesregierung“.

» *www.tagesschau.de/inland/armutsbericht106.html*

Foto: NABU / Klemens Karkow

„Dino des Jahres 2012“ geht an: Ilse Aigner

Der Naturschutzbund (NABU) zeichnete Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner als „Dinosaurier des Jahres 2012“ aus. Sie erhält den Negativpreis für ihre rückwärtsgewandte Klientelpolitik, die den Prinzipien einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Politikgestaltung widerspricht. „Dies betrifft insbesondere ihr Festhalten an einer umweltschädlichen Agrarpolitik und ihr enttäuschendes Engagement für ein besseres Tierschutzgesetz“, sagt NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Hinzu kommt ihre Blockade bei der Neugestaltung eines umweltverträglicheren Jagdrechts sowie ihr fehlendes Engagement für eine nachhaltigere Fischereipolitik. „Im Bereich Landwirtschaft finden bei Frau Aigner im Wesentlichen die Wünsche der Agrarindustrie und des Bauernverbandes Gehör. Wir sind auf dem besten Weg, die Brüsseler Milliardenzahlungen an den Agrarsektor bis zum Ende des Jahrzehnts zu zementieren“, kritisiert Tschimpke. Jedes Jahr fließen rund 57 Mrd. Euro gießkannenartig in die europäische Landwirtschaft, wobei immer noch Betriebe gefördert werden, die durch großflächigen Maisanbau, Pestizideinsatz und Massentierhaltung der Umwelt schaden. Die ausführliche Begründung für die Preisvergabe steht im Internet zum Download bereit.

» *www.nabu.de → Aktionen & Projekte → Dino des Jahres*

Internetportal für „Seitenwechsler“

Eben noch Politiker, jetzt schon Lobbyist – wie durch eine Drehtür wechseln immer wieder Spitzenpolitiker in die Lobbyabteilungen von Unternehmen oder Verbänden. Dadurch kaufen sich die Interessengruppen einen direkten Draht zur Politik ein. Der Ex-Politiker kennt seine ehemaligen Kollegen und weiß „wie der Hase läuft“. Dabei stellt sich immer wieder die Frage, ob Politiker schon während ihrer Amtszeit Entscheidungen im Hinblick auf spätere lukrative Jobs treffen. Ein prominenter Fall war Ex-Kanzler Gerhard Schröder, der sich in seiner Regierungszeit für den Bau einer Gaspipeline von Russland nach Deutschland einsetzte und nach seiner Abwahl zum ausführenden Unternehmen wechselte. Doch das ist nur die „Spitze eines Eisbergs“. Die „Seitenwechsler“ der Bundesregierungen und der Europäischen Union sind nun auf einem Internetportal der Organisation LobbyControl zu finden – zeitlich und alphabetisch geordnet.

» *www.lobbypedia.de → Seitenwechsel*

Neues aus der ÖDP *von Florence von Bodisco*

Dirk Uehlein ist neuer Vorsitzender des ÖDP-Bundesarbeitskreises Christen und Ökologie

Der neue Vorsitzende des Arbeitskreises Christen und Ökologie: Dirk Uehlein

Die Vertreter des Arbeitskreises wählten den 44-jährigen Steuerberater Dirk Uehlein zum neuen Vorsitzenden. Stellvertreter wurde Martin Weinmann, zu den Beisitzer wurden Dieter Nießner, Herbert Alexander Gebhardt und Ingulf-Michael Andres gewählt.

Die nächste Herausforderung für den Arbeitskreis wird die Teilnahme am evangelischen Kirchentag Anfang Mai in Hamburg sein.

» *Kontakt: bakchristen@oedp.de*

Franz Stadler ist 2. Bürgermeister in Wildenberg

Franz Stadler

ÖDP-Mitglied Franz Stadler wurde in einer spannenden Abstimmung per Los im Oktober zum 2. Bürgermeister der Gemeinde Wildenberg gewählt. Wildenberg hat rund 1300 Einwohner und liegt im Regierungsbezirk Niederbayern. Wir gratulieren ganz herzlich!

„Gero-Mobil“: Mobil im Wahlkampf

Mit einem ungewöhnlichen Fahrzeug macht die ÖDP in Niedersachsen Wahlkampf. Gero Satorius, Spitzenkandidat zur Bundestagswahl, steht regelmäßig in den niedersächsischen Fußgängerzonen, um für die ÖDP zu werben. Dabei wird er von dem nach ihm benannten „Gero-Mobil“ begleitet, das auffällt und ganz ohne Motor auskommt.

» *Kontakt: www.ödp-niedersachsen.de*

Foto: Landesverband Niedersachsen

Eine pfiffige Idee im Wahlkampf: das „Gero-Mobil“

Bücher

Energiemarkt

Dr. Aribert Peters,
Leonora Holling
Energie für Verbraucher
So sparen Sie Geld und
kommen zu Ihrem guten Recht
Bund der Energieverbraucher,
August 2012
304 Seiten, 12.80 Euro
978-3-9813662-1-1

Durch eine Reihe neuer Gesetze und Verordnungen ist der Markt für Strom, Gas, Fernwärme und Flüssiggas kompliziert geworden. Dieses Buch informiert gründlich, aber sehr verständlich und mit vielen Beispielen über den Energiemarkt. Es bietet eine Orientierung in der Vielfalt der Anbieter, Tarife und gesetzlichen Regelungen. Dabei werden auch praktische Probleme wie Recht auf Versorgung, Preiserhöhungen, Versorgungssperren und finanzielle Hilfen für Energie behandelt, die den Ratgeber zu einer unentbehrlichen Lektüre für Kommunalpolitiker und Sozialhelfer, aber auch für private Energieverbraucher machen. Der Bund der Energieverbraucher berücksichtigt in seinen Veröffentlichungen stets auch die ökologischen und sozialen Aspekte. Das macht ihn zu einer wertvollen Informationsquelle, die sich wohltuend von den vielen rein wirtschaftlich orientierten Veröffentlichungen zu diesem Thema abhebt. (kb)

Lobbyismus I

Klaus Buchner
Unser Land unterm Hammer
Wer regiert uns wirklich?
Tao.de, November 2012
116 Seiten, 12.99 Euro
978-3-95529-015-3

Wer zieht im Hintergrund die Fäden? Dieser Frage geht der ehemalige ÖDP-Bundesvorsitzende, Prof. Dr. Klaus Buchner, in seinem Buch „Unser Land unterm Hammer. Wer regiert uns wirklich?“ nach. Zunächst schreibt Buchner über die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland und auch der Europäischen Union (EU). Gerade der EU wirft er Demokratiedefizite vor und fordert, „dass das Wohl der Bürger Vorrang vor den Interessen des Kapitals haben muss“. In den nächsten Kapiteln geht es anhand von Beispielen um die Einflussnahme der Lobbyisten auf die Politik.

Ein Beispiel, das Buchner herausgreift, ist die Massentierhaltung. Hier fragt er, ob die Politiker, die der Massentierhaltung keinen Riegel vorschieben, sich wirklich dem Bürger verpflichtet fühlen oder nur der Agrarindustrie. Weiter beschäftigt sich Buchner mit der Euro-Krise, beleuchtet die Hintergründe und warnt vor einer Inflation, die die sozial Schwachen und die Mittelschicht besonders treffen würde. Im Schlusskapitel wirft der Autor die Frage auf, wie wir den Problemen begegnen sollten. Einen Lösungsweg sieht er in der Ausweitung der Demokratie, einen weiteren in der Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit. Außerdem betont Buchner die Wichtigkeit des Friedens.

Besonders hervorzuheben an diesem lesenswerten Buch ist die Tatsache, dass sich Buchner nicht nur mit der Darstellung von Problemen begnügt, sondern auch immer wieder positive Visionen und Lösungswege entwirft. (fb)

Lobbyismus II

Ines Pohl (Hrsg.)
Schluss mit Lobbyismus!
50 einfache Fragen, auf die es
nur eine Antwort gibt
Westend, 2012
224 Seiten, 14.99 Euro
978-3-86489-024-6

50 Beispiele von Lobbyismus decken die Autorinnen und Autoren des Buches „Schluss mit Lobbyismus!“ auf. Herausgeberin des Sammelbandes ist Ines Pohl, Chefredakteurin der tageszeitung (taz). Ob es um direkte Einflussnahme auf Politiker geht, wie bei Firmenspenden an Parteien, oder ob das Ganze eher versteckt abläuft – Lobbyisten wissen, wo sie ansetzen müssen, um ihre Ziele zu erreichen. Warum ist z. B. ausgerechnet die Luftfahrt von der Kerosinsteuer befreit? Zum einen gibt es durchaus Nähe diverser Politiker zur Luftfahrtindustrie, zum anderen gründeten die Airlines einen starken Lobbyverband, der seine Arbeit fleißig macht. Der Grund, warum es immer noch keine Kerosinsteuer gibt, ist laut Autor Bernd Müllender folgender: „Seit Jahrzehnten blockt die Allianz aus konservativen Verbänden und den großen Mehrheiten in der Politik ab.“

Ebenfalls aufschlussreich ist das Kapitel der Autorin Gaby Sohl über die Verabreichung von Psychopharmaka an Kinder. Pharmafirmen, so Sohl, hätten über diverse PR-Kanäle die Möglichkeit, Kinderärzte und Eltern für ihre Argumente zu gewinnen. Im Jahr 2006 wurden Schätzungen zufolge bis zu 100.000 Kinder in Deutschland mit ADHS-Medikamenten behandelt. ADHS (Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom) wird schnell diagnostiziert, wenn Kinder den in sie gesetzten Erwartungen nicht entsprechen. Gängiges Medikament ist das mittlerweile recht bekannte Ritalin. Die Autorin wörtlich: „Das ‚Ghost Management‘ der Pharmafirmen im Hintergrund bedient ein großes Spektrum: Sie bezahlen gewiefte PR-Agenturen für fachwissenschaftlich daherkommendes Säusel-Marketing, das gefährliche Nebenwirkungen ganz verschweigt oder schönredet und Kritiker diffamiert oder lächerlich macht.“

Fazit des Buches: Wer es liest, wird auf jeden Fall sensibilisiert für die üblen Machenschaften der Lobbyisten und schaut genauer hin, wer im Hintergrund welche Ziele verfolgt. (fb)

Finanzkrise

Günther Moewes
Dilettantismus oder Komplizenschaft?
und „Das kleine Lexikon
der ökonomischen
Sprachtäuschung“
PAD, Juni 2012
60 Seiten, 5.00 Euro
978-3-88515-246-0

Was uns als sogenannte „Eurokrise“, „Finanzkrise“ oder „Schuldenkrise“ präsentiert wird, ist für Günther Moewes vor allem eins: eine Verteilungskrise. Die Ursache aller Krisen sieht er in den immer gewaltigeren privaten Geldvermögensüberschüssen einer kleinen Oberschicht. Und fast alle von den Regierungen ergriffenen Maßnahmen – egal ob „Rettungsschirme“ oder „Rettungsflutungen“ – haben stets eins gemeinsam: Sie vergrößern die Umverteilung von unten nach oben, von den Bevölkerungen an die Finanzoligarchen.

Die wichtige Rolle der Begriffe und Sprachregelungen bei der Vernebelung von Ursachen und der Durchsetzung von Scheinlösungen zeigt Moewes mit einem Glossar. (gh)

BITTE PROTESTIEREN! *von Edgar Guhde*

Island will EU-Naturschutzgesetze aufweichen

Schreiben Sie bitte an:
Štefan Füle | European Commissioner for
Enlargement and Neighbourhood Policy
200, Rue de la Loi | B-1049 Brussels (Belgium)
http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/fule/

Sehr geehrter Herr Kommissar Füle,

bei den Verhandlungen zum Beitritt zur EU hat die Regierung von Island die Änderung verschiedener europäischer Naturschutzrichtlinien gefordert. Neben dem Walfang soll die Jagd auf europaweit streng geschützte Alkenvögel sowie der Fang von Papageitauchern zur Brutzeit und die Entnahme von Eiern aus Seevogelkolonien auch nach einem Beitritt Islands zur EU fortgeführt werden.

Der Schutz von Walen und Seevögeln gehört zu den Umweltstandards, auf die sich alle Europäer geeinigt haben. Die Jagd auf diese Arten – vor allem während der Fortpflanzungsperiode – kann nicht nachhaltig sein und widerspricht deshalb den Zielen der FFH-Direktive sowie der Europäischen Vogelschutzrichtlinie. Ich bitte Sie deshalb, sich dafür einzusetzen, dass Island seine Jagdgesetzgebung an die in der EU anpasst und nicht umgekehrt!

Mit freundlichem Gruß

Dear Commissioner Füle,

in the course of the negotiations for its accession to the European Union the Government of Iceland has demanded amendments to various European nature conservation guidelines. After its accession to the EU, in addition to whale hunting, Iceland wishes to continue with hunting of strictly protected Auk species, the trapping of Puffins during the breeding season, as well as the taking of eggs from seabird colonies.

The conservation of seabirds and whales is an integral part of the environmental standards agreed by all EU member states. Hunting of these protected avian and mammal species, especially during the reproduction phase, can in no way be considered sustainable and therefore contradicts the objectives of both the EU Birds and Habitats Directives. I urge you to use the powers of your office to ensure that, as a prerequisite to accession, Iceland's hunting legislation is amended to meet EU conservation requirements, and not the other way round!

Yours sincerely

Foto: iStock

Parteispenden

Der Kauf politischer Entscheidungen

Immer wieder stellt sich heraus: Großspender kaufen politische Entscheidungen. Da stellt sich natürlich die Frage: Warum dürfen dann ausgerechnet die Parteien über ihre Spenden entscheiden?

von Stefan Reinecke

August Baron von Finck verfügt über ein Vermögen von mehr als acht Milliarden Euro. Zu seinem Imperium zählen Technologiekonzerne, Maschinenbaufirmen und die Hotelgruppe Mövenpick. Gelegentlich beliebt es dem Baron, ihm genehme politische Kampagnen mit Geld zu bedenken. So unterstützte er in den Neunzigerjahren die Kampagne gegen die Einführung des Euro, bekanntlich ohne Erfolg. Als deutlich wirkungsvoller erwies sich der Einsatz von Mitteln der Substantia AG, die zu Fincks Firmengruppe gehört. Diese zahlte 2008 und 2009 insgesamt 1,1 Millionen Euro an die FDP. Auch die CSU profitierte von zwei Spenden aus dem Hause Finck, Volumen: 820.000 Euro.

Das zahlte sich aus. Denn nachdem Schwarz-Gelb 2009 die Bundestagswahl gewonnen hatte, machten sich Liberale und CSU als erstes für eine deftige Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Hotelübernachtungen von 19 auf 7 % stark. Davon profitierte direkt ein Unternehmen wie Mövenpick, das in Deutschland vierzehn florierende Hotels betreibt.

Das alles war ganz legal. Denn in Deutschland dürfen Unternehmen politischen Parteien unbegrenzt mit Geld unter die Arme greifen. Ein direkter Zusammenhang zwischen den Schecks und der für Mövenpick recht erfreulichen Steuersenkung lässt sich natürlich nicht nachweisen. Doch gerade dieses Diffuse, die indirekte Wirkung von Parteispenden durch Großunternehmen, ist bedrohlich für die Demokratie. Denn deren Glaubwürdigkeit zerfällt, wenn sie käuflich erscheint.

Beispiel zwei: Die Waffenfirma Heckler & Koch spendierte der FDP zwischen 2009 und 2011 20.000 Euro. Auch das schien völlig legal zu sein. Allerdings gab es eine verdächtige Stückelung in 5.000-Euro-Überweisungen, offenbar um die Veröffentlichungspflicht zu umgehen, die für Spenden über 10.000 Euro im Jahr gilt. Heckler & Koch ist direkt von politischen Entscheidungen abhängig: Waffenexporte müssen in Deutschland von der Regierung genehmigt werden. Und die schwäbische Waffenfabrik, die laut Wikipedia an 88 Länder, darunter übrigens auch Griechenland, liefert, verdiente von 2005 bis 2010 viel Geld mit dem Verkauf von Sturmgewehren nach Mexiko. 2010 unterband das Wirtschaftsministerium den lukrativen Deal. Daraufhin spendete Heckler & Koch an die Liberalen – und zwar direkt an die FDP Tuttlingen. Das ist der Kreisverband von Ernst Burgbacher, der als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium mittelbar an Waffenexportgenehmigungen beteiligt ist. Die Staatsanwaltschaft in Stuttgart mochte da nicht an Zufall glauben und machte im Winter 2011 bei einer Razzia interne Firmenmails dingfest, die den Verdacht erhärteten: Heckler & Koch wollte mit dem Geld für Burgbachers Kreisverband die Chancen verbessern, wieder ungestört Waffen nach Mexiko zu verkaufen.

Ähnlich raffiniert agierte der Konzern Gauselmann, der mit Spielautomaten mehr als eine Milliarde Euro Jahresumsatz macht. Weil Politiker immer mal wieder Verbote des Spielautomatenbusiness ins Gespräch bringen, baute der Konzern vor. Über die Jahre spendeten leitende Konzernmitarbeiter eine Million Euro an Union, SPD, FDP und Grüne, in kleinen Tranchen. Das Geld tauchte in Rechenschaftsberichten der Parteien daher nicht auf – die Zahlungen lagen unter der 10.000-Euro-Grenze, ab der die Veröffentlichungspflicht gilt.

Diese drei Fälle sind spektakulär. Es mögen Einzelfälle sein – aber sie verdeutlichen ein generelles Problem. Wenn mächtige Privatleute oder große Unternehmen politischen Parteien Geld schenken, dann geschieht dies nicht immer aus reiner, selbstloser Liebe zu Demokratie und Parlament. Vieles bewegt sich in einer Grauzone zwischen gezielter und damit justizieller Einflussnahme wie im Fall Heckler & Koch und nicht minder problematischen Versuchen, Entscheidungsträger mit Geld zu bedenken, die zufällig über Dinge befinden, die die vitalen Interessen der spendenden Unternehmen betreffen, wie im Fall Mövenpick.

Die deutsche Politik tut sich seit Jahrzehnten ausgesprochen schwer damit, dem mit einem klaren Regelwerk beizukommen. Einige Details wurden zwar 2002 verändert. So müssen seitdem Spenden über 50.000 Euro zügig vom Bundestag veröffentlicht werden. Doch das Grundproblem ist ungelöst. Von ausreichender Transparenz, die mögliche Einflussnahmen zumindest sichtbar macht, kann noch längst keine Rede sein.

Dabei ist all das schon lange bekannt. 2001 mahnte die unabhängige „Rau-Kommission“ Änderungen an – etwa beim Sponsoring, das oft nur vertuschte Parteienfinanzierung ist. Unternehmen und Parteien nutzen Sponsoring – zum Beispiel mit völlig überteuerten Standmieten von Firmen auf Parteitagen –, um ein klandestines Geschäft zu machen. Das ist ein guter Deal für beide Seiten: Die Firmen können die Ausgaben, anders als bei Parteispenden, von der Steuer absetzen. Die Parteien müssen die Sponsoren (oder vielmehr Spender) nicht offenlegen und dürfen solche Einkünfte in ihren Rechenschaftsberichten in der Rubrik Sonstiges verstecken.

Doch passiert ist in Sachen Sponsoring seit zehn Jahren nichts. Deutschland ist wegen dieser laxen Parteispendenpraxis sogar ins Visier der EU geraten. Die Anti-Korruptionsinstitution des Europarats GRECO fordert von der Bundesregierung seit Langem endlich wirksame Gesetze gegen geheime Spenden per Sponsoring und eine Veröffentlichungspflicht auch für niedrigere Spenden – damit das Stückeln zumindest schwieriger wird. Doch Bundesregierung und Parlament tun wenig. Die Lage in Deutschland, so GRECO 2012, ist „allgemein unbefriedigend“.

In Deutschland dürfen Unternehmen politischen Parteien unbegrenzt mit Geld unter die Arme greifen.

BUCHTIPP

Ines Pohl (Hrsg.)

Schluss mit Lobbyismus

50 einfache Fragen, auf die es nur eine Antwort gibt.

Westend, 2012

224 Seiten, 14.99 Euro

978-3-86489-024-6

Dass es, zumindest theoretisch, auch anders geht, zeigt das Beispiel Frankreich. Dort sind seit einigen handfesten Skandalen Spenden von Firmen an Parteien seit 1995 generell verboten. Praktisch sieht die Sache indes weniger leuchtend aus. Es mangelt an ausreichend ausgestatteten Kontrollinstanzen und der Erfindungsreichtum von Parteien und Unternehmen, Verbote im Graubereich des Halblegalen zu umkurven, ist ungebremst.

Die Frage lautet: Warum gibt es hierzulande kein ordnungsgemäß überwachtes Verbot von Unternehmensspenden? Warum fordert nur die Linkspartei ein Totalverbot von Firmenspenden? Was hindert die Parteien daran, das Naheliegende zu tun?

Die einfach Antwort darauf lautet: Es ist das Geld selbst. Bei der FDP machen die Spendeneinnahmen ein Drittel des Budgets aus. Bei Union und SPD liegt die Quote niedriger. Doch in Zeiten rapide sinkender Mitgliederzahlen sind gerade die Volksparteien notorisch klamm. Es entspricht schlicht der Logik der Apparate, sich selbst zu erhalten. Zudem ist es für Parteien nicht einfach, andere Finanzquellen aufzutun. Wenn sie mehr Geld pro Wähler fordern, werden sie als Selbstversorger auf Staatskosten gegeißelt und regelmäßig mit einer denkbar miesen Presse bestraft.

Auch der zweite Grund ist banal: Über die Spenden an Parteien entscheiden – genau: die Parteien selbst. Sie entscheiden damit eine höchst sensible Frage, die ihre eigene Existenz und Interessenlage direkt tangiert. Man könnte meinen, dass eine unabhängige Kommission der Königsweg sei, um diesen Konstruktionsmangel elegant zu beheben. Doch die gab es 2001 mit der Rau-Kommission schon mal. Fundamentales geändert hat sich seitdem nicht.

Das Einzige, was gegen die Mesalliance von Privatwirtschaft und Politik hilft, ist offenbar Öffentlichkeit. Nachdem bekannt wurde, wie lässig Ex-Bundespräsident Wulff Privates und Öffentliches vermischt hatte, gingen die Spenden- und Sponsorenaktivitäten von Großspendern wie BMW 2012 erstmals zurück. Denn der Deal zwischen Unternehmen und Parteien lohnt sich nur, wenn darüber nichts Unfreundliches in der Zeitung steht. Ansonsten drohen beide, sich mit Spendenaffären ihren Ruf zu ruinieren. Es mag etwas appellativ und nach jenen Zeiten klingen, als wir noch ganz und gar auf die Kraft der Aufklärung vertrauten: Die wirksamste Waffe gegen die gefährliche Nähe zwischen Unternehmen und Parteien ist: kritische Publizität. Also, mehr davon! ■

Der Artikel wurde dem Buch „Schluss mit Lobbyismus" von Ines Pohl (Hg.) entnommen. Wir bedanken uns beim Verlag Westend für die Abdruckgenehmigung.

Stefan Reinecke, *geboren 1959, studierte Germanistik und Politik und ist seit fünfzehn Jahren als Redakteur und Publizist in Berlin tätig, u.a. als Redakteur beim Tagesspiegel und bei der taz, für die er derzeit als Autor arbeitet.*

Kontakt: www.taz.de

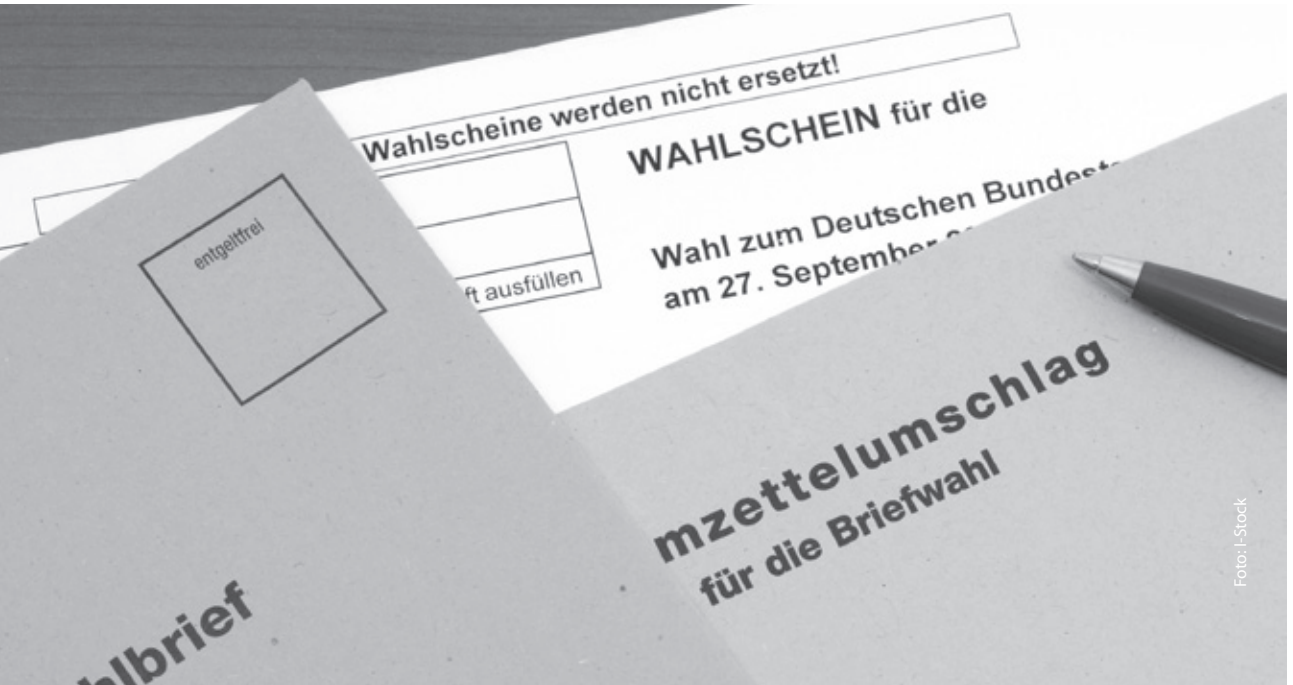


Foto: I-Stock

Foto: Günther Hartmann

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Peer Steinbrück ist kein Einzelfall

Viele Bundestagsabgeordnete erzielen Nebeneinkünfte, die deutlich über ihren Diäten liegen. Das ist bedenklich und wirft Fragen auf: Welche Leistung erhalten die Bürger für das von ihnen gut entlohnte Abgeordnetenmandat? Und welche „Leistungen" erbringen die Abgeordneten für ihre Nebeneinkünfte?

von Martin Reyher

Die hitzige Diskussion um die Nebenverdienste von SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück lenkte davon ab, dass es im Bundestag noch sehr viel mehr Spitzenverdiener gibt, die sich ihre Abgeordnetendiät außerhalb des Parlaments aufbessern. Wie viel sie dabei genau verdienen, ist schwer zu sagen, denn die Höhe ihrer Nebeneinkünfte müssen Bundestagsabgeordnete bisher nur pauschal in drei Verdienststufen angeben: zwischen 1.000 und 3.500 Euro (Stufe 1), bis 7.000 Euro (Stufe 2) und über 7.000 Euro (Stufe 3).

Abgeordnetenwatch.de hat beispielhaft von zehn Abgeordneten die Nebeneinkünfte seit Beginn der aktuellen Wahlperiode im Herbst 2009 berechnet. In einigen Fällen ist es gelungen, die genaue Höhe eines Nebenverdienstes zu ermitteln, so bei Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, deren Vergütungen in den Geschäftsberichten der Unternehmen aufgeführt sind. Die errechneten Summen sind allerdings wegen des Drei-Stufen-Systems lediglich Mindestbeträge. Die tatsächlichen Einkünfte der Abgeordneten dürften weitaus höher liegen.

Nehmen die Abgeordneten ihr Mandat ernst?

Wie hoch sind die Nebeneinkünfte? Wer diese Frage als billigen Neidreflex abtut, lenkt vom eigentlichen Problem ab. Das lautet: Wie ernst nimmt ein Abgeordneter seinen Fulltime-Job im Deutschen Bundestag eigentlich? An der genauen Höhe der Nebeneinkünfte ließe sich jedenfalls ablesen, ob Bundestagsabgeordnete die Regeln, die sie selbst aufgestellt haben, auch einhalten:

■ Steht die Ausübung des Mandats tatsächlich „im Mittelpunkt der Tä-

tigkeit“, wie es das Abgeordnetengesetz verlangt?

- Erbringt ein Abgeordneter tatsächlich eine „angemessene Gegenleistung“ für das Geld, das er mit einer Nebentätigkeit verdient?
- Kommt ein Abgeordneter tatsächlich der Verpflichtung aus der Bundestagsgeschäftsordnung nach und nimmt „an den Arbeiten des Bundestages“ teil, also insbesondere an Plenar- und Ausschusssitzungen?

CDU/CSU und FDP haben kürzlich Pläne für ein zehnstufiges System vorgelegt, das aus ihrer Sicht für ausreichend Transparenz bei den Nebeneinkünften sorgen soll. Doch mit der neuen Regelung lassen sich auch weiterhin große Teile der tatsächlichen Nebeneinkünfte verschleiern. Zeigen lässt sich dies am Beispiel des Bundestagsabgeordneten und früheren Forschungsministers Heinz Riesenhuber. Allein aus vier Aussichtsrats- und drei Verwaltungsratsposten nahm er 298.500 Euro ein, müsste aber nur 210.000 Euro angeben.

298.500 Euro – das ist deutlich mehr, als seine Abgeordnetendiät beträgt. Da kann nur noch schwerlich davon die Rede sein, dass das Mandat im Mittelpunkt seiner Tätigkeit steht, zumal wenn er für sein üppiges Zusatzgehalt auch eine „angemessene Gegenleistung“ erbringen will. Noch schlimmer wäre allerdings, wenn ein Abgeordneter für einen hohen Nebenverdienst keine angemessene Gegenleistung erbringen würde. Denn dann müsste man die Frage stellen, wofür er das Geld überhaupt bekommt. Der Verdacht der Vorteilsnahme oder der Bestechlichkeit stände im Raum.

Petition gegen Abgeordnetenbestechung

Abgeordnetenbestechung ist in Deutschland nicht strafbar. Die UN-Konvention gegen Korruption wurde zwar bereits von 161 Staaten umgesetzt, Deutschland aber weigert sich seit neun Jahren dies zu tun. Damit befindet es sich in „guter Gesellschaft“ von Staaten wie Syrien und Saudi-Arabien. abgeordnetenwatch.de hat aus diesem Grund eine Petition gestartet:

» www.change.org/ abgeordnetenbestechung

Bestechung von Abgeordneten ist erlaubt

Der Skandal dabei ist: Sowohl Vorteilsnahme als auch Bestechung sind bei Bundestagsabgeordneten so gut wie straffrei. Seit 2003 blockiert eine Mehrheit der Abgeordneten im Deutschen Bundestag die Umsetzung einer UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC). Warum sie dies tut, ist ganz offensichtlich: Gäbe es in Deutschland schärfere Anti-Korruptionsgesetze, könnten z. B. übermäßig dotierte Nebeneinkünfte unter den Strafbestand der Abgeordnetenbestechung fallen und wären damit ein Fall für den Staatsanwalt.

Besonders peinlich: Deutschland hat die UN-Konvention gegen Korruption vor neun Jahren zwar unterschrieben, aber im Gegensatz zu 163 anderen Ländern bis heute nicht umsetzen können. Denn die bei uns geltenden Anti-Korruptionsgesetze sind dafür zu lasch, sie erfüllen nicht einmal die erforderlichen Mindeststandards der Vereinten Nationen. Bislang ist in Deutschland überhaupt erst ein einziger Politiker – ein Gemeinderat aus dem brandenburgischen Neuruppin – wegen des Straftatbestandes „Abgeordnetenbestechung“ (§ 108e StGB) verurteilt worden.

Doch andernorts hat die deutsche Entwicklungspolitik gute Ratschläge für die Umsetzung der UN-Konvention parat. Das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wirbt auf seiner Homepage damit, „seit 2004 Kooperationsländer aktiv bei der Umsetzung der UNCAC“ zu unterstützen. In über 70 Projekten leitet das BMZ nach eigenen Angaben seine Kooperationsländer im Kampf gegen Korruption an.

Doch nach jahrelangem Stillstand kommt hierzulande nun offenbar Bewegung in die Sache. Einer der größten Blockierer bislang, der Vorsitzende des Bundestagsrechtsausschusses Siegfried Kauder, kann sich inzwischen grundsätzlich eine Lösung vorstellen, wie sie abgeordnetenwatch.de unterbreitet hatte. Der Gesetzesvorschlag sieht vor, dass künftig alle sogenannten „geldwerten Zuwendungen“ ab 50 Euro strafbar sind, wenn damit gleichzeitig die Arbeit eines Abgeordneten beeinflusst werden soll.

Nach derzeitiger Rechtslage kann ein Lobbyist einem Politiker ungestraft 100.000 Euro zahlen, damit dieser einen Gesetzentwurf im Sinne des Lobbyisten beeinflusst. Denn nach dem Deutschen Strafgesetzbuch ist bislang nur der direkte Stimmenkauf bzw. -verkauf verboten. Dieser bestehende Paragraph 108e ist durchaus sinnvoll, aber er erfasst eben nur einen kleinen Ausschnitt von Abgeordnetenbestechung. Deswegen schlägt abgeordnetenwatch.de einen ergänzenden Paragraphen 108f vor, der die geldwerten Zuwendungen unter Strafe stellt.

Eine von abgeordnetenwatch.de initiierte Petition für die Bestrafung von Abgeordnetenbestechung haben inzwischen weit über 25.000 Menschen unterschrieben. Die Petition wird so lange weiterlaufen, bis Deutschland endlich die Anti-Korruptions-Konvention der Vereinten Nationen umgesetzt hat. ■

Bekannte Nebeneinkünfte von Heinz Riesenhuber

Funktion*	Tatsächliche Einkünfte**	Nach dem neuen System
Aufsichtsrat EVOTEC 2009	22.500 Euro	mind. 15.000 Euro
Aufsichtsrat EVOTEC 2010	25.000 Euro	mind. 15.000 Euro
Aufsichtsrat EVOTEC 2011	20.000 Euro	mind. 15.000 Euro
Verwaltungsrat HBM 2009	65.000 Euro	mind. 50.000 Euro
Verwaltungsrat HBM 2010	65.000 Euro	mind. 50.000 Euro
Verwaltungsrat HBM 2011	71.000 Euro	mind. 50.000 Euro
Aufsichtsrat Kabel Deutschland 2010	30.000 Euro	mind. 15.000 Euro
Gesamt	298.500 Euro	mind. 210.000 Euro

* Im Fall von Heinz Riesenhuber lässt sich nur in einigen Fällen die tatsächliche Höhe der Nebeneinkünfte ermitteln. Dadurch erklärt sich die Differenz bei den Gesamteinkünften im Vergleich zur Tabelle „Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten“.
** Die Angaben stammen aus den Jahresberichten des Unternehmens.

Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten

Abgeordneter	Nebeneinkünfte
Peer Steinbrück (SPD)	mind. 698.945 Euro (doch allein aus Vorträgen wohl 1,25 Mio. Euro)
Michael Glos (CSU)	mind. 546.000 Euro
Heinz Riesenhuber (CDU)	mind. 380.000 Euro
Rudolf Henke (CDU)	mind. 315.000 Euro
Frank Steffel (CDU)	mind. 288.000 Euro
Peter Wichtel (CDU)	mind. 218.750 Euro
Franz-Josef Holzenkamp (CDU)	mind. 213.000 Euro
Norbert Schindler (CDU)	mind. 211.000 Euro
Patrick Döring (FDP)	mind. 185.400 Euro
Michael Fuchs (CDU)	mind. 155.500 Euro

Foto: Deutscher Bundestag / Marc Steffen Unger

Martin Reyher
Jahrgang 1976, studierte Politikwissenschaft in Darmstadt, Aberystwyth/Wales und Heidelberg. Seit 2006 arbeitet er bei abgeordnetenwatch.de, seit 2007 als Redaktionsleiter in Hamburg. Zwar versteht sich abgeordnetenwatch.de vor allem als Befragungsportal, thematisiert aber auch Parteispenden und Nebeneinkünfte.

Kontakt: www.abgeordnetenwatch.de

Parteienfinanzierung

ÖDP klagt vor dem Bundesverfassungsgericht

Während die offizielle Parteienfinanzierung unter allen Parteien, die bei Wahlen gewisse Hürden überwunden haben, verteilt wird, genehmigen sich die Fraktionen im Bundestag und in den Landtagen zusätzlich weitaus höhere Summen. Die ÖDP klagt vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) gegen diese Praxis.

von Dr. Claudius Moseler

Die Parteienfinanzierung in Deutschland ist ein heikles Feld und in der öffentlichen Diskussion bisher kaum umfassend beleuchtet worden. Die verdeckte Parteienfinanzierung der Parlamentsparteien verstärkt deren ohnehin schon eklatanten Wettbewerbsvorteile (durch Medienpräsenz, 5 %-Hürde, Zahl der Mandatsträger usw.) gegenüber kleinen, nicht im Parlament vertretenen Parteien nochmals eklatant. Mehr Demokratie bedeutet aber auch mehr Chancengleichheit im politischen Wettbewerb. Dies wurde schon ausdrücklich im Jahr 2004 in dem von der ÖDP erstrittenen Urteil zur Parteienfinanzierung vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) festgehalten. Und dies will die ÖDP nun abermals vor dem BVerfG erstreiten, denn die Parteienfinanzierung läuft heute immer stärker über die Zuschüsse für Fraktionen und Parteistiftungen sowie für die Tausenden von persönlichen Mitarbeitern der Parlamentsabgeordneten. Darüber entscheiden die Parlamentsparteien in eigener Sache ohne jede Kontrolle.

Jeder Abgeordnete des Deutschen Bundestags hat sechs Mitarbeiter und damit so viele wie der ÖDP-Bundesverband insgesamt.

Staatsgelder für Fraktionen steigen drastisch

Die Klageschrift wurde von Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim (Speyer) erstellt, der die ÖDP hierzu auch vor dem Bundesverfassungsgericht vertritt. Von Arnim legt in der Klagebegründung (92 Seiten plus 18 Anlagen) dar, dass die Staatsgelder für Fraktionen, Abgeordnetenmitarbeiter und parteinahe Stiftungen seit den 1960er-Jahren mangels Kontrolle und Grenzen exorbitant hochgeschossen sind und die Trennung von Fraktion und Partei nicht immer gewährleistet ist.

Er moniert, dass diese Ressourcen vielfach auch den Mutterparteien zugute kommen. Da davon nur diejenigen Parteien profitieren, die Mandate im Bundestag oder in den Landtagen haben, werden kleinere Parteien massiv benachteiligt. Zur Begründung der Klage schreibt von Arnim: „Die Entwicklung ist also nicht nur unter dem hier herausgestellten Gesichtspunkt der Chancengleichheit von Bedeutung, sondern darüber hinaus auch unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung hin zu bürgerfernen Staatsparteien, die für die zunehmende Lücke zwischen Politik und Bürgern mit verantwortlich sind."

Und weiter: „Die Ersatzzahlungen an diese Organisationen betragen inzwischen ein Mehrfaches der staatlichen Parteienfinanzierung. Die Parlamente haben sie in eigener Sache missbräuchlich aufgebläht, seitdem das Gericht die staatliche Parteienfinanzierung begrenzt hat. Das fördert die Entwicklung zu bürgerfernen Staatsparteien und schließt außerparlamentarische Konkurrenten in verfassungswidriger Weise aus."

Kontrolle des Bundesrechungshofes verwehrt

Und es kommt noch dicker: „Mauscheleien hat der Bundestag auch dadurch gezielt erleichtert, dass er dem Bundesrechnungshof die Kontrolle der Fraktionen beschneidet (S. 87 f. der Klage) und ihm die Kontrolle der Abgeordnetenmitarbeiter und ihrer Verwendung sogar völlig verwehrt (S. 85 f. der Klage mit Anlage 16). Beides steht in krassem Widerspruch zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts", so von Arnim in einem Beitrag auf der ÖDP-Website.

Organklage gegen den Deutscher Bundestag

Mit ihrer Organklage vor dem BVerfG beantragt die ÖDP festzustellen, dass der Deutsche Bundestag – Antragsgegner – durch das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012 bei der Bewilligung von

- rund 81 Mio. Euro für die Fraktionen des Bundestags
- rund 152 Mio. Euro für persönliche Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten und
- rund 98 Mio. Euro für Zuschüsse an politische Stiftungen

gegen den Grundsatz der Chancengleichheit der Parteien (Art. 21 Abs. 1 und Art. 3 Abs. 1 GG) verstoßen hat, indem er seine Befugnisse dadurch missbraucht, dass er den Fraktionen, den Abgeordneten und den politischen Stiftungen Mittel zuerkannt hat, die durch ihre Bedürfnisse nicht gerechtfertigt sind und eine verschleierte Finanzierung der im Bundestag vertretenen Parteien darstellen.

Sechs Mitarbeiter pro Bundestagsabgeordneter

Insgesamt erhalten die anspruchsberechtigten Parteien derzeit 151 Mio. Euro sogenannte „staatliche Teilfinanzierung", wovon die ÖDP im Jahr 2011 rund 730.000 Euro erhielt. Zu den 151 Mio. Euro kommen aber weitere 512 Mio. Euro – einschließlich der Zahlungen in den Ländern –, mit denen die den Parlamentsparteien Nahestehenden finanziert werden. Davon laufen jedoch große Teile auf eine indirekte Finanzierung der Mutterparteien hinaus. Und davon sind kleine Parteien komplett ausgeschlossen.

Jeder Abgeordnete des Deutschen Bundestags hat durchschnittlich sechs Mitarbeiter und damit so viele wie der ÖDP-Bundesverband insgesamt. 151,8 Mio. Euro bekommen die Bundestagsabgeordneten für ihre Mitarbeiter, was bei 620 Abgeordneten 244.839 Euro für jeden Abgeordneten bedeutet. Die ÖDP beantragt deshalb auch, dass das BVerfG feststellen soll, dass die Verfahrensweise des Bundestags, der hier in eigener Sache, ohne Kontrolle z. B. durch den Bundesrechungshof und deshalb in missbrauchsanfälliger Weise entscheidet, verfassungswidrig ist.

151,8 Mio. Euro bekommen die 620 Bundestagsabgeordneten für ihre Mitarbeiter, was 244.839 Euro pro Abgeordneten bedeutet.

ÖDP-Aktionen zum Bundestagswahlkampf 2013

Die ÖDP wird im ersten Halbjahr 2013 ausführlich über die laufende Klage informieren und im Rahmen des Vorwahlkampfs und der Unterschriftensammlungen zur Bundestagswahl Aktionen zu diesem Thema auch vor Ort starten. Dazu nimmt der Bundesverband auch gerne Anregungen von der Mitgliederbasis entgegen.

Wenn es gut läuft, wird sich auch das BVerfG schon im Jahr 2013 vor der Bundestagswahl zumindest einmal in der mündlichen Verhandlung mit den in der Organklage der ÖDP angeschnittenen Fragen beschäftigen. Das Ergebnis hierzu wird dann sicherlich eine Weile auf sich warten lassen. Die ÖDP ist aber optimistisch, diese Klage zu gewinnen oder zumindest in Teilen Recht zu bekommen. Ihr Ziel ist es, die politischen Wettbewerbschancen mittel- und langfristig zu verbessern und dafür auch öffentliches Gehör zu bekommen. ■

Vollständige Organklage

Der Verfassungsrechtler Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim tritt für die ÖDP als Prozessbevollmächtigter vor das Bundesverfassungsgericht und arbeitete die Organklage aus. Das 92 Seiten umfassende Dokument steht mitsamt seinen 18 Anlagen auf der ÖDP-Website zum Download bereit. Dort ist außerdem seine Stellungnahme auf der Pressekonferenz im Juni 2012 in Karlsruhe zu finden.

» www.oedp.de → Aktuelles → Aktionen → Verdeckte Parteienfinanzierung

BUCHTIPP

Hans Herbert von Arnim
Der Verfassungsbruch
Verbotene Extra-Diäten – gefräßige Fraktionen
Duncker & Humbold, März 2011
155 Seiten, 18.00 Euro
978-3-428-13606-3

Dr. Claudius Moseler
Jahrgang 1966, studierte Geografie an der Universität Mainz, promovierte dort und hatte mehrere Lehraufträge inne. Nachdem er von 1996 bis 2001 Kommunalpolitischer Referent der ÖDP war, ist er seit 2001 ihr hauptamtlicher Generalsekretär. Außerdem sitzt er seit 2004 für die ÖDP im Mainzer Stadtrat.

Kontakt: claudius.moseler@oedp.de

Über Byung-Chul Han

Transparenz ist noch keine Wahrheit

Transparenz ist eine weit verbreitete Forderung. Informationen rücksichtslos offen zu legen, scheint einer aufgeklärten Gesellschaft angemessen zu sein. Transparenz und Wahrheit sind aber nicht identisch, behauptet der Philosoph Byung-Chul Han und erläutert dies in seinem fulminanten Buch „Transparenzgesellschaft".

von Günther Hartmann

Das kurze, aber sehr geistreiche Buch „Transparenzgesellschaft" ist eine radikale Analyse und Anklageschrift. Dem Autor Byung-Chul Han geht es dabei nicht um die Verteidigung von Korruption oder um die Beschränkung der Informationsfreiheit. Er sieht hinter der immer wieder beschworenen Forderung nach mehr Transparenz eine verhängnisvolle kulturelle Entwicklung: „Die Transparenz ist ein systemischer Zwang, der alle gesellschaftlichen Vorgänge erfasst und sie tiefgreifenden Veränderungen unterwirft. Das gesellschaftliche System setzt heute all seine Prozesse einem Transparenzzwang aus, um sie zu operationalisieren und zu beschleunigen." Han erblickt darin totalitäre Züge, die ihn zutiefst beunruhigen: „Neues Wort für Gleichschaltung: Transparenz."

***Byung-Chul Han,** Jahrgang 1959, studierte zunächst in seiner südkoreanischen Heimat Metallurgie, dann in Freiburg und München Philosophie, Germanistik und Katholische Theologie. Von 2010 bis 2012 lehrte er als Professor für Philosophie und Medientheorie an der Hochschule für Gestaltung Karlsruhe, seit 2012 ist er Professor für Philosophie und Kulturwissenschaft an der Universität der Künste Berlin. Einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurde er 2010 durch sein Buch „Müdigkeitsgesellschaft". 2012 erschienen seine Bücher „Transparenzgesellschaft" und „Agonie des Eros". Sein Forschungsschwerpunkt ist die Beeinflussung unserer Kultur durch die neoliberale Ökonomie. Als Konsequenz seines Denkens besitzt er keinen Facebook-Account, gibt nichts aus seinem Privatleben preis und auch keine Fernsehinterviews.*

Piraten vertreten nur belanglose Meinungen

Transparenz ist für Han kein Wert an sich, keine Idee, kein Programm. Deshalb kritisiert er die Piraten-Partei scharf: „Sie ist eine Anti-Partei, ja die erste Partei ohne Farbe. Die Piraten-Partei ist eine farblose Meinungspartei. Die Politik weicht der Verwaltung gesellschaftlicher Bedürfnisse, die den Rahmen bereits vorhandener sozioökonomischer Verhältnisse unverändert lässt und darin verharrt. Als Anti-Partei ist die Piraten-Partei nicht in der Lage, einen politischen Willen zu artikulieren und neue gesellschaftliche Koordinaten herzustellen." Im Gegenteil: „Der Transparenzzwang stabilisiert das vorhandene System sehr effektiv. Die Transparenz ist an sich positiv. Ihr wohnt nicht jene Negativität inne, die das vorhandene politisch-ökonomische System radikal infrage stellen könnte. Sie bestätigt und optimiert nur das bereits Existierende."

Ausleuchtung führt zum seelischen Burnout

Positivität und Negativität sind zentrale Begriffe in Hans Denken. Schon in seinem Buch „Müdigkeitsgesellschaft" (siehe ÖP 156, S. 9) diagnostizierte er, dass unsere Gesellschaft an einem Übermaß an Positivität leidet, das zu neuronalen Erkrankungen wie Depression und Burnout führt. Als Heilmittel forderte er mehr Negativität: Wut, Verweigerung, Muße, Langeweile und auch Müdigkeit. Eine medizinische Betrachtung taucht auch in diesem Buch wieder auf: „Die menschliche Seele braucht Sphären, in denen sie bei sich sein kann ohne den Blick des Anderen. Eine totale Ausleuchtung würde sie ausbrennen und eine besondere Art seelischen Burnouts hervorrufen. Transparent ist nur die Maschine. Spontaneität, Ereignishaftigkeit und Freiheit, die das Leben überhaupt ausmachen, lassen keine Transparenz zu."

Informationsflut lässt Intuition verkümmern

Positivität hat nichts mit Wahrheit zu tun, genauso wenig wie Transparenz. „Die Wahrheit ist insofern eine Negativität, als sie sich setzt und durchsetzt, indem sie alles Andere für falsch erklärt", schreibt Han. „Mehr Information oder eine Kumulation von Information allein stellt noch keine Wahrheit dar. Ihr fehlt die Richtung, nämlich der Sinn." Bezeichnenderweise gibt es bei Facebook nur einen Gefällt-mir-Button, keinen Gefällt-mir-nicht-Button. „Die Positivgesellschaft meidet jede Spielart der Negativität, denn diese bringt die Kommunikation ins Stocken."

Mehr Informationen und schnellere Kommunikation führen aber keineswegs zu besseren Entscheidungen. „Die Intuition etwa transzendiert die verfügbaren Informationen und folgt ihrer eigenen Logik. Durch die wachsende, ja wuchernde Informationsmasse verkümmert heute das höhere Urteilsvermögen", bemerkt Han. „Oft bewirkt ein Weniger an Wissen und Information ein Mehr. Die Negativität des Auslassens und des Vergessens wirkt nicht selten produktiv."

Transparentes Denken wäre bloßes Rechnen

Die Transparenz dient aber auch weniger der Wahrheitsfindung, sondern vor allem der Ökonomisierung der Welt. Die geht einher mit dem Verschwinden der Religion und religiöser Handlungen: „Die Transparenzgesellschaft schafft alle Rituale und Zeremonien ab, weil sie sich nicht operationalisieren lassen, weil sie hinderlich sind für die Beschleunigung der Kreisläufe der Information, der Kommunikation und der Produktion. Im Gegensatz zum Rechnen ist das Denken nicht transparent. Das Denken folgt nicht den vorausberechneten Bahnen, sondern begibt sich ins Offene." Kein Plädoyer also für Gedankenlosigkeit und Oberflächlichkeit, sondern für mehr Mut, Kreativität und Fantasie.

Nicht die heute oft beklagte Beschleunigung sieht Han als das eigentliche Problem, sondern die Strukturlosigkeit der Zeit – und deshalb die oft beschworene Entschleunigung auch nicht als Lösung: „Die Entschleunigung allein erzeugt keinen Takt, keinen Rhythmus, keinen Duft. Sie verhindert nicht den Sturz in die Leere."

„Die Piraten-Partei ist eine farblose Meinungspartei, die nicht in der Lage ist, neue gesellschaftliche Koordinaten herzustellen."

Soziale Netzwerke ersetzen politisches Handeln

Auch die Öffentlichkeit ist einem gravierenden Wandel unterworfen: „In der Transparenzgesellschaft bilden sich keine Gemeinschaften im emphatischen Sinne. Es entstehen nur zufällige Ansammlungen oder Vielheiten von für sich isolierten Individuen, von Egos, die ein gemeinsames Interesse verfolgen oder sich um eine Marke gruppieren (Brand communities). Sie unterscheiden sich von Versammlungen, die zu einem gemeinsamen politischen Handeln, zu einem Wir fähig wären. Ihnen fehlt der Geist."

Die Freiheit des Konsumenten ist zur freiwilligen Selbstauslieferung an die Konsumindustrie geworden. Alles wird nach außen gekehrt, enthüllt, entkleidet und exponiert. In fremdgesteuerten sozialen Netzwerken stellt sich das heutige Individuum selbst als Ware aus, ohne zu merken oder sich einzugestehen, dass es dadurch seine eigene Ausbeutung vorantreibt. Transparenz ist zur kulturellen Norm geworden, Facebook zum Religionsersatz, ohne jedoch in der Lage zu sein, dem Leben einen Sinn zu geben. Und weil die Nutzer das spüren, kommunizieren sie immer mehr und immer schneller. Zum Nachdenken bräuchte es aber vor allem eins: Stille. ■

BUCHTIPP

Byung-Chul Han
Transparenzgesellschaft
Matthes & Seitz,
März 2012
92 Seiten, 10.00 Euro
978-3-88221-595-3

***Günther Hartmann** Jahrgang 1965, studierte Architektur in München und Graz. Nach dem Diplom war er jeweils vier Jahre in Architektur- und Stadtplanungsbüros, in der IT-Branche und im Stadtmarketing tätig, bevor er Redakteur einer Baufachzeitschrift wurde. In die ÖDP trat er 1998 ein und ist seit 2006 Chefredakteur der ÖkologiePolitik.*

Kontakt: www.guenther-hartmann.de

Nahrungsmittelspekulation

Lukrative Geschäfte mit dem *Hunger*

Die Spekulation mit Nahrungsmitteln treibt deren Preise nach oben. Deutsche Finanzunternehmen sind daran massiv beteiligt, vor allem die Deutsche Bank und die Allianz. Hauptleidtragende sind die armen Bevölkerungsschichten der Entwicklungsländer. Sie können die Preise nicht mehr bezahlen und müssen hungern.

von Jutta Sundermann

Die Finanzbranche weitet ihre Geschäftstätigkeit in immer weitere Bereiche aus. Schon nach dem Platzen der sogenannten „Dotcom-Blase“ im Jahr 2000 begannen Finanzmarkt-Trendsetter von den Rohstoffen zu schwärmen. Schließlich ließ die Immobilienkrise in den USA 2007 massenhaft Anleger – vor allem die sogenannten „institutionellen Anleger“ wie Pensionsfonds, Investmentfonds, Banken, Versicherungen, Kirchen und Stiftungen – nach neuen Profitmöglichkeiten suchen.

Etliche von ihnen entschieden sich für das Geschäft mit dem Hunger. In der zweiten Jahreshälfte 2007 legten viele Banken erstmals Agrarrohstoff-Fonds auf, mit denen ihre Kunden auf Preisentwicklungen am Markt der Nahrungsmittel wetten können. Schon 2008 wurden die Folgen sichtbar: Die Lebensmittelpreise explodierten – auch auf den Märkten für die physische Ware. Für Menschen, die den größten Teil ihres Einkommens für Grundnahrungsmittel aufbringen, bedeutet eine Verdopplung der Preise, dass sie nur noch halb so viel essen können. So konnten z.B. die Armen in Mexiko, die sich im Wesentlichen von Tortillas ernähren, das Maismehl nicht mehr bezahlen. In mehr als 30 Ländern fanden deshalb im Frühjahr 2008 Hungeraufstände statt, in Haiti wurde die Regierung gestürzt. Die Zahl der Hungernden stieg weltweit kurzzeitig auf über eine Milliarde Menschen an.

Wie Termingeschäfte mit Agrarrohstoffen funktionieren

Das Prinzip der sogenannten „Termingeschäfte“ oder „Future-Geschäfte“ funktioniert ganz simpel: Eine Partei – z.B. ein Bauer, der Weizen anbaut – schließt mit einer anderen Partei – z.B. einem Müller, der Weizen verarbeiten und mit Gewinn weiterverkaufen möchte – einige Monate vor der Ernte einen Vertrag, der den späteren Verkaufspreis des Getreides festschreibt. Der Bauer kann nun ruhiger schlafen, weiß er doch schon im Frühjahr, welchen Preis er für seine Ernte im Herbst bekommen wird. Dem Müller geht es ähnlich, er kann auf der verabredeten Basis kalkulieren. Letztlich haben aber die beiden eine Wette abgeschlossen: Der Bauer wettet auf fallende Preise. Würden die Weizenpreise im Herbst niedriger ausfallen als im Terminvertrag festgeschrieben, profitiert er besonders. Dem Müller geht es umgekehrt. Er wettet auf steigende Preise. Kostet Weizen nach der nächsten Ernte mehr, als er mit dem Bauern vereinbarte, ist er gegenüber anderen Müllern im Vorteil.

Die Allianz und ihre Investment-Töchter vervierfachten von 2008 bis 2011 ihren Umsatz mit Agrarrohstoffen auf über 6 Mrd. Euro.

Die Praxis der Termingeschäfte ist Jahrhunderte alt. Schon lange gab es auch Beteiligte an dem Geschäft, die mit dem Getreide selbst nicht viel zu tun haben wollten: die Spekulanten. Sie galten über lange Zeit als sehr genaue Beobachter sämtlicher Rahmenbedingungen des Getreideanbaus und -handels. Sie schließen Kontrakte mit Erzeugern oder Händlern, verkaufen sie aber weiter, bevor tonnenweise Weizen an ihre Adresse geliefert oder von ihnen gefordert wird. Die Form der Preisabsicherungen ist vielfältiger geworden – aber vor allem hat sich die Nachfrage nach diesen Future-Geschäften massiv verändert.

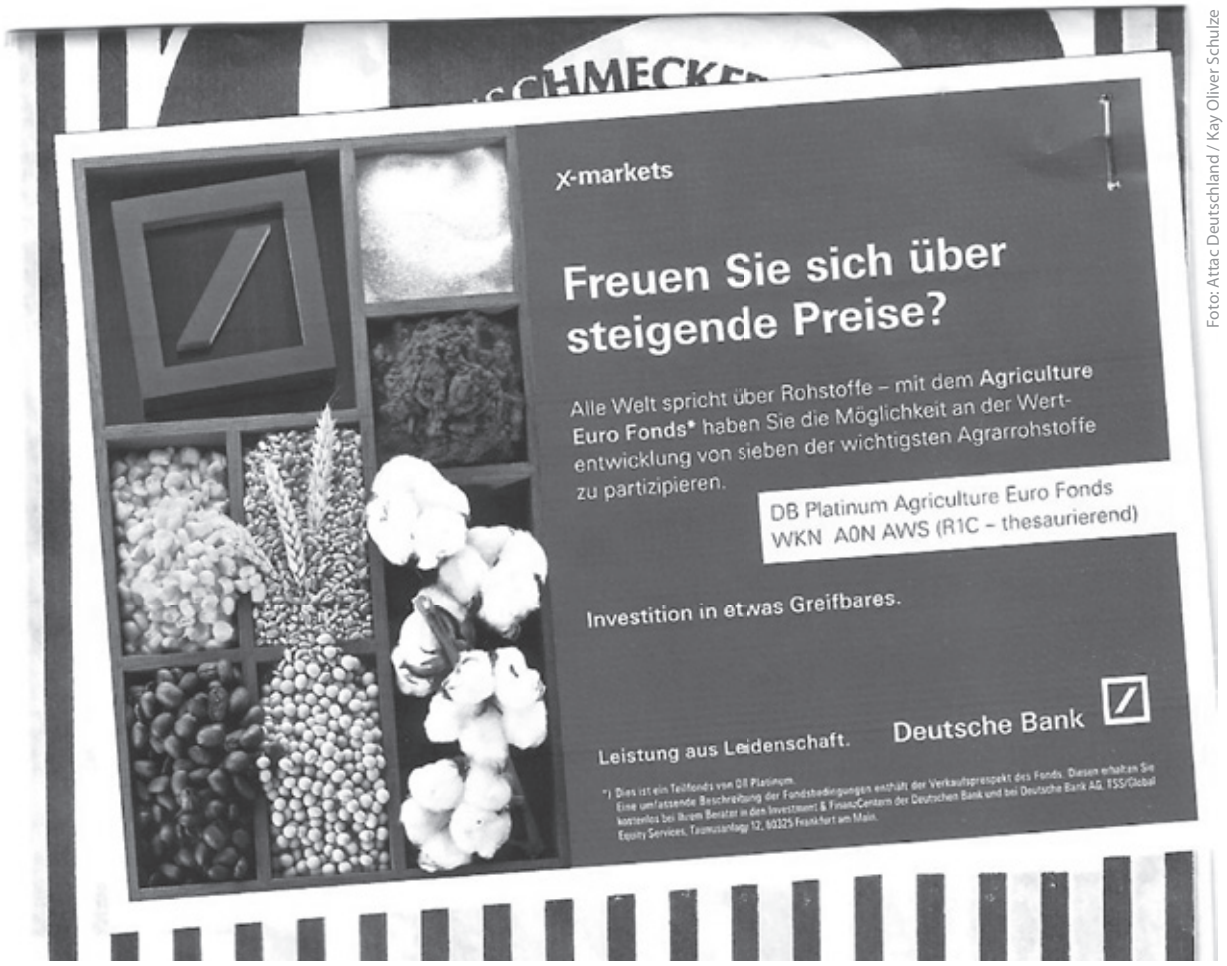


Foto: Attac Deutschland / Kay Oliver Schulze

Diese Postkarten heftete die Deutsche Bank im Jahr 2008 an Brötchentüten mehrerer Bäckereiketten in Frankfurt/Main. Für den Zynismus der Werbung entschuldigte sich Josef Ackermann später. Der Fonds aber blieb.

Spekulation führt zur Hortung und damit Verknappung

Einige „pfiffige“ Banken entwickelten sogenannte „Publikumsfonds“, in denen sie gleich mehrere landwirtschaftliche Rohstoffe – und oft auch noch Metalle oder Energierohstoffe – bündelten. Neue Milliarden flossen in die Future-Märkte und machten immer mehr Druck. 1998 machten die Spekulanten an den Agrarrohstoffmärkten noch weniger als ein Drittel der Beteiligten an derartigen Geschäften aus, 2008 waren es fast drei Viertel. Die Preise schwanken viel mehr, wenn so viele Wetten in beide Richtungen – auf Preissteigerung und auf Preisverfall – abgeschlossen werden. Spekuliert wird auf immer höhere Preise – und die Marktbeteiligten beginnen, mit höheren Preisen zu kalkulieren. Auf den Höhepunkten der Preiskrisen kommt es zusätzlich zu massiven Hortungen, weil sich je-

Foto: africa/ Fotolia.com

der Händler ausrechnet, zu einem späteren Zeitpunkt noch mehr verlangen zu können für Reis, Weizen, Mais und Co.

Es ist zynisch: Die Banken werben mit Argumenten für die Preiswetten und die Gewinnwahrscheinlichkeit ihrer Kunden, mit denen Hilfsorganisationen die Ursachen für den Hunger beschreiben: der Klimawandel, die wachsende Weltbevölkerung, der zunehmende Hunger auf Fleisch und Milchprodukte, die Verwendung von Pflanzen zur Herstellung von Treibstoffen und Biogas seien allesamt gleichsam Garanten für künftige Preissteigerungen. Also seien die Wetten eine chancenreiche Geldanlage ...

Deutsche Bank und Allianz sind die größten Akteure

Hunger hat viele Ursachen. Man kann nicht sagen, dass die Agrarrohstoff-Spekulation der wichtigste von ihnen wäre. Aber es ist ein Skandal, dass die Wetten satter Finanzjongleure den Hunger verschärfen. Dagegen gehen immer häufiger Menschen auf die Straßen, jeder neuen Studie zum Thema folgten offene Briefe an die Verantwortlichen und Protestaktionen. Dem öffentlichen Druck haben sich 2012 einige Banken gebeugt: Die Commerzbank, die Dekabank der Sparkassen und die Landesbank Baden-Württemberg erklärten inzwischen, aus den Geschäften mit dem Hunger aussteigen zu wollen. Die Deutsche Bank ist weiterhin unter den Weltmarktführern in dem Bereich – wird aber noch übertroffen von der Allianz. Die gigantische Versicherung und ihre Investment-Töchter haben ihren Umsatz mit Agrarrohstoffen von 2008 bis 2011 auf über 6 Milliarden Euro vervierfacht.

Es reicht aber nicht, dass einzelne Banken ihren Verzicht ankündigen. Es muss auch darum gehen, auf politischem Weg, über Gesetze, verbindliche Regeln gegen die preistreibende Spekulation mit Agrarrohstoffen zu schaffen. In Brüssel wird derzeit eine wichtige Finanzmarktrichtlinie überarbeitet. Über diese wäre es möglich, die Wetten auszubremsen. Appelle und Anhörungen sowie Proteste hatten ihren Anteil daran, dass das Europäische Parlament jetzt sogenannte „Positionslimits“ fordert, die die Menge an Future-Kontrakten für Spekulanten begrenzen. Es wird sich in den nächsten Monaten zeigen, ob die ziemlich offensive Forderung des Parlamentes Bestand hat. In Europa scheitert regelmäßig Wichtiges am Europäischen Rat, in dem die Regierungsvertreter der Mitgliedsländer die Interessen ihrer Finanzkonzerne schon häufig vor Menschenrechte stellten. ■

Aktuelle Petition

Auf der Attac-Website befindet sich eine Online-Petition an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble mit drei Forderungen:

- Transparenz über die börslichen und außerbörslichen Rohstoff-Geschäfte
- Stopp der preistreibenden Spekulation mit Agrarrohstoffen (u. a. durch Positions-Limits und das Verbot von Publikumsfonds sowie den Ausschluss institutioneller Investoren)
- Wirksame Kontrolle durch eine Aufsichtsbehörde, die auch präventiv eingreifen soll

» *www.attac.de/hungerstopp*

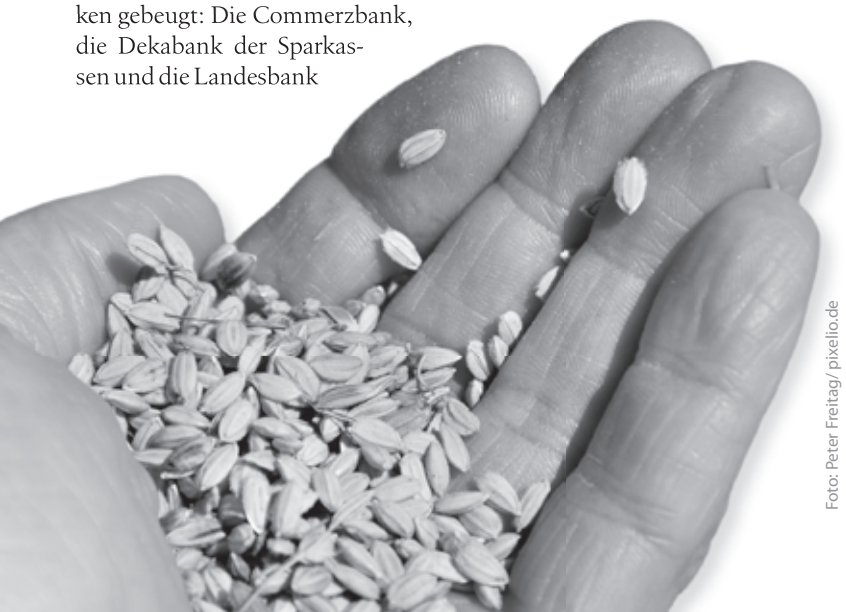


Foto: Peter Freitag/ pixelio.de

Jutta Sundermann Jahrgang 1971, ist freie Journalistin und Aktivistin, Mitbegründerin von Attac in Deutschland und Mitglied des bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. Sie organisierte unter anderem das „Bankentribunal“ und initiierte die Kampagnen „Krötenwanderung“ und „Umfairteilen – Reichtum besteuern“.

ntakt: sundermann@attac.de

AKTUELLE STUDIEN

Oxfam Deutschland
Mit Essen spielt man nicht!
Die Deutsche Finanzbranche und das Geschäft mit dem Hunger
Mai 2012
» www.oxfam.de/spekulationsstudie

Oxfam Deutschland
Wie die Allianz in Nahrungsmittelspekulation verstrickt ist
Mai 2012
» www.oxfam.de/spekulationsstudie

Misereor / Oxfam / Weed
Die Deutsche Bank – weltweit führend im Rohstoffgeschäft
Januar 2012
» www.misereor.de → Themen → Hunger bekämpfen → Downloads

Foodwatch
Die Hungermacher
Wie Deutsche Bank, Goldman Sachs und Co. auf Kosten der Ärmsten mit Lebensmitteln spekulieren
Oktober 2011
» www.foodwatch.de → Kampagnen & Themen → Nahrungsmittel-Spekulation

Misereor
Unschuldsmythen
Wie die Nahrungsmittelspekulation den Hunger antreibt
Oktober 2011
» www.misereor.de → Themen → Hunger bekämpfen →Downloads

Deutsche Welthungerhilfe
Finanzmärkte als Hungerverursacher?
Mai 2011
» www.welthungerhilfe.de → Über uns→ Mediathek → Suchbegriff: Finanzmärkte

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint viermal im Jahr: Februar, Mai, August, November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,– Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 1. März 2013.

Herausgeber
Ökologisch-Demokratische Partei
Pommergasse 1, 97070 Würzburg
Tel. (0931) 4 04 86-0, Fax (0931) 4 04 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure
Günther Hartmann (gh)
Caroline-Herschel-Straße 23, 81829 München
guenther.hartmann@oedp.de

Florence von Bodisco (fb)
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
florence.bodisco@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe
Ulrich Brehme, Klaus Buchner (kb), Edgar Guhde, Karl Heinz Jobst (khj), Walter Konrad (wk), Urban Mangold (um), Dr. Claudius Moseler, Jürgen Osterlänger, Simone Vosswinkel

Gastautoren
Dr. Jörg Alt SJ, Samuel Drempetic, Dr. Jochen Ostheimer, Stefan Reinecke, Martin Reyher, Jutta Sundermann, Prof. Dr. Markus Vogt, Marita Wiggerthale

Satz
Grafikstudio Art und Weise, Heike Brückner
Drosselweg 15, 93138 Lappersdorf

Anschrift der Redaktion
ÖkologiePolitik
Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
Tel. (0 30) 49 85 40 50
florence.bodisco@oedp.de

Bankverbindung
VR-Bank Würzburg, BLZ 790 900 00, Kto.-Nr. 74 080

Hinweis der Redation
Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf 100 % Recycling-Papier gedruckt.

Landgrabbing

Unser **Land** – *unser* **Leben**

Der Hunger nach Land, der Durst nach Wasser nehmen dramatisch zu. Landauf, landab sind große Investoren rund um den Globus auf Einkaufstour, um sich wichtige Land- und Wasserrechte zu sichern.

von Marita Wiggerthale

Foto: Martin Eichler

Agrarland mit einer Fläche fast sechsmal so groß wie Deutschland wurde im letzten Jahrzehnt überwiegend an internationale Investoren verkauft oder verpachtet. Am meisten Land kauften oder pachteten Firmen aus China, Saudi-Arabien, Europa und den USA.

Der stärkste Anstieg ist in den letzten fünf Jahren zu beobachten. Mit der Preisexplosion bei Nahrungsmitteln seit 2007 stieg auch das Investoreninteresse nach Land mit dazugehörigen Wasserrechten. Nach Jahrzehnten niedriger Weltmarktpreise und der Vernachlässigung der Landwirtschaft wurde der Anbau von Agrarprodukten mit einem Male als profitables Geschäft angesehen. Die Landwirtschaft avancierte zum neuen El Dorado. Medien berichteten zunehmend über die Pacht bzw. den Verkauf von Land. Vieles spricht dafür, dass dieser Trend anhält: Die Erwartung zukünftiger Preissteigerungen, das Wachstum der Weltbevölkerung, eine steigende Nachfrage nach Nahrungsmitteln, Agrartreibstoffen, Rohstoffen und Holz sowie die Kohlenstoffbindung und die Finanzspekulation gehören zu den Treibern des neuen Phänomens „Landgrabbing“.

Intransparente Verträge, unübersichtliche Entwicklung

Wie viel Land genau gepachtet oder verkauft wird, ist nicht bekannt. Die Verträge werden geheim abgeschlossen, ohne die betroffene Bevölkerung zu informieren oder einzubinden. Die „Land Matrix“ versucht, hier mehr Licht ins Dunkel zu bringen. Sie erfasst 1.217 internationale Landtransaktionen über 200 Hektar, insgesamt 83 Millionen Hektar der vergangenen zehn Jahre. Oxfam hat die Erstellung der „Land Matrix“ unterstützt, die ein Projekt der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und internationaler Forschungseinrichtungen ist. Mit 67 % der Landgeschäfte steht Afrika ganz oben auf der Liste der Investoren. 4,8 % der afrikanischen Fläche, das entspricht der Fläche Kenias, sind bereits verpachtet oder verkauft. So erstaunt auch nicht, dass sieben der wichtigsten elf Zielländer afrikanische Länder sind. Besonders viele und große Landtransaktionen dokumentiert die Matrix für die Länder Äthiopien, Sudan, Mozambik, Tansania, Madagaskar, Sambia und die Demokratische Republik Kongo. Genau das sind Länder mit teils ernsten Hungerproblemen.

Exportproduktion statt Verbesserung der Ernährungssituation

Die Verbesserung der Ernährungssituation in den armen Ländern selbst spielt praktisch keine Rolle. Zum einen sind die Erträge überwiegend für den Export bestimmt. Die Versorgung einheimischer Märkte spielt nur eine marginale Rolle. Zum anderen wird nicht in die Produktion von Nahrungsmitteln investiert, sondern vielfach in die Produktion von Energiepflanzen für die Biospritproduktion. Die Landgeschäfte leisten also keinen Beitrag zur Ernährungssicherung in den Ländern selbst. Ganz im Gegenteil. Denn viele der Landübernahmen betreffen Flächen, auf denen Nahrungsmittel für die örtliche Bevölkerung angebaut wurden. Das verkaufte oder verpachtete Land geht in der Regel der einheimischen Nahrungsmittelproduktion verloren. Es würde theoretisch ausreichen, um in der lokalen Produktion eine Milliarde Menschen mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Hinzu kommt, dass mehr als 60 % dieser Landgeschäfte in Ländern getätigt wurden, die ohnehin bereits schwer von Hunger betroffen sind.

In Liberia wurden in nur fünf Jahren 30 % des Landes an Großinvestoren verkauft oder verpachtet.

Vertreibung, oft mit Gewalt

„Man braucht keine Waffen, um Menschen zu töten. Wenn man einem Dorf die Lebensmittel wegnimmt, indem ihr Land und ihre Pflanzen zerstört werden, hungern Menschen“, erklärt Alfred Brownel von den Green Advocates aus Liberia. Das sind keine Einzelfälle in Liberia. In dem Land wurden in nur fünf Jahren 30 % des Landes an Großinvestoren verkauft oder verpachtet. Wir haben es hier vielfach mit Landgrabbing zu tun. Das heißt, Investoren ignorieren die Rechte und Bedürfnisse armer Menschen, die das Land vorher bearbeiteten und davon lebten. Sie verlieren ihr Zuhause und ihre Lebensgrundlagen, ohne zuvor angehört oder entschädigt zu werden und ohne die Verträge anfechten zu können. Landkonflikte nehmen zu. In Indonesien verfolgt die NGO Sawit Watch mehr als 663 Landkonflikte.

Mythen zu Landgeschäften

Die Befürworter solcher Art von Landinvestitionen verweisen darauf, dass nur marginales Land betroffen wäre. Richtig ist: Die Investoren haben die besten Landstücke im Visier. Sie suchen Land mit Zugang zu Wasser, mit fruchtbaren Böden, einer guten Infrastrukturanbindung und der Nähe zu Märkten. Gerne wird auch behauptet, dass die Ernährungssicherheit verbessert würde. Aber Oxfams Recherchen in Äthiopien, Ghana, Mali, Mosambik, Senegal und Tansania haben ergeben, dass Agrarprodukte mehrheitlich für den Export angebaut werden. Besonders hervorge-

hoben werden häufig auch die Jobs, die durch die Investitionen entständen. Aber, soweit bekannt, gibt es keine Vorgaben für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Verträgen. Die Zahl neuer Arbeitsplätze lässt sich schwer quantifizieren, doch bisherige Erfahrungen zeigen, dass es augenscheinlich nur wenige zusätzlich geschaffene Stellen gibt. Und zu guter Letzt sollen Steuereinnahmen in die Kassen der Regierungen dieser Länder fließen. Um jedoch die Investoren anzulocken, werben Regierungen geradezu mit Steuererleichterungen und dem zollfreien Import von Anlagen. Recherchen zufolge werden Steuern kaum eingezogen.

Weltbank-Projekte auf Eis legen

Die Weltbankgruppe spielt in Landfragen eine bedeutende Rolle, da sie großflächig in Land investiert, die Landvergabe-Politik armer Länder beeinflusst und Standards für die internationale Gemeinschaft setzt. Die Investitionen der Weltbankgruppe in die Landwirtschaft sind in den letzten zehn Jahren um 200 % gestiegen. Die International Finance Corporation (IFC), der Privatsektor-Bereich der Weltbank, setzt Standards, die von vielen Investoren befolgt werden. Die eigenen Recherchen der Weltbank zeigen, dass die meisten großflächigen Landgeschäfte genau in den Ländern getätigt werden, die den geringsten Schutz von Landrechten aufweisen. Seit 2008 wurden 21 Beschwerden von Gemeinden eingereicht, die Verletzungen ihrer Landrechte durch die Weltbank dokumentieren. Oxfam fordert die Weltbank auf, großflächige Land-Akquisitionen für sechs Monate ruhen zu lassen und ihre Politiken und Programme im Landbereich zu überprüfen.

Das verkaufte oder verpachtete Land geht in der Regel der einheimischen Nahrungsmittelproduktion verloren.

Biokraftstoffvorgaben abschaffen

Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich im Jahr 2009 verpflichtet, bis 2020 10 % ihrer Energie im Transportbereich aus erneuerbaren Ressourcen zu beziehen. 90 % dieses erneuerbaren Energieverbrauchs im Transportsektor wird aus Nahrungsmitteln (1. Generation Biosprit) hergestellt. Die Nachfrage nach Biosprit in der EU und andernorts führt dazu, dass die Nachfrage nach Land für die Produktion von Energiepflanzen permanent steigt.

Nach einem Bericht der International Land Coalition wurden im letzten Jahrzehnt auf 26 % der gekauften und gepachteten Flächen Non-Food-Pflanzen angebaut, auf 23 % der Flächen sog. Flex Crops, also Pflanzen, die je nach Marktlage als Nahrungsmittel, Futtermittel oder für die Biospritproduktion eingesetzt werden können, und 17 % der Flächen für „vielfältige Nutzungen“. Ein Großteil der Flächen können also für die Produktion von Biosprit verwendet werden. Der Einsatz von Nahrungsmitteln für die Biospritproduktion hat derart massive negative Auswirkungen für Mensch und Umwelt – Preisexplosion bei Nahrungsmitteln, Vertreibung von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, Abholzung von Regenwäldern, Verlust der Artenvielfalt durch den massiven Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden etc. – , dass die Biospritpolitiken auf den Prüfstand gehören. Die Beimischungsquoten für Biosprit sollten abgeschafft werden.

Foto: Martin Eichler

Freiwillige Leitlinien für Investoren und Regierungen

Vielfältige Studien von Entwicklungsorganisationen machen deutlich, dass die großflächigen Landgeschäfte regelmäßig zu Konflikten über Eigentum und Nutzungsrechte führen, bei denen vorherige Nutzer, sprich Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, Hirtenvölker und indigene Gemeinschaften, oft benachteiligt werden. Daher hat sich der UN-Welternährungsausschuss mit dem Thema „Landgrabbing“ beschäftigt.

In einem dreijährigen Prozess verhandelten die Vertreter/-innen von Staaten, Zivilgesellschaft und Wirtschaft die „Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern im Kontext nationaler Ernährungssicherheit“.

Am 11. Mai 2012 hat der UN-Welternährungsausschuss die Leitlinien einstimmig angenommen. Mit diesem freiwilligen völkerrechtlichen Dokument liegen jetzt universell anerkannte Standards einer menschenrechtlich verantwortlichen Landpolitik vor. Das macht die Stärke dieses Dokuments aus.

Neue Regeln für das Land umsetzen

Werden die Leitlinien umgesetzt, kann sich die Situation von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in den armen Ländern wesentlich verbessern. Die Rechte besonders armer und an den Rand gedrängter Bevölkerungsgruppen könnten besser als bisher geschützt werden. Die Leitlinien sehen vor, dass ihr Zugang zu Ressourcen, von denen ihr Einkommen und ihr Überleben abhängt, gesichert wird, oder sollte das Land anders genutzt werden, sie angemessen zu entschädigen sind. Darüber hinaus ist festgelegt, wie die Beteiligung aller Betroffenen sichergestellt und wie traditionelle sowie informelle Nutzungsrechte abgesichert werden können. Außerdem wird beschrieben, wie die Interessen indigener Völker zu berücksichtigen sind. Die Korruptionsbekämpfung hat dabei einen hohen Stellenwert.

Durchsetzen lassen sich solche Standards nur, wenn die Zivilgesellschaft sie einfordert, Regierungen sie zur Orientierung nutzen und Unternehmen, die in Land investieren, sich an die beschriebenen Verfahren und Absicherungen für besonders benachteiligte Gruppen halten.

Die deutsche Entwicklungspolitik ist aufgerufen, diese Leitlinien zum Maßstab ihres Handelns bei der Beratung und Unterstützung von Partnerländern zu machen. Private Investoren sollten die Leitlinien ebenfalls als Mindeststandard nutzen, um ihrer menschenrechtlichen Verantwortung gerecht zu werden. ■

Marita Wiggerthale
arbeitet bei Oxfam als Referentin für Welternährungsfragen. Sie ist Jahrgang 1964 und hat Politik, Wirtschaft und Pädagogik auf Magister studiert.

Kontakt: http://www.oxfam.de/

Gemeinwohl-Ökonomie

Wertorientierte Marktwirtschaft

Die Initiative „Gemeinwohl-Ökonomie" ist ein ergebnisoffener Prozess zur Entwicklung einer alternativen Wirtschaftsordnung, deren Rahmenbedingungen so gesetzt sind, dass sich gemeinnütziges Handeln mehr lohnt als eigennütziges. In kurzer Zeit hat sie schon zahlreiche Anhänger gewonnen.

von Jürgen Osterlänger

Laut einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung vom Juli 2010 wünschen 88 % der Deutschen eine „neue Wirtschaftsordnung". Die sogenannte „Gemeinwohl-Ökonomie" beschreibt zentrale Elemente eines sozialeren, ökologischeren und demokratischeren Ordnungsrahmens für die Wirtschaft. Die in Österreich entstandene Idee breitet sich seit Oktober 2010 international aus. Dem Dogma der „Alternativlosigkeit" des gegenwärtigen Wirtschaftsmodells wird ein konkreter und gangbarer Zukunftsweg entgegengesetzt, ohne in die historischen Extreme Kapitalismus und Kommunismus zurückzufallen. Bis jetzt unterstützen die Initiative schon über 900 Unternehmen und 150 Organisationen.

Rund 200 Unternehmen haben im Jahr 2012 die sogenannte „Gemeinwohl-Bilanz", das Herzstück des Modells, erarbeitet und veröffentlicht. Ziel dieses alternativen Wirtschaftssystems ist, Chancengleichheit, Lebensqualität und Demokratie zu fördern. Es erhebt nicht den Anspruch, das beste aller möglichen Wirtschaftssysteme zu sein, und es ist weder bis ins letzte Detail durchdacht noch in der Praxis erprobt, liefert jedoch sehr gute und nachdenkenswerte Bausteine für nächste Schritte in die Zukunft. Die Gemeinwohl-Ökonomie versteht sich nicht als abstraktes Fernziel, sondern als ein heute beginnender, partizipativer und entwicklungsoffener Prozess, der Synergien mit ähnlichen Ansätzen sucht, z. B. auch mit der Postwachstumsökonomie. Beide Ansätze sind wachstumskritisch und könnten sich gut ergänzen. Sie fördern beide kleinere und überschaubarere Strukturen.

Die Gemeinwohl-Ökonomie ist in einem positiven Sinn radikal – d. h. an die Wurzel gehend – und schafft positive Handlungsanreize. Ihr erklärtes Ziel ist die Ablösung kapitalistischer Verhältnisse durch demokratische Strukturen: Nicht das Geld soll über die Lebensumstände der Menschen bestimmen, sondern die Menschen sollen darüber bestimmen, wie Geld erwirtschaftet und wofür es eingesetzt wird. Die Umsetzung erfordert einen ordnungspolitischen Rahmen sowie Bewusstseinsbildung, um die innere Motivation und Eigenverantwortung der Menschen zu fördern. Alle Menschen, Unternehmen, Organisationen und Gemeinden können sich am Umbau der Wirtschaftsordnung in Richtung Gemeinwohl-Ökonomie beteiligen. So unterstützt z. B. die Münchener Sparda-Bank als erstes größeres Unternehmen die Gemeinwohl-Ökonomie.

Ob das Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie die Chance hat, sich zur gangbaren Alternative zum Raubtierkapitalismus zu entwickeln und ernst genommen zu werden, hängt davon ab, wie überzeugend die Ideen wirken. Widerstand dürfte sicher von Vermögensbesitzern und Großunternehmen kommen. Auch politische Parteien dürften keinen Gefallen daran finden, da sie geschwächt würden zugunsten direktdemokratischer und partizipativer Strukturen. Am Ende sollte das Volk demokratisch über die Art des Wirtschaftens entscheiden. Es sollte auch entscheiden, ob und wie sich die sicher vorhandenen Schwächen der Gemeinwohl-Ökonomie überwinden lassen. Für die bevorstehende Transformation zu einer postfossilen Gesellschaft brauchen wir solch mutige neue Wege. ■

Veranstaltung der ÖDP München zum Thema „Gemeinwohl-Ökonomie" siehe Seite 67.

Jürgen Osterlänger
Jahrgang 1958, arbeitet beruflich als Entwicklungsingenieur bei einem Automobilzulieferer im Bereich Elektromobilität. Er ist ÖDP-Kreisrat, in der Energiewendebewegung unter anderem in der Transition-Town-Initiative „Emskirchen im Wandel" aktiv und ein Unterstützer der Gemeinwohlökonomie.

Kontakt: www.oedp-nea.de
http://transition.sollner.de

20-Punkte-Konzept

Die inhaltlichen Grundlagen für den Gesamtprozess Gemeinwohl-Ökonomie lassen sich in 20 Punkten zusammenfassen:

1. Wertebasis der Gemeinwohl-Ökonomie

Die Gemeinwohl-Ökonomie beruht auf denselben Grundwerten, die unsere Beziehungen gelingen lassen: Vertrauensbildung, Wertschätzung, Kooperation, Solidarität und Teilen. Nach aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen sind gelingende Beziehungen das, was Menschen am glücklichsten macht und am stärksten motiviert.

2. Umpolung des Anreizrahmens

Der rechtliche Anreizrahmen für die Wirtschaft wird umgepolt von Gewinnstreben und Konkurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation. Unternehmen werden für gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit belohnt. Kon(tra)kurrenz ist möglich, bringt aber Nachteile.

3. Gemeinwohl-Bilanz

Wirtschaftlicher Erfolg wird nicht länger mit (monetären) Tauschwertindikatoren gemessen, sondern mit (nichtmonetären) Nutzwertindikatoren. Auf der Makroebene (Volkswirtschaft) wird das BIP als Erfolgsindikator vom Gemeinwohl-Produkt abgelöst, auf der Mikroebene (Unternehmen) die Finanzbilanz von der Gemeinwohl-Bilanz. Diese wird zur Hauptbilanz aller Unternehmen. Je sozialer, ökologischer, demokratischer und solidarischer Unternehmen agieren und sich organisieren, desto bessere Bilanzergebnisse erreichen sie. Je besser die Gemeinwohl-Bilanz-Ergebnisse der Unternehmen in einer Volkswirtschaft sind, desto größer ist das Gemeinwohl-Produkt.

4. Belohnung des Gemeinwohlstrebens

Die Unternehmen mit guten Gemeinwohl-Bilanzen erhalten rechtliche Vorteile: niedrigere Steuern, geringere Zölle, günstigere Kredite, Vorrang beim öffentlichen Einkauf und bei Forschungsprogrammen etc. Der Markteintritt wird dadurch für verantwortungsvolle Akteur/-innen erleichtert; und ethische, ökologische und regionale Produkte und Dienstleistungen werden billiger als unethische, unökologische und globale.

5. Verwendung bilanzieller Überschüsse

Die Finanzbilanz wird zur Mittelsbilanz. Finanzgewinn wird vom Zweck zum Mittel und dient dazu, den neuen Unternehmenszweck (Beitrag zum allgemeinen Wohl) zu erreichen. Bilanzielle Überschüsse dürfen verwendet werden für: Investitionen (mit sozialem und ökologischem Mehrwert), Rückzahlung von Krediten, Rücklagen in einem begrenzten Ausmaß, begrenzte Ausschüttungen an die Mitarbeiter/-innen sowie für zinsfreie Kredite an Mitunternehmen. Nicht verwendet werden dürfen Überschüsse für: Investitionen auf den Finanzmärkten (diese soll es gar nicht mehr geben), feindliche Aufkäufe anderer Unternehmen, Ausschüttung an Personen, die nicht im Unternehmen mitarbeiten, sowie Parteispenden. Im Gegenzug entfällt die Steuer auf Unternehmensgewinne.

6. Erlösung vom Wachstums- und Fresszwang

Da Gewinn nur noch Mittel, aber kein Ziel mehr ist, können Unternehmen ihre optimale Größe anstreben. Sie müssen nicht mehr Angst haben, gefressen zu werden, und nicht mehr wachsen, um größer, stärker oder profitabler zu sein als andere. Alle Unternehmen sind vom allgemeinen Wachstums- und wechselseitigen Fresszwang erlöst.

7. Kooperation und Solidarität mit anderen Unternehmen

Durch die Möglichkeit, entspannt und angstfrei die optimale Größe einzunehmen, wird es viele kleine Unternehmen in allen Branchen geben. Da sie nicht mehr wachsen wollen, fällt ihnen die Kooperation und Solidarität mit anderen Unternehmen leichter. Sie können ihnen mit Wissen, Know-how, Aufträgen, Arbeitskräften oder zinsfreien Krediten helfen. Dafür werden sie mit einem guten Gemeinwohl-Bilanz-Ergebnis belohnt – nicht auf Kosten anderer Unternehmen, sondern zu deren Nutzen. Die Unternehmen bilden zunehmend eine solidarische Lerngemeinschaft, die Wirtschaft wird zu einer Win-win-Anordnung.

8. Begrenzung von Einkommens- und Vermögensungleichheiten

Die Einkommens- und Vermögensungleichheiten werden in demokratischer Diskussion und Entscheidung begrenzt: die Maximal-Einkommen auf z. B. das Zehnfache des gesetzlichen Mindestlohns; Privatvermögen auf z. B. zehn Millionen Euro; das Schenkungs- und Erbrecht auf z. B. 500.000 Euro pro Person; bei Familienunternehmen auf z. B. zehn Millionen Euro pro Kind. Das darüber hinaus gehende Erbvermögen wird über einen Generationenfonds als „Demokratische Mitgift" an alle Nachkommen der Folgegeneration verteilt: Gleiches „Startkapital" bedeutet höhere Chancengleichheit. Die genauen Grenzen sollen von einem Wirtschaftskonvent demokratisch ermittelt werden.

9. Demokratisierung und Vergesellschaftung von Großunternehmen

Bei Großunternehmen gehen ab einer bestimmten Größe (z. B. 250 Beschäftigte) Stimmrechte und Eigentum teil- und schrittweise an die Beschäftigten und die Allgemeinheit über. Die Öffentlichkeit könnte durch direkt gewählte „regionale Wirtschaftsparlamente“ vertreten werden. Die Regierung soll keinen Zugriff/kein Stimmrecht in öffentlichen Unternehmen haben.

10. Demokratische Allmenden

Das gilt auch für die Demokratischen Allmenden, die dritte Eigentumskategorie neben einer Mehrheit (kleiner) Privatunternehmen und gemischt-besessenen Großunternehmen. Demokratische Allmenden (auch „Commons“) sind Gemeinwirtschaftsbetriebe im Bildungs-, Gesundheits-, Sozial-, Mobilitäts-, Energie- und Kommunikationsbereich: die „Daseinsvorsorge“.

11. Demokratische Bank

Eine wichtige Demokratische Allmende ist die Demokratische Bank. Sie dient wie alle Unternehmen dem Gemeinwohl und wird wie alle Demokratischen Allmenden vom demokratischen Souverän kontrolliert und nicht von der Regierung. Ihre Kernleistungen sind garantierte Sparvermögen, kostenlose Girokonten, kostengünstige Kredite und ökosoziale Risikokredite. Der Staat finanziert sich primär über zinsfreie Zentralbankkredite. Die Zentralbank erhält das Geldschöpfungsmonopol und wickelt den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr ab, um Steuerflucht zu unterbinden. Die Finanzmärkte in der heutigen Form wird es nicht mehr geben.

12. Globale Währungskooperation

Nach dem Vorschlag von John Maynard Keynes wird eine globale Währungskooperation errichtet mit einer globalen Verrechnungseinheit („Globo“, „Terra“) für den internationalen Wirtschaftsaustausch. Auf lokaler Ebene können Regiogelder die Nationalwährung ergänzen. Um sich vor unfairem Handel zu schützen, initiiert die EU eine Fair-Handelszone („Gemeinwohl-Zone“), in der gleiche Standards gelten oder die Zollhöhe sich an der Gemeinwohl-Bilanz des Hersteller-Unternehmens orientiert. Langfristziel ist eine globale Gemeinwohl-Zone als UN-Abkommen.

13. Entprivatisierung der Natur

Der Natur wird ein Eigenwert zuerkannt, weshalb sie nicht zu Privateigentum werden kann. Wer ein Stück Land für den Zweck des Wohnens, der Produktion oder der Land- und Forstwirtschaft benötigt, kann eine begrenzte Fläche kostenlos oder gegen eine Nutzungsgebühr nutzen. Die Überlassung ist an ökologische Auflagen und an die konkrete Nutzung geknüpft. Damit sind Landgrabbing, Großgrundbesitz und Immobilienspekulation zu Ende. Im Gegenzug entfällt die Grundvermögenssteuer.

14. Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks

Wirtschaftswachstum ist kein Ziel mehr, hingegen die Reduktion des ökologischen Fußabdrucks von Personen, Unternehmen und Staaten auf ein global nachhaltiges Niveau. Der Kategorische Imperativ wird um die ökologische Dimension erweitert. Unsere Freiheit, einen beliebigen Lebensstil zu wählen, endet dort, wo sie die Freiheit anderer Menschen beschneidet, denselben Lebensstil zu wählen oder auch nur ein menschenwürdiges Leben zu führen. Privatpersonen und Unternehmen werden angereizt, ihren ökologischen Fußabdruck zu messen und auf ein global gerechtes und nachhaltiges Niveau zu reduzieren.

15. Reduzierung der Erwerbsarbeit

Die Erwerbsarbeitszeit wird schrittweise auf das mehrheitlich gewünschte Maß von 30 bis 33 Wochenstunden reduziert. Dadurch wird Zeit frei für drei andere zentrale Arbeitsbereiche: Beziehungs- und Betreuungsarbeit (Kinder, Kranke, Senior/-innen), Eigenarbeit (Persönlichkeitsentwicklung, Kunst, Garten, Muße) sowie politische und Gemeinwesenarbeit. Infolge dieser ausgewogeneren Zeiteinteilung würde der Lebensstil konsumärmer, suffizienter und ökologisch nachhaltiger.

16. Berufsfreijahr

Jedes zehnte Berufsjahr ist ein Freijahr und wird durch ein bedingungsloses Grundeinkommen finanziert. Menschen können im Freijahr tun, was sie wollen. Diese Maßnahme entlastet den Arbeitsmarkt um 10 % – die aktuelle Arbeitslosigkeit in der EU.

17. Demokratie weiterentwickeln

Die repräsentative Demokratie wird ergänzt durch direkte und partizipative Demokratie. Der Souverän soll seine Vertretung korrigieren, selbst Gesetze beschließen, die Verfassung ändern und Grundversorgungsbereiche – Bahn, Post, Banken – kontrollieren können. In einer echten Demokratie sind die Interessen des Souveräns und seiner Vertretung identisch – Voraussetzung dafür sind umfassende Mitgestaltungs- und Kontrollrechte des Souveräns.

18. Demokratische Konvente

Alle 20 Eckpunkte der Gemeinwohl-Ökonomie sollen in einem breiten Basisprozess durch intensive Diskussion ausreifen, bevor sie von einem direkt gewählten Wirtschaftskonvent in Gesetze gegossen werden. Über das Ergebnis stimmt der demokratische Souverän ab. Was angenommen wird, geht in die Verfassung ein und kann – jederzeit – nur wieder vom Souverän selbst geändert werden. Zur Vertiefung der Demokratie können weitere Konvente einberufen werden: Bildungs-, Medien-, Daseinsvorsorge-, Demokratiekonvent …

19. Fünf neue Pflichtgegenstände

Um die Werte der Gemeinwohl-Ökonomie von Kind an vertraut zu machen und zu praktizieren, muss auch das Bildungswesen gemeinwohlorientiert aufgebaut werden. Das verlangt eine andere Form von Schule sowie andere Inhalte, z. B. Gefühlskunde, Wertekunde, Kommunikationskunde, Demokratiekunde, Naturerfahrungskunde und Körpersensibilisierung.

20. Soziale Führungsqualitäten

Da in der Gemeinwohl-Ökonomie unternehmerischer Erfolg eine ganz andere Bedeutung haben wird als heute, werden auch andere Führungsqualitäten gefragt sein: Nicht mehr die rücksichtslosesten, egoistischsten und „zahlenrationalsten“ Manager werden gesucht, sondern Menschen, die sozial verantwortlich und -kompetent handeln, mitfühlend und empathisch sind, Mitbestimmung als Chance und Gewinn sehen und nachhaltig langfristig denken. Sie werden die neuen Vorbilder sein.

Quelle:
» *www.gemeinwohl-oekonomie.org → Über uns → Inhalt*

GEMEINWOHL-MATRIX 4.0

Diese Version gilt für alle Bilanzen, die ab dem 1. März 2012 für das zurückliegende Bilanzjahr eingereicht werden.

GEMEINWOHL ÖKONOMIE Ein Wirtschaftsmodell mit Zukunft

WERT / BERÜHRUNGSGRUPPE	Menschenwürde	Solidarität	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Gerechtigkeit	Demokratische Mitbestimmung & Transparenz
A) LieferantInnen	**A1: Ethisches Beschaffungsmanagement** Aktive Auseinandersetzung mit den Risiken zugekaufter Produkte / Dienstleistungen, Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte bei der Auswahl von LieferantInnen und Dienstleistungsnehmer/innen 90				
B) GeldgeberInnen	**B1: Ethisches Finanzmanagement** Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte bei der Auswahl der Finanzdienstleistungen; gemeinwohlorientierte Veranlagung und Finanzierung 30				
C) MitarbeiterInnen inklusive EigentümerInnen	**C1: Arbeitsplatzqualität und Gleichstellung** Sicherstellung humaner Arbeitsbedingungen, Förderung physischer Gesundheit und psychischem Wohlbefindens, Selbstorganisation und Sinnstiftung am Arbeitsplatz,Life Balance; Gleichstellung / Inklusion Benachteiligter 90	**C2: Gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit** Abbau von Überstunden, Verzicht auf All-inclusive-Verträge, Reduktion der Regelarbeitszeit, Beitrag zur Reduktion der Arbeitslosigkeit 50	**C3: Förderung ökologischen Verhaltens der MitarbeiterInnen** Aktive Förderung eines nachhaltigen Lebensstils der MitarbeiterInnen (Mobilität, Ernährung), Weiterbildung und Bewusstsein schaffende Maßnahmen, nachhaltige Organisationskultur 30	**C4: Gerechte Verteilung des Einkommens** Geringe innerbetriebliche Einkommensspreizung (netto), Einkaltung von Mindesteinkommen und Höchsteinkommen 60	**C5: Innerbetriebliche Demokratie und Transparenz** Entscheidungs-/ Finanztransparenz, Mitentscheidung der MitarbeiterInnen bei operativen, strategischen Entscheidungen, Wahl der Führungskräfte, Übergabe Eigentum an MitarbeiterInnen, z.B. Soziokratie 90
D) KundInnen / Produkte / Dienstleistungen / Mitunternehmen	**D1: Ethisches Verkaufen** KundInnenorientierung / -mitbestimmung, Kooperation mit Verbraucherinnenschutz, Schulungen ethisches Verkaufen, ethisches Marketing, ethisch angepasstes Bonussystem 50	**D2: Solidarität mit Mitunternehmen** Weitergabe von Information, Know-how, Arbeitskräften, Aufträgen, zinsfreien Krediten; Beteiligung an kooperativem Marketing und kooperativer Krisenbewältigung 70	**D3: Ökologische Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen** Angebot ökologisch höherwertiger Produkte/Dienstleistungen; Bewusstsein schaffende Maßnahmen; Berücksichtigung ökologischer Aspekte bei der KundInnenwahl 90	**D4: Soziale Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen** Soziale Staffelung der Preise, Barrierefreiheit, spezielle Produkte für benachteiligte KundInnen 30	**D5: Erhöhung der sozialen und ökologischen Branchenstandards** Vorbildwirkung, Entwicklung von höheren Standards mit MitbewerberInnen, Lobbying 30
E) Gesellschaftliches Umfeld: Region, Souverän, zukünftige Generationen, Mitmenschen und Natur weltweit	**E1: Sinn und gesellschaftliche Wirkung der Produkte / DL** Sinnhaftigkeit der Produkte unter Berücksichtigung nachhaltiger Lebensstile 90	**E2: Beitrag zum Gemeinwesen** Gegenseitige Unterstützung und Kooperation durch Finanzmittel, Dienstleistungen, Produkte, Logistik, Zeit, Know-How, Wissen, Kontakte, Einfluss 40	**E3: Reduktion ökologischer Auswirkungen** Reduktion der Umweltauswirkungen auf ein zukunftsfähiges Niveau: Ressourcen, Energie & Klima, Emissionen, Abfälle etc. 70	**E4: Minimierung der Gewinnausschüttung an Externe** Nichtverzinsung oder nur Inflationsausgleich für das Kapital nicht mitarbeitender EigentümerInnen 60	**E5: Gesellschaftliche Transparenz und Mitbestimmung** Berichterstattung nach Global Reporting Initiative (GRI), Gemeinwohlbericht, Stakeholder-Mitbestimmung 30
Negativ-Kriterien	Verletzung der ILO-Arbeitsnormen/ Menschenrechte -200 Menschenunwürdige Produkte, z.B. Tretminen, Atomstrom, GMO -200 Beschaffung bei / Kooperation mit Unternehmen, welche die Menschenwürde verletzen -150	Feindliche Übernahme -200 Sperrpatente -100 Dumpingpreise -200	Massive Umweltbelastungen für Ökosysteme -200 Grobe Verstöße gegen Umweltauflagen (z.B.: Grenzwerte) -150 Geplante Obsoleszenz (kurze Lebensdauer der Produkte) -100	Ungleichbezahlung von Frauen und Männern -200 Arbeitsplatzabbau oder Standortverlagerungen bei Gewinn -150 Töchter in Steueroasen -200 Eigenkapitalverzinsung >10 % -200	Nichtoffenlegung aller Beteiligungen und Töchter -100 Verhinderung eines Betriebsrats -150 Nichtoffenlegung aller Finanzflüsse an Lobbies / Eintragung in das EU-Lobbyregister -200

Detaillierte Beschreibungen zu den Kriterien finden sich in der Dokumentation zur Gemeinwohlbilanz auf www.gemeinwohl-oekonomie.org unter der Rubrik PionierInnen.
Rückmeldung bitte an die dort angegebenen Indikatorenverantwortlichen.

Die Gemeinwohlmatrix: Leitwerten sind sogenannte „Berührungsgruppen“ zugeordnet. Unternehmen erhalten je nach Abschneiden pro Feld eine bestimmte Anzahl von Gemeinwohlpunkten. Die belohnt der Staat z. B. mit niedrigen Steuern und Zöllen, zinsgünstigen Krediten, Förderungen und Vorrang bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

Weiterentwicklung der Katholischen Soziallehre

Nachhaltigkeit ist ein *ethisches Prinzip*

Bisher ist die Umweltfrage kein systematischer Bestandteil der katholischen Soziallehre. Daher ist diese weiterzuentwickeln, um den „Zeichen der Zeit" angemessen zu begegnen und das Orientierungspotenzial, das im christlichen Glauben liegt, auch auf der ordnungspolitischen Ebene wirksam zu entfalten.

von Prof. Dr. Markus Vogt und Dr. Jochen Ostheimer

Die „Nachhaltige Entwicklung" wurde 1992 bei der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro von der Völkergemeinschaft als Leitbild für die Politik des 21. Jahrhunderts anerkannt. Sie wird definiert als eine ökologisch tragfähige, sozial gerechte und wirtschaftlich effiziente Entwicklung – ethisch begründet mit der Verantwortung für künftige Generationen. Ursprünglich stammt der Begriff „Nachhaltigkeit" aus der deutschen Forstwissenschaft, wo ihn 1713 Hans Carl von Carlowitz als Gegenbegriff zu „nachlässig" einführte. Der Grundgedanke lautet: nicht mehr Ressourcen zu verbrauchen, als die Natur regenerieren kann. Oder ökonomisch ausgedrückt: von den Zinsen und nicht vom Kapital leben.

Im Grunde ist Nachhaltigkeit etwas sehr Einfaches und Selbstverständliches, das wir aber heute unter den Bedingungen einer Zivilisation, die nach dem Muster „schneller, höher, weiter" haltlos in die Zukunft zu stürzen scheint, neu lernen müssen. Nachhaltigkeit fordert einen Kulturwandel. Ihre Herausforderung besteht darin, dass es die vielfältigen Phänomene der global beschleunigten Entwicklung von Armut und Umweltzerstörung in einem inneren Zusammenhang sieht und deshalb integrierte Lösungsmodelle fordert. Entwicklungen, die wirtschaftlichen Wohlstand, globale Gerechtigkeit und ökologische Tragfähigkeit getrennt anstreben, laufen in eine Sackgasse.

Vom Anspruch der Nachhaltigkeit, als Querschnittsthema alle Reflexions- und Handlungsbereiche zu durchdringen, sind wir noch weit entfernt. Die Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands ist bisher eher ein Sammelbecken für die Zusammenstellung aller wünschbaren Entwicklungsziele. Das Leitbild der Gleichwertigkeit von Ökologie, Ökonomie und Sozialem – das sogenannte „Dreisäulenkonzept" der Nachhaltigkeit – ist so weit gefasst, dass jeder seine Ziele als nachhaltig etikettiert. Man will alles gleichzeitig, erreicht jedoch nichts. Nachhaltigkeit wird zum Etikettenschwindel und zur leeren Utopie.

Nur wenn man Nachhaltigkeit nicht als ökologischen Fachbegriff, sondern als ethisches Prinzip versteht, wird man ihr gerecht.

Nachhaltigkeit als Herausforderung für die Kirche

Nur wenn man Nachhaltigkeit nicht als ökologischen Fachbegriff, sondern als ethisches Prinzip versteht, wird man ihrem spezifischen Charakter gerecht: Sie ist eine Orientierung für Abwägungsprozesse in Konfliktlagen, eine Grammatik für den Strukturaufbau der Gesellschaft, keine Zauberformel. Es bedarf der Konkretisierung, um Verbindlichkeit zu entfalten. Nachhaltigkeit ist nicht billig zu haben. Für die Kirche erfordert das Prinzip Nachhaltigkeit eine neue Verständigung darüber, was die tragenden Grundwerte des Lebens sind, wie wir weltweite Gerechtigkeit und Überlebensfähigkeit sichern können und aus welchen Quellen sich die Reformfähigkeit von Politik und Gesellschaft stärken lässt.

Will man Nachhaltigkeit als ethisches Prinzip in die Katholische Soziallehre integrieren, sind folgende Fragen kritisch zu prüfen:

- Kann Nachhaltigkeit in seiner Begründung ohne innere Widersprüche mit dem Schöpfungsglauben und dem Ansatz christlicher Ethik, die nach traditionellem Verständnis den Menschen in den Mittelpunkt stellen, verbunden werden?
- Kann der christliche Glaube einen originären Beitrag zum Verständnis und zur Umsetzung von Nachhaltigkeit leisten?
- Ist Nachhaltigkeit für die kirchliche Praxis, ohne deren Flankierung ein Sozialprinzip unglaubwürdig bleiben muss, eine sinnvolle Richtschnur? Was bedeutet Nachhaltigkeit in der Verwaltung, Seelsorge, Diakonie, Liturgie und Verkündigung?

Das Wissen der Religionen im ökologischen Diskurs

Die Weite des ethischen Prinzips der Nachhaltigkeit kann leicht in eine programmatische Selbstüberforderung führen, die alle Weltprobleme gleichzeitig lösen will und deshalb nichts erreicht. Deshalb ist es wichtig, nicht nur von ethischen Postulaten der Kirche und an die Kirche zu sprechen, sondern auch von den spezifischen Kompetenzen und ihren Grenzen. Folgende Aspekte, die die christlichen Kirchen für eine nachhaltige Reform der Gesellschaft einbringen können, sind dabei besonders relevant:

Ohne das Subsidiaritätsprinzip würde dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung das organisatorische Herzstück fehlen.

- Nachhaltigkeit braucht eine strukturelle Verankerung langfristiger Perspektiven. Hierfür kann die Kirche von ihrem Selbstverständnis und ihrer Struktur her als älteste und auf Langfristigkeit (Ewigkeit) ausgerichtete Institution einen wichtigen Dienst leisten. Die Verantwortung für künftige Generationen, die ein zentrales Anliegen des Nachhaltigkeitskonzepts ist, ist vor allem eine Frage der Fähigkeit zum langfristigen Denken. Glaube und Kirche sind wesentlich darauf angelegt, den Zeithorizont unserer Wertmaßstäbe zu erweitern.
- Nachhaltigkeit fordert eine Anerkennung des Eigenwertes der Natur. Das christliche Schöpfungsverständnis kann dies auf eine Weise fördern, die nicht auf mystisch-voraufklärerischen Konzepten beruht und die deshalb mit den Herangehensweisen moderner Naturwissenschaften und Technik vereinbar ist. Das religiöse Verhältnis zur Natur als Schöpfung, als „Spur Gottes", als „Symbolressource" und als Raum des geschenkten Lebens ist ein wichtiges und kraftvolles Gegengewicht zur Reduktion der Naturwahrnehmung als „Warenlager" für menschliche Konsuminteressen.
- Nachhaltigkeit steht und fällt mit der Befähigung zu globaler

BUCHTIPP

Markus Vogt

Prinzip Nachhaltigkeit

Ein Entwurf aus theologisch-ethischer Perspektive

oekom, 2009

550 Seiten, 34.90 Euro

978-3-86581-091-5

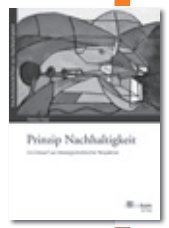


Foto: Andreas Hermsdorf / Pixelio.de

Solidarität. Diese Forderung wird in der kirchlichen Sozialverkündigung und Praxis konkretisiert. Da Solidarität nicht primär ein Erkenntnisproblem ist, sondern vor allem eine Frage der Motivation, kann die christliche Verkündigung und die kirchliche Praxis hier vieles beitragen, was politische Appelle zu globaler Solidarität allein nicht vermögen.

■ Nachhaltigkeit braucht eine Überwindung des massenhaften Konsums, der sich vor allem zulasten der Natur in den Entwicklungsländern auswirkt. Gefordert ist ein Wertewandel sowie die Vermittlung eines Selbstbewusstseins, das sich unabhängig von äußerem Besitz und kurzfristigen Erlebniswerten anerkannt weiß. Genau darauf zielen christliche Seelsorge und Bildung. Das christliche Menschenbild bietet wichtige Orientierungshilfen für einen nachhaltigen Lebensstil und motiviert zum Dienst der Versöhnung und der Gerechtigkeit.

■ Nachhaltigkeit ist eine Zukunftsvorsorge, deren motivierende Hoffnung nicht Fortschrittsoptimismus ist, sondern die Vision eines gelungenen Lebens in den Grenzen der Natur. Eine solche Hoffnung findet sich im christlichen Glauben. Sie wendet die Erfahrung der eigenen geschöpflichen Grenzen in die Chance, das Leben als Geschenk anzuerkennen, dessen Ursprung und Ziel der Mensch nicht selbst machen und bestimmen kann und dessen Glück er erfahren kann, wenn er seine Existenz in die Hände Gottes legt und in solidarischer Gemeinschaft lebt.

Wenn es gelänge, diese vielfältigen Aspekte plausibel zu entfalten, dann könnte Nachhaltigkeit durch die Verbindung mit theologischer Ethik und durch die Mitwirkung der Kirchen ganz wesentliche Dimensionen gewinnen. Dabei ist jedoch zu beachten, dass zwischen Schöpfungsglauben und Nachhaltigkeit ein asymmetrisches Verhältnis herrscht: Der christliche Schöpfungsglaube verpflichtet zur Nachhaltigkeit – Nachhaltigkeit setzt jedoch nicht notwendig den christlichen Schöpfungsglauben voraus.

Ohne das Personprinzip würde der Versuch, das Nachhaltigkeitsprinzip zu begründen, in naturalistische Konzepte münden.

Die Auseinandersetzung mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit bietet die Chance einer Wiederentdeckung des Schöpfungsglaubens. Die Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur ist eine der zentralen, ungelösten und eben deshalb auch „religionsproduktiven“ Herausforderungen unserer Zeit. Als Frage nach den größeren Zusammenhängen, in die unser Leben eingebunden ist, führt die ökologische Krise zu religiösen Fragen. „Zukunftsfähigkeit“ ist immer auch ein religiöses Thema.

Foto: Klaus Uwe Gerhard / Pixelio.de

Nachhaltigkeit als viertes Prinzip der Sozialethik

Die Sozialprinzipien der theologischen Ethik sind entstanden als Reaktion auf die Erfahrungen des Wandels der neuzeitlichen Gesellschaft, der wesentlich durch die Emanzipation des Subjekts in der Aufklärung ausgelöst wurde. Sie sind besonders in Umbruchzeiten virulent, in denen Deutungs- und Orientierungsmuster ihre Plausibilität verlieren. Die neuartigen Möglichkeiten, die Gestalt der Erde grundlegend zu verändern und dabei die natürlichen Lebensgrundlagen von Milliarden von Menschen zu gefährden, haben in den Geowissenschaften dazu geführt, dass sie vom Anbruch einer neuen erdgeschichtlichen Epoche sprechen: dem Anthropozän. Das Sozialprinzip Nachhaltigkeit reagiert auf diese neue Situation.

Die christlichen Sozialprinzipien dienen der Übersetzung biblischer Imperative in ordnungsethische Kategorien. Sie besitzen den Charakter verfahrensrelevanter Grundsätze und haben sich als ethische Grammatik für den Strukturaufbau der Gesellschaftsordnung bewährt. In diesem Sinne ist Nachhaltigkeit ein „missing link“ zwischen Schöpfungsglauben und gesellschaftlichem Umweltdiskurs. Sie verknüpft und aktualisiert die traditionellen Prinzipien der Sozialethik im Problemhorizont der ökologischen Frage. So gewinnt das Nachhaltigkeitsprinzip wichtige Inhalte seiner ethischen Begründung, seiner moralischen Motivationskraft und seiner organisatorischen Gestalt aus dem engen Verweisungszusammenhang zu den bekannten Prinzipien:

■ Ohne das Personprinzip, ohne die personale Rückbindung würde der Versuch, die umfassenden Forderungen des Nachhaltigkeitsprinzips zu begründen, unweigerlich in naturalistische Konzepte münden. Als ein aus der Forstwissenschaft kommendes Naturnutzungskonzept ist Nachhaltigkeit im Kern anthropozentrisch. „Human beings are at the center of sustainable development“ steht im ersten Grundsatz der Rio-Deklaration. Diese Anthropozentrik bedarf jedoch einer ökologischen Aufklärung, um die ökologischen Voraussetzungen personaler Entfaltung deutlicher ins Bewusstsein zu bringen.

■ Ohne das Solidaritätsprinzip und all die vielen Institutionen, die zur Sicherung solidarischer Armutsbekämpfung geschaffen wurden, bliebe das Nachhaltigkeitsprinzip politisch und gesellschaftlich im leeren Raum, isoliert und ohne stringente Begründung seiner wirtschaftlichen Komponente. Die weltweit gelebte Solidarität der Kirchen ist deren am stärksten nachgefragte Kompetenz im Nachhaltigkeitsdiskurs.

■ Ohne das Subsidiaritätsprinzip würde dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung das organisatorische Herzstück fehlen. Ökologische Imperative könnten dann dazu missbraucht werden, mehr Staat, mehr Reglementierung und mehr Zentralisierung zu fordern, statt Strukturen der Freiheit und der Anpassung an die jeweiligen sozialen und natürlichen Lebensräume zu fördern. „Global denken – lokal handeln“ ist die populäre Kontextualisierung des Subsidiaritätsprinzips im ökologischen Diskurs.

Ohne das Solidaritätsprinzip würde das Nachhaltigkeitsprinzip politisch und gesellschaftlich isoliert bleiben.

Das Nachhaltigkeitsprinzip gewinnt seine Eigenständigkeit also gerade nicht aus der Abgrenzung und Isolierung gegenüber den anderen Prinzipien, sondern daraus, dass die Beziehung des Menschen zur Natur als ein Problemfeld verstanden wird, das die traditionellen drei Handlungsprinzipien in neuer Weise aktualisiert, vertieft und umfasst. Das Neue ist nicht die Addition eines zusätzlichen Gegenstandsbereiches oder eine völlig eigenständige Begründung, sondern ein neuer Problemhorizont, angesichts dessen der Mensch neu lernen muss, sich als Teil der Schöpfung zu sehen und personale Freiheit sowie gesellschaftlichen Fortschritt nicht als Emanzipation von den naturwüchsigen Fesseln zu verstehen, sondern so, dass sie dauerhaft von den Bedingungen der Natur mitgetragen werden.

Es geht darum, soziale Verhältnisse und Überlebensfragen aus der Dynamik des menschlichen Natur-Gesellschafts-Verhältnisses heraus zu begreifen. Das ergibt sich schon daraus, dass sich ökologische Gefahren in der Moderne nicht mehr primär auf die unbeherrschte Natur zurückführen lassen, sondern nicht-intendierte Nebenfolgen der Naturbeherrschung sind. Soziale und ökologische Folgen dürfen nicht isoliert neben- und nacheinander betrachtet werden, sondern als ineinander und interdisziplinär vernetzt. Nachhaltigkeit ist eine Synthese der sozialethischen Zeitdiagnose und auf dieser Basis zugleich Gradmesser für die Zukunftsgestaltung in nahezu allen Politikbereichen. ■

Prof. Dr. Markus Vogt

Jahrgang 1962, studierte Theologie und Philosophie in München, Jerusalem und Luzern. Seit 2007 ist er Inhaber des Lehrstuhls für Christliche Sozialethik der Ludwig-Maximilians-Universität München, seit 2009 Sprecher der „Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik im deutschsprachigen Raum“.

Kontakt: m.vogt@lmu.de

Dr. Jochen Ostheimer

Jahrgang 1975, studierte Theologie, Philosophie und Sozialpädagogik in Benediktbeuern, München und Berlin. Seit 2007 ist er Akademischer Rat a. Z. am Lehrstuhl für Christliche Sozialethik der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie Lehrbeauftragter an der Universität Tübingen.

Kontakt: j.ostheimer@lmu.de

Centrum für Globales Lernen

Grenzübergreifend **dicke Bretter** *bohren*

Von der Globalisierung profitieren vor allem transnational agierende Konzerne, auch weil die Menschheit bis heute immer noch national und regional denkt. Angesichts der globalen Herausforderungen muss auch sie global zu denken lernen. Dieser Aufgabe widmet sich das Nürnberger „Centrum für Globales Denken".

von Dr. Jörg Alt SJ und Samuel Drempetic

Foto: Günther Hartmann

Wir leben in einer zunehmend komplexen, sich „globalisierenden" Weltgesellschaft. Das wissen wir alle irgendwie. Wie wir aber damit umgehen, ist uns weit weniger klar. Im Grunde scheint es doch so zu sein, dass nur der Finanzsektor und die transnationalen Konzerne dieses globale Spiel (zu ihren Gunsten) perfekt beherrschen und der Rest der Menschheit irgendwie ratlos daneben steht, hier und da etwas ausprobiert, hier und da zu etwas gedrängt oder gezwungen wird, aber im Großen und Ganzen keine Ahnung hat, wie sich dieses heranwachsende Global Village kohärent und systematisch zum Besten aller gestalten lässt.

Jeder, der das Prinzip der Finanztransaktionssteuer versteht, fragt sofort, warum man das nicht schon längst versucht oder umgesetzt hat.

Globale Probleme erfordern globales Denken

Während der Finanzsektor und die transnationalen Konzerne eine gemeinsame „Betriebskultur" und „Sprachkultur" haben und sich grenzübergreifend darin bestens verständigen können, sind Gesellschaft und Politik nach wie vor im Nationalstaatskästchen gefangen: Nationales Recht, nationale Kulturen, nationale Bedürfnisse, nationale Institutionen prägen die Herangehensweise an alles; internationale Kooperationen sind äußerst schwierig, zeitraubend und meistens im Ergebnis ein dünner, zahnloser Kompromiss.

Hier will das Centrum für Globales Lernen (CfGL) einen Beitrag leisten. Es handelt sich um ein Gemeinschaftsprojekt der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus (CPH) und der Jesuitenmission in Nürnberg. Das im Namen vorhandene „Globale Lernen" bezieht sich auf ein sich allmählich herausbildendes pädagogisches Konzept und bietet einen geeigneten Rahmen für die praktische Arbeit. Kurz und knapp lässt sich Globales Lernen als der pädagogischer Umgang mit der systemischen, weltweiten Komplexität sowie der vorherrschenden Armut und Ungerechtigkeit bezeichnen. Die anfangs genannten Herausforderungen machen deutlich, warum sich die Pädagogik mit den weltumspannenden Themen beschäftigen sollte und dies schon seit Jahren tut.

Neben der pädagogischen Auseinandersetzung existiert auch eine fachdidaktische. Vor allem die Schulfächer „Religion" und „Geografie" haben die Schnittmengen verstärkt aufgegriffen. Spätestens mit dem Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung der Kultusministerkonferenz und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist die Notwendigkeit für die Schulen, sich mit dem Globalen Lernen auseinanderzusetzen, existent.

Katholische Kirche ist der älteste Global Player

Das Nürnberger CfGL steht auf einem soliden und traditionsreichen Fundament: Über die Jesuitenmission, die im Rahmen der deutschen Jesuitenprovinz zuständig für Entwicklungszusammenarbeit ist, reichen Verbindungen und Kontakte über deren 600 Projekte in über 50 Länder. Zur „Betriebsphilosophie" der Jesuitenmission gehört aber, nicht nur „milde Gaben" an die Armen zu verteilen, sondern verstärkt über die Ursachen und Hintergründe von Armut und Ausbeutung, die Zusammenhänge von Armut und Klimawandel, Armut und Welthandel Bescheid zu wissen und dieses Wissen an die vielen Spenderinnen und Spender weiterzugeben.

Für die Umsetzung dieses Vorhabens bietet sich wiederum als Partner eine Erzbischöfliche Akademie bestens an, denn: Die Katholische Kirche ist der älteste und mitgliederstärkste Global Player überhaupt. Sie besitzt jahrhundertelange Erfahrung im Umgang mit globalen Herausforderungen, verschiedenen Kulturen, Katastrophenmanagement und Entwicklungsarbeit. Hinzu kommt: Seit vielen Jahrzehnten ist der Dreischritt „Sehen – Urteilen – Handeln" fester Bestandteil der Katholischen Soziallehre, deren Hauptgegenstand wiederum die vielen Fragen nationaler, sozialer, ökologischer und globaler Gerechtigkeit sind.

Dreischritt „Sehen – Urteilen – Handeln"

Das CfGL versucht, den Dreischritt „Sehen – Urteilen – Handeln", der auch entscheidender Bestandteil sowohl im pädagogischen Ansatz des Globalen Lernens als auch im Orientierungsrahmen „Globale Entwicklung" der Kultusministerkonferenz darstellt, in seinem Programm bestmöglich umzusetzen und nicht nur im Slogan aufscheinen zu lassen: Es beteiligt sich an

Foto: Julian Nitzsche/ Pixelio.de

BUCHTIPP

Jörg Alt,
Samuel Drempetic (Hrsg.)

Wohlstand anders denken

Lehren aus den aktuellen Weltkrisen
Echter, April 2012
154 Seiten, 14.80 Euro
978-3-429-03473-3

der Vor- und Nachbereitung des Freiwilligenprogramms der Jesuitenmission; es vermittelt Schulklassen Kontakte zu Projektpartnern und konzipiert Seminare zu den Themenbereichen Armut, Globalisierung und Gerechtigkeit; es veranstaltet Fachtagungen und Konferenzen zu komplexen Themen wie z. B. zur Frage, was seitens Deutschlands eine angemessene Antwort auf die diversen Krisen der letzten Jahre sein könnte; es weist auf praktische Alternativen zu bestehenden Problemen hin, etwa in Ausstellungen und Messen zu alternativen, ethisch-ökologischen Geldanlagen; es organisiert und trägt Kampagnen mit, die Einfluss dort auszuüben suchen, wo es nötig ist – etwa die Kampagne für eine „Steuer gegen Armut“ oder gegen Joseph Kony und seine „Lord's Resistance Army“.

Kampagne „Steuer gegen Armut“

Um die konzeptionelle Herangehensweise im Spagat zwischen dem Lokalen und dem Globalen zu veranschaulichen, noch einige Ausführungen zur Kampagne „Steuer gegen Armut“, der unter anderem die ÖDP angehört: Hintergrund der Kampagne war und ist das Gerechtigkeitsproblem, dass der Finanzsektor die Welt vor den größten Abgrund seit der Weltwirtschaftskrise 1929 führte, mit Milliarden an Steuergeldern gerettet wurde, aber keine erkennbare und spürbare Anstrengung unternimmt, (1.) die Auswüchse, die zur Krise führten, abzustellen und (2.) einen Anteil dessen, was zu seiner Rettung aufgewendet wurde, an die Gemeinschaft zurückzuzahlen.

Dabei handelt es sich um ein wahrhaft globales und doch lokales Problem, denn die Auswirkungen der Krise trafen und treffen arme und reiche Länder gleichermaßen. Und rückblickend ist festzustellen, dass auch in dieser Krise eine weitere Umverteilung von Reichtum von unten nach oben stattzufinden scheint: Zumindest steigen die Bonuszahlungen bestimmter Banker prozentual deutlich schneller als die Zahl neu geschaffener Jobs, mit denen der weltweit mit der Krise einhergehende Arbeitsplatzverlust ausgeglichen würde, oder gar Rückzahlungen an all jene Kleinanleger, deren Rücklagen und Altersvorsorge durch die Krise vernichtet wurden.

Auch im Lösungsbereich wird die Spannung zwischen Lokalem und Globalem sichtbar: Der Finanzsektor wehrt sich auch nach den jüngsten Krisen erfolgreich gegen gesellschaftspolitische Regulierungsmaßnahmen, indem er unterschiedliche Systeme und Kulturen gegeneinander ausspielt: Je nach Thema fand er in asiatischen Staaten, in anglo-amerikanischen Staaten, in Schwellenländern oder in armen Staaten Verbündete, um entsprechende Vorhaben der G20 oder der EU abzuwehren, auszuhöhlen oder zu vertagen.

Entsprechend wuchs die Notwendigkeit, wenigstens einen kleinen Erfolg zu verzeichnen, der der Weltgemeinschaft belegt: Es geht doch, wenn man nur zusammensteht. Die Finanztransaktionssteuer bot sich dafür an, denn: Jeder, der das Prinzip dieser Steuer versteht, fragt sofort, warum man das nicht schon längst versucht oder umgesetzt hat. Dahin zu kommen, war und ist nicht leicht, da natürlich die Bataillone des Finanzsektors die deutlich besser gefüllte Kriegskasse haben und über ihre „Organe“ kräftig Gegenpropaganda betreiben, um vor dem Verlust an Liquidität, der Schädigung des Kleinsparers und anderen Horrorvisionen in Folge dieser Mini-Steuer zu warnen.

Glücklicherweise scheint es momentan wenigstens in Teilen Europas so, als ob Zivilgesellschaft und Politik diese Gegenpropaganda wirkungsvoll zurückdrängen können: Momentan sind es elf Staaten, die Finanztransaktionen möglichst umfassend mit einem Steuersatz von zwischen 0,1 und 0,01 % belegen wollen. Dadurch ginge vor allem der gesellschaftlich nutzlose Hochgeschwindigkeitshandel zurück und Investitionen in die Realwirtschaft vor Ort würden sich wieder mehr lohnen.

Es ist die Zivilgesellschaft, die heute mithilfe des Internets zu jenseits demokratischer Kontrolle agierenden Akteuren ein Gegengewicht darstellen kann.

Mit diesem symbolischen, aber psychologisch unglaublich wichtigen Mini-Erfolg innerhalb der EU könnten von Politik und Gesellschaft danach, mit gestärktem, größerem Selbstbewusstsein, andere Regulierungs- oder Verbotsvorhaben auf den Finanzmärkten angegangen werden, etwa bei Leerverkäufen, im Bereich der Spekulation mit Lebensmitteln, bei der Frage des Schattenbankensektors, der Frage der Aufspaltung von Universalbanken in einen Geschäftskunden- und einen Investmentbereich und anderem mehr.

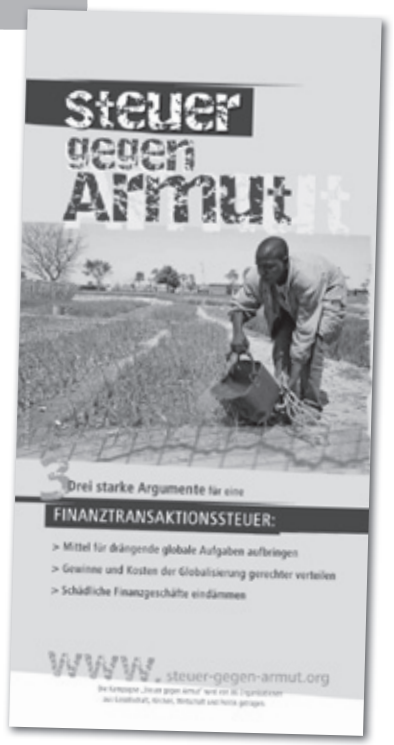
An dieser Stelle müsste jetzt noch etwas zur Frage der Verwendung der Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer gesagt werden, die nach Vorstellung des Kampagnenbündnisses „Steuer gegen Armut“ für die internationale und nationale Armutsbekämpfung, den Schutz von Klima und Umwelt verwendet werden sollte. Dies würde aber den Rahmen des Artikels sprengen und so soll der Hinweis genügen, dass das Kampagnenbündnis sich mit den Partnerkampagnen in anderen Ländern zum Ziel gesetzt hat, in den nächsten Monaten sich genau auf diese Frage zu konzentrieren.

Das Kunststück ist, Themen und Hebel zu finden, die in der pluralen Weltgesellschaft verschiedene Akteure zu gemeinsamem Handeln vereinen.

Zivilgesellschaft gewinnt an Bedeutung

Im Zeitalter der Globalisierung wird es seitens der Zivilgesellschaft zunehmend wichtig sein, grenzübergreifend zum Bohren dicker Bretter zusammenzuarbeiten, denn: Es ist die Zivilgesellschaft, die heute mithilfe des Internets und Social Webs zum Finanzsektor und zu anderen grenzübergreifend jenseits demokratischer Kontrolle agierenden Akteuren im Bereich von Wirtschaft und Kriminalität ein Gegengewicht darstellen kann. Indem die Zivilgesellschaft zunehmend die Vorteile, die durch moderne Verkehrs- und Kommunikationsmittel bestehen, nützt, können nationalstaatliche Beschränkungen überwunden werden, kann man, durch gemeinsame Analyse und Ethik verbunden, wesentlich schneller kommunizieren und agieren als staatliche Institutionen und Parlamente, die aber als Kooperationspartner – die Finanztransaktionssteuer-Kampagne belegt dies! – natürlich große Bedeutung haben.

Das Kunststück wird stets sein, die Themen und Hebel zu finden, die in der pluralen Weltgesellschaft so verschiedene Akteure wie Kirchen, Gewerkschaften, Menschenrechts- und Umweltverbände in einem gemeinsamen grenzübergreifenden Handeln inhaltlich vereinen können. Gleichzeitig gilt es, die Ressourcen zu finden, die ein solches gemeinsames Handeln über einen längeren Zeitraum hin tragen können. Das CfGL möchte versuchen, mit seinen bescheidenen Mitteln hier weiter seinen Beitrag zu leisten. ■



Der Kampagne „Steuer gegen Armut“ zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer haben sich neben der ÖDP noch 96 weitere Organisationen angeschlossen. Ausführliche Infos dazu gibt es auf der Website: www.steuer-gegen-armut.de

VERANSTALTUNGSTIPP

Tagung

Arbeit anders denken – Politik im Praxistest

Diskussion der Ergebnisse der Projektgruppe „Arbeitswelt, Konsumverhalten, Lebensstile“ der Enquete-Kommission „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“

Termin: 31.05. – 01.06.2013
Ort: CPH Tagungshaus, Nürnberg

» *www.cfgl.de → Veranstaltungen*

Dr. Jörg Alt SJ
Jahrgang 1961, trat 1981 dem Jesuitenorden bei, studierte Philosophie und Theologie, wurde 1993 zum Priester geweiht und promovierte in Soziologie. Er ist seit 1986 seelsorgerisch, wissenschaftlich und gesellschaftspolitisch tätig, seit 2012 auch im Nürnberger „Centrum für Globales Lernen“.

Kontakt: drempetic@cfgl.de

Samuel Drempetic
Jahrgang 1983, studierte Volkswirtschaftslehre und Pädagogik und leitet seit Anfang 2011 das Nürnberger „Centrum für Globales Lernen“. Neben zahlreichen Workshops und Seminaren führte er im November 2011 die große Tagung „Jetzt aber richtig! Lehren aus den Weltkrisen“ durch.

Kontakt: alt@cfgl.de

An alle Mitglieder ...

von Sebastian Frankenberger, Bundesvorsitzender der ÖDP

Liebe ÖDP-Mitglieder,

im kommenden September erwarten uns zwei wichtige Wahlen: die bayerische Landtagswahl und die Bundestagswahl. Um unsere Mitglieder optimal vorzubereiten, werden Sie in den nächsten Monaten Einladungen zu Schulungen bekommen. Wir müssen unsere Kandidaten inhaltlich vorbereiten, aber auch in der Pressearbeit schulen. Eine erste inhaltliche Vorbereitung halten Sie mit dieser neuen Ausgabe von ÖkologiePolitik in den Händen. Ethik in Politik und Wirtschaft ist gerade der ÖDP ein wichtiges Anliegen, nehmen wir doch keine Firmenspenden an und können so unabhängig zum Wohl der Bürger Politik machen. Würde der Begriff der Ethik von Politikern und Wirtschaftsvertretern ernst genommen, dann gäbe es sicher mehr soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Auf Seite 56 finden Sie unseren Aktionsvorschlag zur „Krötenwanderung". Banken werden bei dieser Aktion auf ihre ethischen Grundlagen geprüft und die Ergebnisse später veröffentlicht. Nur Transparenz trägt dazu bei, dass die Bürger informiert werden und dann fundierte Entscheidungen treffen können.

Leider führen Spendenskandale, Vorteilsnahme und Verflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft zu Demokratiefeindlichkeit und Parteienverdrossenheit. In den anstehenden Wahlkämpfen möchten wir zeigen, dass die ÖDP anders ist und hohe moralische Ansprüche auch an sich selbst stellt. Mit dem Beschluss zum Ehrenkodex beispielsweise beweisen wir unseren Wählern, dass wir nicht nur in Sonntagsreden entschlossenes Handeln predigen, sondern unsere Maßstäbe auch in die Realität umsetzen. Dieses Anderssein ist unser Trumpf, den wir bei der Bundestagwahl und der bayerischen Landtagswahl ausspielen können. Bitte helfen auch Sie mit, unser gutes Programm den Wählerinnen und Wählern zu vermitteln. Die beste Werbung für die ÖDP sind unsere Mitglieder, die unsere Vision von Nachhaltigkeit in ihrem Leben umsetzen.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr

Sebastian Frankenberger

PS: Bitte denken Sie daran, dass auch im Jahr 2014 eine wichtige Wahl ansteht: die Europawahl, bei der wir eine reelle Chance haben, mit Mandaten in das europäische Parlament einzuziehen.

Neues aus dem Bundesverband

Wahlvorbereitungen

Die Wahlen im Jahr 2013 kommen mit Riesenschritten auf uns zu. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrages steht allerdings noch nicht einmal der Termin der Bundestagswahl fest. Trotzdem müssen wir für die Bundestagswahl, sofern sie wie geplant Mitte September stattfindet, bis Mitte Juni 2013 die erforderlichen Unterstützungsunterschriften für die aufgestellten Landeslisten und Direktkandidaten sammeln. Da bereits viele Kreisverbände Direktkandidatinnen und -kandidaten aufgestellt haben, bedanken wir uns hier auch für den gezeigten Einsatz.

Weitere Informationen zum Sachstand finden Sie unter:

» *www.oedp.de/wahlen/bundestagswahl-2013/*

Grundsatzprogramm

Für das neue Grundsatzprogramm wurde vom Bundesparteitag im November 2012 in Erding beschlossen, eine weitere Variante zu erstellen und den vorliegenden Entwurf so zunächst nicht zu verabschieden. Es wurden allerdings eine ganze Reihe wesentlicher Änderungsanträge als Meinungsbild beschlossen. Die Bundesprogrammkommission wird an dieser, dem Parteitag vorgelegten Fassung allerdings weiterarbeiten und alle Vorschläge, Kritik und Bedenken berücksichtigen bzw. einarbeiten. Eine weitere Gruppe bearbeitet einen Alternativentwurf. Weitere inhaltliche Richtungsbeschlüsse muss der Bundeshauptausschuss am 27.01.2013 in Würzburg fassen, denn wir sind natürlich nicht mit allen wichtigen Punkten auf dem Bundesparteitag fertig geworden.

Arbeitsgruppe Migration

Interessierte ÖDP-Mitglieder haben sich im Vorfeld des Bundesparteitages getroffen, um das Thema Migration zu bearbeiten. Es wurde vereinbart, dass man sich in unregelmäßigen Abständen trifft, um das Thema vertiefend zu bearbeiten. Das Protokoll der Sitzung und weitere Informationen können beim Generalsekretär angefordert werden.

Satzungen und Ordnungen

Die Satzungen und Ordnungen wurden auf dem vergangenen Bundesparteitag geändert. Die neuen Fassungen finden Sie hier:

» *http://www.oedp.de/partei/organisation/satzungen-und-geschaeftsordnungen/*

Dr. Claudius Moseler
Generalsekretär
ÖDP Bundespolitisches und Kommunalpolitisches Büro
Neckarstr. 27 – 29
55118 Mainz
Tel.: 0 61 31/ 67 98 20
Fax: 0 61 31/ 67 98 15
Kontakt: claudius.moseler@oedp.de

5 Fragen zur ÖDP

Motivation, Ereignisse, Chancen, Gefahren, Visionen

Die ÖDP konnte am 6. März 2012 ihr 30-jähriges Jubiläum feiern. Grund, um einmal zurück und nach vorn zu blicken. Was motiviert Mitglieder, in ihr aktiv zu sein? Welche Ereignisse waren die wichtigsten? Was sind die größten Chancen und Gefahren? Was könnte die Partei erreichen?

Karl Heinz Jobst

1 *Wann und warum traten Sie in die ÖDP ein? Und warum sind Sie bis heute aktiv?*

Meine politische Lebenslinie verlief nicht geradlinig. Vorher war ich inaktiver Freier Wähler auf kommunaler Ebene. Erst 2008, nachdem ich einige berufliche und verbandspolitische Verpflichtungen abgelegt hatte, bin ich im Kommunal- und Landtagswahlkampf eingestiegen. Im Kreistag merkte ich jedoch sehr schnell, dass meine ökologischen, energiepolitischen und sozialen Aktivitäten intern nicht erwünscht waren. Als Referent in der Landtagsfraktion erkannte ich mit Entsetzen, dass bei deren Protagonisten nicht nur unglaubliche demokratische Defizite vorhanden waren, sondern das Spektrum von rechtskonservativ über neoliberal uninteressiert bis machtpolitisch korrupt reichte. Es war aussichtslos, einen ökosozialen Flügel zu installieren. Deshalb war es höchste Zeit, diese undefinierbare Gruppierung zu verlassen und mich der ÖDP zuzuwenden. Ich bin dann Anfang 2011 in die ÖDP eingetreten. Hier bin ich unter Gleichgesinnten herzlich aufgenommen, muss keine Eulen nach Athen tragen, meine Arbeit wird anerkannt und unterstützt. Die ÖDP ist eine Perle in der deutschen Politik, die nur noch poliert werden muss. Soll heißen, am durchschlagenden Erfolg, der bisher fehlte, will ich arbeiten.

2 *Was waren für Sie die wichtigsten Ereignisse in der ÖDP-Geschichte?*

Neben dem Atomausstiegserfolg, an dem aber viele Gruppierungen beteiligt waren, möchte ich zwei Erfolge besonders herausheben, die mich tief beeindruckt haben: der Nichtraucherschutz und die Abschaffung des Bayerischen Senats, dieses finanzstarken Lobbyisten-Nebenparlaments. Beide Volksentscheide waren von Konsequenz geprägt. Besonders beim Nichtraucherschutz zeigte sich, dass sich die ÖDP aus voller Überzeugung auch bei einem Teil der Bürger unbeliebt macht, wenn dies der Sache dient. Sie biedert sich nicht an, sondern folgt der Vernunft. Das hat bereits zu einem unverwechselbaren Profil geführt, das weiter gepflegt werden muss.

3 *Wo liegen die größten Chancen für die ÖDP?*

Wenn es der ÖDP gelingt, die ohnehin schon mit ihr assoziierten Attribute „konsequent“, „unbestechlich“, „unbequem“ und „visionär“ weiter zu kultivieren und zu kommunizieren, dann sehe ich darin die große Chance, sich vom ungeliebten und käuflichen Parteienbrei abzuheben und auf Dauer ein intellektuelles und moralisch anspruchsvolles Wählerpotenzial für sich zu gewinnen. Ich sage stets: Wir brauchen keine 50 %, sondern nur 5 % Unterstützung. Na ja, ein bisschen mehr darf’s schon sein. Aber niemals so viel, dass wir dafür unsere Gesinnung aufgeben müssten.

4 *Was sind die größten Gefahren für die ÖDP?*

Ich sehe zwei Gefahren: Die erste ist, dass die ÖDP in ihrer Ehrlichkeit stecken bleibt und den letzten Schritt hin zum Erfolg nicht gehen kann, weil die Mitglieder die Kompromisse, die dann eingegangen werden müssen, nicht ertragen können. Politische Professionalität ist uns manchmal suspekt. Ich merke, allein Wahlkampf ist vielen schon ein Gräuel und nur schwer mit der puritanischen ÖDP-Gesinnung vereinbar. Gegen Missstände protestieren und aufbegehren, ist eine Sache, aber sich selbst und seine Politik auf dem Politikmarkt anzupreisen eine andere. Das liegt nicht jedem, das müssen wir noch lernen. Wir haben das denkbar beste Grundsatzprogramm. Dahinter dürfen wir uns aber nicht verstecken, sondern wir müssen damit ins Licht treten, ins Rampenlicht. Vom Erfolg trennt uns nur noch Popularität. Da hilft kein Jammern über die Ignoranz der Medien an uns, sondern wir müssen die uns gegebenen Talente nutzen. Die zweite Gefahr ist für die ÖDP zwar noch weit entfernt, aber ich mache mir schon heute Gedanken darüber. Die Grünen dagegen sind dieser Gefahr bereits erlegen. Ich stelle mir die Frage: Wenn sich der große Wahlerfolg einst eingestellt hat und die Rolle der Opposition verlassen werden muss, wird dann auch in der ÖDP die Beliebigkeit zunehmen und die Geradlinigkeit in gleichem Maß abnehmen? Ist das einem Naturgesetz ähnlich oder gibt es Wege, eine solche Entwicklung zu vermeiden?

5 *Welche Vision haben Sie für die ÖDP?*

Eine naheliegende, aber durchaus realistische Vision für die ÖDP ist der Einzug in Länderparlamente, damit Ideen und Grundsätze endlich angemessen publiziert und gehört werden. Wenn das geschafft ist, wird vieles leichter. Die nächste Vision – ebenfalls schon in erreichbarer Nähe – ist das Europaparlament, das für Ziele, wie sie die ÖDP vertritt, wesentlich offener ist als nationale Parlamente. Man kann über Europa und seine Bürokratie lästern, aber viele wegweisende Errungenschaften, gerade auf ökologischem Sektor, kommen von der EU. Dort muss unser Arbeitsplatz sein.

Janett Rehmann

1 *Wann und warum traten Sie in die ÖDP ein? Und warum sind Sie bis heute aktiv?*

Mit einer Werbeklappkarte der ÖDP zur Europawahl am 13. Juni 1999 in unserem Briefkasten fing alles an. Die Auswahl der Slogans: Qualität statt Gen-Fraß; Ehrlichkeit statt Korruption; Verantwortung statt Tierquälerei; mehr Demokratie statt Ministerherrschaft; bäuerliche Landwirtschaft statt Agrarindustrie machten uns richtig neugierig. Deshalb haben wir den Bundesparteitag in Berlin und den Landesparteitag in Braunschweig besucht. Wir waren positiv überrascht vom respektvollen Umgang und einer überaus anregenden Streitkultur im ehrlichen Bemühen, Antworten auf die heutigen und zukünftigen drängenden Fragen der Menschheit zu finden. Kurz darauf sind mein Mann und ich in die ÖDP eingetreten und gründeten im Januar 2000 den Kreisverband Halberstadt. Seit März 2004 bin ich als Regionalbeauftragte in Sachsen-Anhalt tätig. Bis heute bin ich aktiv, weil die Visionen der ÖDP für eine langfristig lebensfreundliche Welt mehr denn je gefährdet sind. Gegenüber meinem Gewissen und meinem Kind kann ich da nicht tatenlos zuschauen.

2 *Was waren für Sie die wichtigsten Ereignisse in der ÖDP-Geschichte?*

Für mich sind das die Abschaffung des Bayerischen Senats, das neue Nichtraucherschutzgesetz in Bayern und die Abschaffung der 5 %-Hürde zur Europawahl. Der größte Erfolg in Sachsen-Anhalt war für mich der Einzug der ÖDP ins Stadtparlament von Halberstadt im Juni 2009 mit zwei – fast sogar drei –Mandaten.

3 *Wo liegen die größten Chancen für die ÖDP?*

Wenn es ihr gelingt, sich wirklich auf die neuen gewachsenen Anforderungen der Menschen in einem medialen Zeitalter einzustellen, ohne dabei ihre Prinzipien aufzugeben. Das heißt, den Nerv der Leute von heute zu treffen – mit einem Klick bin ich dabei. Dazu braucht die ÖDP einen absolut professionellen Internetauftritt auf allen Ebenen sowie motivierte Leute, die diese Seiten ebenso kompetent betreuen. Und die ÖDP sollte Netzwerke wie Facebook und Twitter nutzen.

4 *Was sind die größten Gefahren für die ÖDP?*

Die größte Gefahr sehe ich darin, dass die ÖDP die staatliche Parteienfinanzierung verlieren kann. Ohne die staatlichen Mittel ist es schwierig, eine effektive arbeitsfähige Struktur mit hauptamtlichen Mitarbeitern aufrecht zu erhalten. Es ist wichtig, weiter darüber nachzudenken, wie die ÖDP mehr Einnahmen akquirieren kann. Interessante Ansatzpunkte bietet hier das Fundraising, d.h. wie gewinne ich neue Spender und wie betreue ich vorhandene Spender richtig?

Eine weitere Belastungsprobe für die ÖDP ist, dass sie weiterhin in überregionalen Medien so gut wie nicht stattfindet und so viele Menschen – gerade auch ältere – gar nicht erst erreichen kann.

5 *Welche Vision haben Sie für die ÖDP?*

Ich wünsche mir, dass die ÖDP zukünftig in einigen Landesparlamenten und im Europaparlament vertreten sein wird. Ich sehe die ÖDP grundsätzlich jedoch

als starke außerparlamentarische Kraft, die mit vielen demokratischen Vereinigungen und Initiativen zusammenarbeitet und Volksentscheide mit zum Erfolg führen kann. Weiterhin sehe ich die ÖDP als verbindendes Netzwerk an. Ich finde es wichtig, jederzeit den Bürgern bei den unterschiedlichsten Anliegen weiterhelfen bzw. zu Experten vermitteln zu können. Wenn in den Köpfen hängen bleibt: „Die ÖDP hilft mir und schafft auch politisch was!“, dann bin ich sicher, wird die ÖDP noch mal 30 Jahre alt.

Christian Tischler

1 *Wann und warum traten Sie in die ÖDP ein? Und warum sind Sie bis heute aktiv?*
Als es 2002 für mich zum ersten Mal an die Wahlurne ging, habe ich die Programme aller ernstzunehmenden Parteien durchgearbeitet und wurde daraufhin Stammwähler der ÖDP. 2008 entschloss ich mich zu einem Eintritt in die Partei, da ich die ÖDP nun tatkräftiger unterstützen wollte, als nur alle paar Jahre meine Stimme abzugeben. Hauptgründe für mein Engagement waren und sind auch heute noch die konsequente Unabhängigkeit von der Wirtschaft und der vorausschauende Blick auf die künftigen Generationen.

2 *Was waren für Sie die wichtigsten Ereignisse in der ÖDP-Geschichte?*
Ein Urteil für die Zeit vor meiner Mitgliedschaft möchte ich mir nicht anmaßen, daher beschränkt sich die Auswahl auf die letzten vier Jahre: das erfolgreiche Volksbegehren in Bayern, Sebastian Frankenberger wird Bundesvorsitzender und der Fall der 5 %-Hürde bei der Europawahl.

3 *Wo liegen die größten Chancen für die ÖDP?*
Die größte Chance sehe ich bei den jungen Leuten. Für diese müssen wir attraktiv werden, wir müssen ihnen zeigen, dass wir gerade auch für ihre Generation unsere Politik gestalten. Die Piraten sind für junge Menschen keine langfristige Alternative, da diese weder brauchbare und verantwortbare Konzepte für die Zukunft haben, noch Antworten auf die wirklich zentralen Fragen unserer Zeit bieten können. Daher sollten wir in den Wahlkämpfen der nächsten zwei Jahre vor allem auch diese Wählergruppe „mitnehmen“ und ins Boot holen.

4 *Was sind die größten Gefahren für die ÖDP?*
Die größte Gefahr sehe ich in der Vernachlässigung des ganzen Bereichs Internet. Dieses ist heute fester Bestandteil der Lebenswirklichkeit quer durch alle Generationen. Jede Investition in diesen Bereich ist eine Investition in die Öffentlichkeitsarbeit im und außerhalb des Wahlkampfes. Auf keinem anderen Wege haben wir die Chance, so viele Menschen zu erreichen. Wenn wir den Wahlkampf nicht auch massiv und in zeitgemäßer Form ins Internet tragen, wie es alle anderen Parteien bereits verstanden haben, werden wir unsere Wahlergebnisse auch weiterhin nicht ausbauen können. Veraltete und nicht besucherfreundliche Webseiten sind kein Alleinstellungsmerkmal, sondern ein Armutszeugnis. Vergeben wir hier nicht unser Potenzial, sondern nutzen wir es vielmehr!

5 *Welche Vision haben Sie für die ÖDP?*
Die ÖDP sehe ich künftig als moderne und frische Partei, die aber ihren Werten treu bleibt

Dr. Claudius Moseler

1 *Wann und warum traten Sie in die ÖDP ein? Und warum sind Sie bis heute aktiv?*
Ich bin 1983 in die ÖDP eingetreten, weil ich der Meinung bin, dass unser Land eine Umweltpartei in der politischen Mitte und mit klarem ökologischen Profil benötigt. Dies hat sich bis zum heutigen Tag nicht geändert und dafür kämpfe ich auch als Stadtrat und Ortsbeiratsmitglied auf kommunaler Ebene.

2 *Was waren für Sie die wichtigsten Ereignisse in der ÖDP-Geschichte?*
Es waren für mich zweifelsohne die Erfolge des bayerischen Landesverbandes bei den Volksentscheiden zu den Themen Bayerischer Senat und Nichtraucherschutz. Aber auch die Gewinne von kommunalen Mandaten und Bürgermeisterposten – für mich persönlich 2004 mit dem Einzug in den Mainzer Stadtrat.

3 *Wo liegen die größten Chancen für die ÖDP?*
Die größten Chancen der ÖDP liegen in ihrer Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit mit ihren authentischen Mitgliedern. Wir haben die Chance, mit unseren Themen und Positionen viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, z. B. bei den Themen Firmenspenden an Parteien, dem Kampf für mehr Demokratie, Einsatz für ein Erziehungsgehalt und unserer Kritik am ständigen wirtschaftlichen Wachstum als politisches Allheilmittel.

4 *Was sind die größten Gefahren für die ÖDP?*
Das die ÖDP nach wie vor in den überregionalen Medien nicht beachtet wird. Dieses Problem kann die ÖDP leider nur in wenigen Teilen selbst lösen.

5 *Welche Vision haben Sie für die ÖDP?*
Durch unser dauerhaftes Engagement sind wir auf dem politischen Markt keine Eintagsfliege geblieben. Daher glaube ich, dass die ÖDP die Chance hat, über die Verbreiterung der kommunalen Basis und das Engagement auf EU-Ebene in den nächsten Jahren auch zunehmend auf Bundesebene deutliche politische Zeichen zu setzen. Es wird ein Marathon und kein Sprint!

Sebastian Frankenberger

1 *Wann und warum traten Sie in die ÖDP ein? Und warum sind Sie bis heute aktiv?*
2004 bin ich in die ÖDP eingetreten. Davor war ich in der CSU und in der Jungen Union (JU). Dort durfte ich aber nicht meine Meinung sagen und wurde schon längere Zeit vor meinem Austritt als „grüner V-Mann“ bezeichnet. Außerdem war die ÖDP in Passau einfach richtig stark und die Arbeit von Urban Mangold hat mich fasziniert. Ihn habe ich bei einer Umweltaktion kennengelernt und bin dann recht schnell in die ÖDP eingetreten.

2 *Was waren für Sie die wichtigsten Ereignisse in der ÖDP-Geschichte?*
Natürlich könnte ich jetzt die gewonnenen Volksbegehren oder Klagen aufzählen. Für mich ist aber der größte Erfolg, dass sich die ÖDP im wesentlichen Kern nicht verändert hat. Das heißt, dass sie nicht den Versuchungen der großen Parteien, nur populistische Forderungen zu verkünden, um die Macht zu gewinnen oder auszubauen, verfallen ist. Die ÖDP sagt den Menschen die Wahrheit, auch wenn sie mit Einschränkungen und dem Verzicht auf lieb gewonnene Gewohnheiten verbunden ist.

3 *Wo liegen die größten Chancen für die ÖDP?*
Genau darin liegen auch die größten Chancen: Wir müssen authentisch bleiben und nicht nur an Macht denken um der Macht willen. Wir nutzen Einfluss, um die Welt zum Positiven zu verändern. Ich bin sicher, dass wir eines Tages damit Erfolg haben, denn die Wähler suchen eine Alternative zu den etablierten Parteien. Ganz aktuell sehe ich große Chancen, dass uns der Einzug in den bayerischen Landtag und ins Europaparlament gelingt.

4 *Was sind die größten Gefahren für die ÖDP?*
Den Generationen-Wechsel nicht zu schaffen, nicht mehr an uns selbst zu glauben und den Mut zu verlieren. Wir dürfen uns nicht nur an Wahlkämpfe klammern, sondern müssen langfristig planen. Vor allem aber brauchen wir politischen Nachwuchs in den Vorständen.

5 *Welche Vision haben Sie für die ÖDP?*
Ich persönlich habe die Vision, dass die Menschen auf der Erde eines Tages in Einklang mit der Natur und in Frieden leben können. Wenn wir auch als ÖDP dieses Ziel glaubwürdig propagieren, bin ich mir sicher, dass sich uns viele Menschen anschließen. Dann schaffen wir es auch, uns politisch zu festigen und noch mehr Mandate zu erringen.

Damit endet unsere vierteilige Serie, denn im März feiert die ÖDP ihren 31. Geburtstag. Herzlichen Dank an alle Teilnehmer für ihre interessanten Antworten!

ÖDP-Bundesparteitag in Erding

Frankenberger bleibt Bundesvorsitzender der ÖDP

Sebastian Frankenberger ist erneut zum Bundesvorsitzenden der ÖDP gewählt worden. Die rund 160 Delegierten sprachen dem 31-jährigen Passauer mehrheitlich ihr Vertrauen aus. Frankenberger setzte sich mit 72 % der Stimmen gegen Felix Staratschek aus Radevormwald durch.

von Florence von Bodisco

In seiner ersten Reaktion sagte Frankenberger: „Ich freue mich über das mir entgegengebrachte Vertrauen und werde mich dafür einsetzen, dass wir mit mindestens zwei Mandaten in das Europäische Parlament einziehen.“ Durch die Aufhebung der 5 %-Sperrklausel hat die ÖDP echte Chancen, im EU-Parlament vertreten zu sein.

Der Wahlkampf zur EU-Wahl, aber auch der Bundestagswahlkampf und die bayerische Landtagswahl stünden nun an erster Stelle.

Frankenberger sagte in seinem Rechenschaftsbericht, dass die ÖDP einen anderen Politikstil verfolge und den Menschen ehrlich kommuniziere, dass nur mit Verzicht die Umweltzerstörungen aufgehalten werden können. „Wir sagen den Bürgern vor der Wahl, dass wir uns einschränken müssen, wenn wir die Natur nicht noch weiter ausbeuten wollen“, so Frankenberger. Die ÖDP sympathisiere deshalb mit der Postwachstums-Ökonomie, die zwar den Verzicht auf materielle Werte in den Mittelpunkt rückt, dafür aber Gewinn an Lebensqualität in Aussicht stellt.

Durch die Aufhebung der 5 %-Sperrklausel hat die ÖDP echte Chancen, im EU-Parlament vertreten zu sein.

Zu Frankenbergers Stellvertretern wurden Susann Mai (Worbis/Thüringen) und Karl Heinz Jobst (Erding) gewählt. Willi Reinbold aus Eichstätt wurde als Schatzmeister im Amt bestätigt, ebenso die Schriftführerin Tanja Pfisterer.

Für folgende Beisitzer votierten die Delegierten: Christian Tischler, Hanns-Dieter Schlierf, Werner Roleff, Dr. Hermann Schweiger.

Frankenberger machte Werbung für den Tätigkeitsbericht der ÖDP.

Keine Nachwuchssorgen hat die ÖDP.

Programmatisch hat die ÖDP auf ihrem Bundesparteitag einen Antrag verabschiedet, der sich mit der Rolle der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bei Wahlanalysen und Umfragen beschäftigt. Die Antragsteller monierten, dass diese in der Regel nicht detailliert über die Wahlergebnisse derjenigen Parteien berichten, die weniger als 5 % der Stimmen bei Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen bekommen haben. Dazu Sebastian Frankenberger: „Es geht hier um Gerechtigkeit für kleine Parteien. Wir meinen, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gemäß ihres Auftrags zur politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu einer ausführlichen Berichterstattung verpflichtet werden können.“

Transparenz und Meinungsvielfalt kennzeichnen eine starke Demokratie.

Im Antrag heißt es wörtlich: „Durch das Verschweigen derjenigen Parteien, die keine 5 % der Stimmen erreicht haben, kann sich der Bürger kein umfassendes Bild über das Wahlergebnis machen, da er einen großen Prozentsatz nicht zuordnen kann.“

Die ÖDP hat schon Gespräche mit dem Verfassungsrechtler Prof. Hans-Herbert von Arnim aufgenommen, der sich bereits mit diesem Thema kritisch auseinandergesetzt hat.

Frankenberger erläuterte den Parteitagsbeschluss: „Durch die Praxis der Missachtung werden kleinere Parteien wie die ÖDP nicht von der Öffentlichkeit wahrgenommen. Das mindert deren Chancen, bekannt zu werden und so Wähler zu erreichen.“

Transparenz und Meinungsvielfalt würden eine starke Demokratie kennzeichnen, deshalb werde sich die ÖDP für eine verbesserte Darstellung von kleinen Parteien in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einsetzen. ■

Am Abend sorgte Kabarettistin Martina Ottmann für gute Unterhaltung.

Mit unkonventionellen Methoden versuchte so mancher Kandidat, auf sich aufmerksam zu machen.

Vorstandsmitglied Dr. Hermann Schweiger ließ sich in der Essenspause von einem Frosch vertreten.

Fotos: Florence von Bodisco

Foto: Regierung Niederbayern

Der ehemalige ÖDP-Landesvorsitzende Bernhard Suttner (Mitte) bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes mit Staatsminister Helmut Brunner (ganz rechts), Regierungsvizepräsident Dr. Helmut Graf (2. v. l.) und weiteren Gratulanten aus der Politik

Bayern

Bundesverdienstkreuz für Bernhard Suttner

Der Bundespräsident hat auf Vorschlag des Bayerischen Ministerpräsidenten den bis Mai 2011 amtierenden Landesvorsitzenden der bayerischen ÖDP, Bernhard Suttner, mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Die Verleihung fand am Freitag, 30. November 2012 in der Regierung von Niederbayern in Landshut statt. Staatsminister Helmut Brunner händigte Orden und Urkunde aus. Bernhard Suttner wurde für sein langjähriges ehrenamtliches politisches Engagement als ÖDP-Landesvorsitzender und kommunaler Mandatsträger gewürdigt.

„Der große deutsche Soziologe Max Weber unterteilte den Politikertypus in Menschen, die von der Politik leben, und Menschen, die für die Politik leben. Bernhard Suttner ist zweifellos in der zweiten Kategorie einzuordnen. 20 Jahre lang hat er sich ehrenamtlich als ÖDP-Landesvorsitzender für die Bürger Bayerns engagiert und die politische Debatte im Freistaat bereichert“, stellt Bernhard Suttners Nachfolger im Amt des ÖDP-Landesvorsitzenden, Klaus Mrasek, fest.

Als Initiator des erfolgreichen Volksbegehrens zur Abschaffung des Senats hat Bernhard Suttner dem bayerischen Staatshaushalt und den Steuerzahlern jährliche Ausgaben in Höhe von 5 Millionen Euro erspart. In die Amtszeit von Bernhard Suttner fällt auch die Streichung von fünf Standorten, die für ein zusätzliches Atomkraftwerk reserviert waren. Bereits die Sammlung der 25.000 Zulassungsunterschriften für das Volksbegehren „Kein neues Atomkraftwerk in Bayern“ (1998) veranlasste Staatsregierung und Landtag von sich aus zur Streichung der AKW-Standorte aus dem Standortsicherungsplan. Unter der Federführung von Bernhard Suttner hat die ÖDP außerdem durch eine Popularklage die Streichung des umstrittenen Büchergeldes erreicht, weil sich der Landtag nicht der vom Gericht geforderten regelmäßigen Überprüfung der Gebührenhöhe stellen wollte.

„Seit 30 Jahren beteiligt sich Bernhard Suttner mit wachstumskritischen Reden an der gesellschaftlichen Debatte. 20 Jahre lang stand er ohne Vergütung an der Spitze seiner Partei. Das ist ein außergewöhnliches Beispiel für Bürgersinn“, würdigt ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek die Leistung seines Vorgängers: „Wir gratulieren Bernhard Suttner zur verdienten Auszeichnung“. (um)

Bildungspolitik

ÖDP-Petition im Bildungsausschuss abgelehnt

„Politiker von CSU und FDP ziehen durchs Land und halten Sonntagsreden für eine bessere Bildung. Kaum liegt aber ein guter Vorschlag auf dem Tisch, ist ihnen jeder Euro zu viel, den man hierfür und nicht für Asphalt und Beton ausgeben müsste“, sagt Bernhard Suttner, Fachbeauftragter für Grundsatzfragen der ÖDP Bayern. Er hatte die Beratung und Abstimmung der ÖDP-Petition „Zweite Kraft in jeder Grundschulklasse“ im Bildungsausschuss des bayerischen Landtags verfolgt. Über 2.000 Bürgerinnen und Bürger hatten die Petition unterstützt.

Das Konzept der „Zweiten Kraft“ ist in anderen Ländern, z. B. in Skandinavien, längst verwirklicht. Neben der regulären Lehrkraft arbeitet dort eine „Zweite Kraft“ in der Klasse mit und ermöglicht die individuelle Förderung eines jeden Kindes. Die „Zweite Kraft“ muss nach Ansicht der ÖDP keine weitere Lehrkraft mit einer akademischen Lehrerausbildung sein. Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen können ebenso als Assistenzkräfte beschäftigt werden wie Studierende des Lehramtes in Phasen des studienbegleitenden Langzeitpraktikums.

Die neue Assistenzstelle soll Kleingruppen begleiten, in denen entweder besonders leistungsfähigen Kindern zusätzliche Anregungen und Herausforderungen oder aber Kindern mit Lernproblemen Hilfen vermittelt werden. Auch zur Behebung von Erziehungs- und Sozialisationsdefiziten sowie zur Qualifizierung des Schullebens kann und soll die „Zweite Kraft“ beitragen. Besonders für die von der UN-Behindertenrechtskonvention geforderte Inklusion, also der Einbeziehung von behinderten Schülern in den normalen Unterricht, wäre eine „Zweite Kraft“ unabdingbar. Bernhard Suttner: „Trotz der destruktiven Haltung von CSU und FDP freue ich mich, dass unser Konzept der ‚Zweiten Kraft in jeder Grundschulklasse‘ von allen anderen Abgeordneten unterstützt wurde.“ (um)

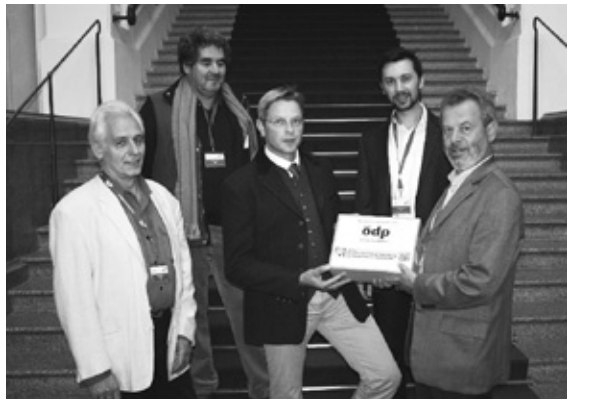
Foto: Florence von Bodisco

Bernhard Suttner, der Beauftragte der bayerischen ÖDP für Grundsatzfragen, ist enttäuscht über die Ablehnung der Petition.

Tierschutzpolitik

ÖDP übergibt im Landtag Petition anlässlich des Welttierschutztages

Am 4. Oktober war Welttierschutztag. Aus diesem Anlass hat die ÖDP Bayern drei Tage zuvor eine von ihr gestartete Petition zur Entwicklung von Ersatzmethoden zu Tierversuchen im Landtag eingereicht. Hierzu soll nach Ansicht der Unterzeichner an einer bayerischen Universität ein eigener Lehrstuhl eingerichtet werden. ÖDP-Landesvorstandsmitglied Franz Hofmaier und die ÖDP-Tierschutzexperten Johannes Grössl und Paul Fiegert übergaben deshalb zuständigkeitshalber 1.700 Unterschriften an den Hochschul-Ausschussvorsitzenden des Bayerischen Landtags, MdL Oliver Jörg.



Von rechts: ÖDP-Landesvorstandsmitglied Franz Hofmaier, Tierschutz-Beauftragter Johannes Grössl, Ausschussvorsitzender MdL Oliver Jörg, Stefan Barbarino von der Stiftung Mensch und Tier und ÖDP-Tierschutzexperte Paul Fiegert bei der Übergabe der Unterschriften

Mit der Petition fordert die ÖDP: Zur Erforschung und Entwicklung von Ersatzmethoden zum Tierversuch im Gesundheits- und Verbraucherschutz wird an einer bayerischen Universität ein eigener Lehrstuhl eingerichtet. Die Eingabe wird in den nächsten Monaten im Landtag behandelt. (um)

AUS DEN LANDESVERBÄNDEN

Hamburg

Volker Behrendt im Amt bestätigt/ Landesliste aufgestellt

Der Dipl.-Finanzwirt Volker Behrendt (45) ist am 20. November 2012 erneut zum Landesvorsitzenden der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) Hamburg gewählt worden. Der Lehrer Benjamin Krohn (33) wurde zu seinem Stellvertreter gewählt.

Der stellvertretende ÖDP-Bundesvorsitzende Karl Heinz Jobst motivierte als Gast die Mitglieder mit seinem Bericht aus dem Bundesvorstand: Ein starker Hamburger Landesverband sei für die kommenden Bundestags- und Europawahlen von großer Wichtigkeit. Durch den vor Gericht erkämpften Wegfall der 5 %-Hürde bei der Europawahl sei die Chance gestiegen, zukünftig im Europaparlament vertreten zu sein. Zudem sehe man in Bayern erstmalig einem realistischen Einzug in den Landtag entgegen, in dessen Folge die ÖDP auch bundesweit eine deutlich höhere Aufmerksamkeit erreichen würde.

Jobst: „Mit den Alleinstellungsmerkmalen der Unabhängigkeit durch Konzernspendenfreiheit und der konsequenten Verfolgung der alternativen Wirtschaftsmodelle Postwachstumsökonomie und Gemeinwohlökonomie im Grundsatzprogramm stellt die ÖDP eine wählbare Alternative für breite Wählerschichten und nicht zuletzt auch für enttäuschte Nichtwähler dar."

Volker Behrendt ergänzte in seiner Antrittsrede: „Die ÖDP hat schon jetzt im Hinblick auf die massiven wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Umfeld der Eurokrise mit ihrer auf den einzelnen Menschen achtenden Ethik, der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Familien die richtigen Antworten. Wir werden uns deshalb von der übrigen angepassten Parteienlandschaft deutlich abheben.

Die Stärkung der Demokratie in Deutschland und Europa, die Schaffung von Transparenz bei politischen Entscheidungen abseits von Korruption und Lobbyismus müssen die grundlegenden Ziele unserer Arbeit sein. Dafür werden wir uns im Wahlkampf gerne auf die Straße stellen."

Die Hamburger ÖDP hat als eine der ersten Parteien in Hamburg ihre Landesliste und die Direktkandidaten für die Bundestagswahlen 2013 aufgestellt.

Spitzenkandidat ist der Landesvorsitzende Volker Behrendt, Dipl.-Finanzwirt aus Bergedorf, auf Platz 2 folgt Klaus-Christian Becker, Sprachheillehrer aus Wandsbek, auf Platz 3 Verena Häggberg, Pastorin aus Altona.

Für den Wahlkreis Bergedorf/Harburg kandidiert erstmalig Volker Behrendt für ein Direktmandat, in Altona Verena Häggberg. Für den Wahlantritt benötigt die ÖDP rund 2.000 Unterstützungsunterschriften, die bis Ende Mai gesammelt werden müssen.

Kontakt:
Volker.Behrendt@oedp.de,
www.ödp-hamburg.de

Volker Behrendt wurde im Amt des Landesvorsitzenden der ÖDP Hamburg bestätigt.

Benjamin Krohn wurde zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der Hamburger ÖDP gewählt.

Baden-Württemberg

ÖDP benötigt Unterstützungsunterschriften

Die Vorbereitungen zur Bundestagswahl im Herbst 2013 laufen: Wir haben Fortschritte gemacht, sind aber noch längst nicht am Ziel. Nach wie vor wollen wir in Baden-Württemberg in allen 38 Wahlkreisen mit einer/einem Direktkandidatin/-kandidaten zur Wahl antreten, weil die Erfahrung zeigt, dass dies in den betreffenden Wahlkreisen die Zahl der Zweitstimmen erhöht. Bei der Bundestagswahl 2009 gab es in Baden-Württemberg leider nur 10 Direktkandidaten. Mit Stand vom 01.12.2012 sind es bereits 17 Direktkandidaten, das ist aber erst knapp die Hälfte. Es bleibt also noch viel zu tun. In allen Wahlkreisen müssen noch mindestens je 200 bis 220 gültige Unterstützungsunterschriften gesammelt werden.

Für ganz Baden-Württemberg brauchen wir außerdem um die 2.200 Unterstützungsunterschriften für die Landesliste, damit die ÖDP auf jeden Fall überall im Land mit der entscheidenden und von allen Parteien hart umkämpften Zweitstimme gewählt werden kann. Aufgestellt worden sind bisher Direktkandidaten in den folgenden Wahlkreisen:
258 Stuttgart I, 259 Stuttgart II, 263 Göppingen,
264 Waiblingen, 265 Ludwigsburg, 266 Neckar-Zaber,
269 Backnang-Schwäbisch Gmünd, 274 Heidelberg,
276 Odenwald-Tauber, 281 Freiburg,
285 Rottweil-Tuttlingen, 287 Konstanz, 288 Waldshut,
289 Reutlingen, 292 Biberach, 294 Ravensburg,
295 Zollernalb-Sigmaringen.

Wir brauchen dringend Mithilfe bei den Unterstützungsunterschriften: Aus Erfahrung wissen wir, dass die meisten Menschen uns ihre Unterschrift auf beiden Formularen geben. Sie können jeweils von der Landeshomepage unter www.oedp-bw.de heruntergeladen werden. Dazu brauchen wir aber die Hilfe von Ihnen allen, unseren Mitgliedern. Klicken Sie dafür bitte auf der Startseite der Landeshomepage links auf „Bundestagswahl 2013". Sie erhalten mit einem weiteren Klick die nötigen Informationen: Formular für Landesliste und Wahlkreise, ja sogar die Zuordnung jeder Gemeinde im Land zum entsprechenden Bundestagswahlkreis.

Bitte fragen Sie daher auch Ihre Verwandten, Freunde und Bekannten, ob sie zu einer Unterstützungsunterschrift bereit sind – in Ihrem eigenen Wahlkreis oder auch in einem anderen. Wir sind Ihnen sehr dankbar, wenn Sie die gesammelten Unterschriften gleich bei der zuständigen Rathausverwaltung bestätigen lassen, denn das spart uns Mühe und Kosten. Bitte senden Sie diese – möglichst schon bestätigten – Unterschriftsformulare an die ÖDP-Landesgeschäftsstelle, Bismarckplatz 4, 70197 Stuttgart. Wer von Ihnen, liebe Mitglieder, irgendwelche Unterschriftenformulare benötigt, aber keine Möglichkeit hat, sie herunterzuladen, kann diese auch in der Landesgeschäftsstelle anfordern – per Post, Fax 07 11/ 6 36 30 00, Telefon 07 11/ 6 36 46 44) oder E-Mail: www.oedp-bw.de.

Wir benötigen aus zwei Gründen viele Zweitstimmen. Das erste allgemeine Ziel ist es, zusammen mit den anderen Landesverbänden bundesweit die niedrigste Hürde zu überspringen, nämlich die 0,5 %. Nur dann erhalten wir als Bundespartei von der Bundestagsverwaltung in Berlin die dringend benötigte Wahlkampfkostenerstattung. Je mehr Zweitstimmen wir in Baden-Württemberg erhalten, desto höher wird unser Landesverbandsanteil für die folgenden vier Jahre an dieser Wahlkampfkostenerstattung durch die Bundespartei. Ohne unseren finanziellen Anteil durch die erfolgreiche Teilnahme an der Europawahl 2009, bei der wir bundesweit die 0,5 % erreicht haben, hätten wir vermutlich die Landesgeschäftsstelle in Stuttgart nicht mehr. Wir brauchen daher diesen Anteil von der Wahlkampfkostenerstattung der Bundestagswahl ganz dringend, um trotz der vielen treuen Spenderinnen und Spender die Landesgeschäftsstelle in Stuttgart auch weiterhin finanzieren zu können. Dieses hohe Ziel, liebe Mitglieder, können die Landes- und Kreisvorstandsmitglieder allein nicht erreichen, diese Leistung erreichen wir nur gemeinsam.

Matthias Dietrich ist Regionalbeauftragter der ÖDP für Baden-Württemberg.

Der Landesparteitag hat am 7. Juli 2012 in Wernau nach intensiver Diskussion beschlossen, dass die dem Landesverband zustehenden Bundesparteitagsdelegierten und deren Ersatzpersonen nicht mehr von den Kreishauptversammlungen gewählt werden, sondern alle zwei Jahre von einem Landesparteitag. Das bewirkt eine große Arbeitserleichterung sowohl für die Landes- als auch die Bundesgeschäftsstelle, was vor allem die rechtzeitige Organisation der Ersatzdelegierten betrifft. Der Landesvorstand hofft, dass Baden-Württemberg als zweitstärkster Landesverband dadurch bei Bundesparteitagen vollständiger vertreten sein wird. Die Kreisverbände müssen entsprechend frühzeitig im Vorfeld des jeweiligen Parteitags ihre potenziell interessierten Mitglieder auf diese Delegiertenwahl hinweisen und ihre Bereitschaft zur Kandidatur abfragen.

Abschließend möchten wir noch auf unseren Facebook-Auftritt hinweisen, den wir stets mit aktuellen Informationen „füttern". Dabei sind alle Kreisverbände und Mitglieder in Baden-Württemberg aufgerufen, dem Landesgeschäftsführer Uli Stein mittels E-Mail Kurztexte und Fotos von aktuellen ÖDP-Aktivitäten zukommen zu lassen. Wenn Sie bezüglich der aktuellen Aktivitäten und Informationen am Ball bleiben wollen, werden Sie doch ein „Freund" unseres Facebook-Auftritts. Auch können Sie Ihre Verwandten und Bekannten einladen, „Freunde" zu werden.

Kontakt:
Landesgeschäftsführer Uli Stein,
Tel. (07 11) 6 36 46 44,
info@oedp-bw.de,

Regionalbeauftragter Matthias Dietrich,
Tel. (0 71 21) 88 01 04,
dietrichmat@web.de

Hessen

ÖDP-Wahlantritt zur Bundestags- und Landtagswahl 2013

Auf dem hessischen Landesparteitag der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) in Marburg am 22.09.2012 wurden die Kandidatenlisten zur Bundestags- und Landtagswahl 2013 beschlossen.

Schwerpunktthemen für beide geplante ÖDP-Wahlantritte sind ökologische Themen wie der Klimaschutz, umweltfreundliche Verkehrspolitik, Erneuerbare Energien, Tierschutz, innere Sicherheit, bürgernahe Demokratie und gesellschaftspolitische Themen wie günstiges Klima für Familien. Folgende Listenkandidaten wurden für beide Wahlantritte gewählt: Arnd Lepère (Versicherungskaufmann, Gießen), Marika Speckmann (Religionswissenschaftlerin, Marburg), Christian Dörfler (Geograf, Kronberg), Jürgen Reuss (Industriekaufmann, Frankfurt) und Gottfried Heinz (Rentner, Wiesbaden).

» *www.oedp-hessen.de/startseite/*

Foto: ÖDP Hessen

Mitglieder der hessischen ÖDP v. l. n. re.: Gottfried Heinz, Arnd Lepère, Jürgen Reuss, Marika Speckmann, Lutz Scheemann, Christian Dörfler

Nordrhein-Westfalen

Landesliste umfasst 25 Kandidatinnen und Kandidaten

Die nordrhein-westfälische ÖDP ebnet sich ihren Weg zur Bundestagswahl 2013, die voraussichtlich am 22. September stattfinden wird. Dabei geriet der Landesverband aber zunächst in eine fast dreimonatige Warteschleife: Schon Ende Juli hatte man in Münster eine Landesliste aufgestellt (siehe ÖP 156), doch kurz darauf wurde ein Formfehler entdeckt. Um die Gefahr einer möglichen Anfechtung auszuschließen, entschied sich der Landesvorstand für die Wiederholung der Wahlprozedur und berief eine außerordentliche Mitgliederversammlung zum 23. September in Münster ein.

An der Spitze der Landesliste steht erneut der Landesvorsitzende Gerd Kersting (Münster), gefolgt von Dominique Flemming-Schmidt (Bad Driburg) und Benjamin Jäger (Bochum). Die gesamte Liste hat sich gegenüber dem Juni sogar verlängert, sie umfasst nun 25 Kandidatinnen und Kandidaten. „Die Liste repräsentiert die Ökodemokraten aus Nordrhein-Westfalen in kompetenter Weise, wir starten zuversichtlich in den Bundestagswahlkampf“, erklärte der stellvertretende Landesvorsitzende Benjamin Jäger optimistisch: „Die benötigten 2.000 Unterstützungsunterschriften werden wir zügig sammeln.“ In einigen NRW-Wahlkreisen wird die ÖDP auch mit Direktkandidaten in den Bundestagswahlkampf ziehen.

» *www.oedp-nrw.de*

Landesvorsitzender Gerd Kersting steht an der Spitze der Landesliste.

Dominique Flemming-Schmidt kandidiert auf Platz 2.

Auf dem dritten Listenplatz steht Benjamin Jäger.

AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSVERBÄNDEN

Stadtverband München

Prominente Mitglieder im neuen Stadtvorstand der ÖDP München

Der Münchner ÖDP-Vorsitzende Martin Kraus (42), IT-Systemadministrator, wurde bei der regulären Neuwahl des Vorstandes am 23. Oktober 2012 im Amt bestätigt. Er ist seit 1985 für die ÖDP engagiert, wurde 1988 Mitglied und hat seitdem verschiedene Parteiämter ausgeübt. Um der ÖDP München zur Landtags- und Bundestagwahl volle Unterstützung „von ganz oben“ zu geben, hat sich der ÖDP-Bundesvorsitzende Sebastian Frankenberger bereit erklärt, als stellvertretender Vorsitzender mitzuarbeiten. Außerdem ist er aus beruflichen Gründen öfter in München und kann deshalb vor Ort aktiv werden. Als weitere Stellvertreter wurden der Dipl.-Forstingenieur Tobias Ruff, Stadtrat in München, und Thomas Prudlo, Vorstand der Green City Energy AG, gewählt. Prudlo ist ebenfalls „ÖDP-Urgestein“ und war von 1994 bis 1996 sogar ÖDP-Bundesgeschäftsführer.

Neu im Amt sind auch Andrea Zieglgänsberger, Immobilienkauffrau, und Dr. Conrad Lausberg, Software-Ingenieur. Erneut gewählt wurden auf dem Stadtparteitag die bisherigen Stellvertreter bzw. Beisitzer: Rosemarie Buchner, Lehrerin; Birgit Oswald, IT-Systemadministratorin; Leo Meyer-Giesow, freiberuflicher Dozent; als Schatzmeister Martin Mayer, Dipl.-Verwaltungswirt (FH), und als sein Stellvertreter Holger Niedlich, Beamter.

Erfolgreiche Vortragsreihe

Die Parteitagsteilnehmer dankten insbesondere Rosemarie Buchner für die Organisation der monatlichen Vorträge mit kompetenten Referenten zu verschiedenen Themen; dank Presse- und E-Mail-Einladungen kommen im Durchschnitt 30 bis 60 Zuhörer, darunter viele neue Interessenten, die aufgrund der Presseankündigung zur ÖDP gefunden haben. Bei zusätzlicher Plakatwerbung sind es deutlich über 100 Zuhörer.

Auf dem Parteitag wurde auch der letzte formale Schritt bei der Verschmelzung der ehemals fünf Kreisverbände Münchens in einen einzigen Münchner

Foto: ÖDP Stadtverband München

Vordere Reihe (v. l. n. r.): Thomas Prudlo, Rosemarie Buchner, Andrea Zieglgänsberger, Birgit Oswald, Tobias Ruff; Hintere Reihe (v. l. n. r.): Sebastian Frankenberger, Leo Meyer-Giesow, Martin Kraus, Martin Mayer, Dr. Conrad Lausberg

Stadtverband vollzogen, nachdem inzwischen auch die bayerische Landessatzung an diese neue Situation angepasst war.

Es hatte sich gezeigt, dass die Münchner Aktiven lieber zentral zusammenarbeiteten als in eigenen Strukturen auf Stadtteil-Ebene.

Der Name Stadtverband anstelle von Bezirksverband wurde aufgrund der besseren Außenwirkung gewählt.

Schwerpunkte der politischen Arbeit

„Mit diesem vergrößerten Vorstand können wir den Wahlen in München zuversichtlich entgegenblicken", so Kraus. „Wir wollen nicht nur zur Kommunalwahl 2014 ein gutes Ergebnis erzielen, sondern schon zur Landtags- und Bundestagswahl 2013. Mit uns können die Bürger ein Zeichen setzen gegen den Abbau der Demokratie, der nach Meinung von SPD, CSU, FDP und Grünen aufgrund des Euro- und Schuldendesasters ‚alternativlos' ist."

Die ÖDP steht traditionell für mehr direkte Demokratie und will, dass sich Bürger aktiv bei grundlegenden politischen Entscheidungen beteiligen können. Es dürften nicht solch weitreichende Beschlüsse, wie beispielsweise beim „Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)", über die Köpfe der Bürger hinweg vereinbart werden. Kraus: „Mit einer Wahl der ÖDP spricht man sich außerdem gegen die ‚legale Korruption' in der Politik aus: Kein Politiker kann unabhängig für das Allgemeinwohl entscheiden, wenn er gleichzeitig Industriespenden, dubiose Vortragshonorare und Beraterverträge von Banken und Industrieunternehmen annimmt." Die Bundesregierung müsse endlich das Anti-Korruptionsabkommen der Vereinten Nationen ratifizieren. Es sei beschämend, dass sich Deutschland durch die bisherige Verweigerungshaltung in Sachen Korruptionsverhinderung bei Volksvertretern auf eine Stufe mit Nordkorea, Myanmar, Sudan, Saudi-Arabien u. a. stelle, die das Abkommen ebenfalls nicht ratifiziert hätten.

Kontakt: ÖDP München
Straßbergerstraße 16, 80809 München
Tel. 0 89/ 3 51 61 14, Fax 0 89/ 55 06 99 86
info@oedp-muenchen.de
» *www.oedp-muenchen.de*

Main-Tauber

Baumpflanzaktion

Die Baumpflanzaktion unseres Kreisverbands im Kinderhaus Reinhardshof in Wertheim im Oktober war ein voller Erfolg. In Anwesenheit des Oberbürgermeisters von Wertheim, Stefan Mikulicz, der Kinderhaus-Leiterin, eines Mitarbeiters von der Stadtverwaltung, der Stadtgärtnerei, vieler Kinder und einiger ÖDPler wurde eine Esskastanie gepflanzt. An den Pfosten wurde ein Schild mit der Aufschrift „Lebensbaum – Die Würde des Kindes ist unantastbar! Ökologisch-Demokratische Partei / Familie und Umwelt Kreisverband Main-Tauber" angebracht. Kreisvorsitzender Klaus Göggelmann und OB Mikulicz hielten jeweils eine kurze Ansprache.

Die Kinder sangen ein Bewegungslied vom Apfelbaum und bekamen hinterher noch von uns gestifteten Apfelsaft zu trinken.

Von den Fränkischen Nachrichten war ein Vertreter zugegen, sodass anschließend bereits ein großer Artikel mit Foto in der Wertheimer Ausgabe erschien.

Kontakt:
» *www.oedp-main-tauber.de/*

Foto: Ute Göggelmann

Baumpflanzaktion (v. l. n. r.): Oberbürgermeister Mikulicz, ÖDP-Kreisvorsitzender Klaus Göggelmann, Kreisschatzmeister Lothar Tschürtz und Herbert Alexander Gebhardt, stellv. Kreisvorsitzender.

Foto: Rabenbauer

ÖDP-Bürgermeister Mangold im Gespräch mit Ministerpräsident Seehofer

ÖDP Passau

Mangold zu Seehofer in Niederalteich: *„Machen Sie es bitte wie beim Transrapid!"*

Passaus 2. Bürgermeister und ÖDP-Landesgeschäftsführer Urban Mangold (ÖDP) hat Ministerpräsident Horst Seehofer bei dessen Donaureise im Niederalteicher Feuerwehrhaus die Position der Stadt Passau zum Donauausbau vorgetragen.

„Unser Stadtrat ist gegen eine neue Staustufe", erklärte der ÖDP-Politiker vor mehreren hundert Zuhörern dem Regierungschef. Das Passauer Stadtratsplenum hatte sich 2009 für die sanfte Variante A ausgesprochen. Anliegerkommunen und die Naturschutzverbände warten nun auf die Entscheidung des Bayerischen Kabinetts.

In Passau stehe „geradezu das Musterbeispiel dafür, was die Politiker Gutes tun können, wenn sie auf unsinnige Großprojekte verzichten", sagte Mangold zu Ministerpräsident Seehofer: „Auf dem Passauer Uni-Campus wurde seit 2010 das neue Zentrum für Medien und Kommunikation errichtet – aus den Mitteln des nicht geplanten und nicht gebauten Transrapid. Herr Ministerpräsident, das lässt mich hoffen: Bitte entdecken Sie, was man Gutes bewirken könnte, wenn man die Lobbyisten einfach ignoriert, die Donau nicht ausbaut und stattdessen zum Beispiel in mehr pädagogisches Personal an den Schulen, in mehr Polizisten und in einen optimierten Hochwasserschutz investiert", sagte Mangold.

„Ich persönlich bin der Meinung: Man sollte an der Donau Gefahrenstellen beseitigen, aber ansonsten gar nicht ausbauen – weder nach Variante A noch nach Variante C280. Das dient dem ökologisch einzigartigen Naturraum Donau am meisten", so Mangold.

» *www.oedp-bayern.de*

Wir lassen Millionen Kröten wandern!

Aktionsvorschlag

„Krötenwanderung“ beim BPT in Erding

Der ÖDP-Kreisverband Erding hat aus Anlass der Bankwechselwoche vom 29.10. – 04.11.2012 eine Bankenbefragung durchgeführt.

Fotos: ÖDP Kreisverband Erding

Was ist das Ziel dieser Aktion?

Banken kommt eine Schlüsselrolle in der Wirtschaft zu. Sie versorgen sie mit Geld und verteilen es auch an Unternehmen, die große Schäden anrichten. Seit vielen Jahren engagiert sich die ÖDP deshalb für ein sozial und ökologisch verträgliches und zukunftsfähiges Bankenwesen. Die Konditionen stehen dabei nicht im Vordergrund. Durch den Bankentest wollten wir erfahren, wo die Banken das Geld investieren. Wir wollen ein gutes Gewissen – nicht nur Rendite!

Vorbereitend verteilten wir an die örtlichen Banken Fragebögen mit folgenden Fragen und baten innerhalb einer Woche um Antworten:

Investitionspolitik

1. Welche ethischen Leitlinien wenden Sie für Ihre Investitionen an?
2. Hat Ihre Bank Agrarrohstoffe bzw. Termingeschäfte oder Indexfonds mit Agrarrohstoffen im Angebot?
3. Schließt Ihre Bank Investitionen in die Rüstungsindustrie aus?
4. Wie stehen Sie zu Investitionen in Atom- oder klimafeindliche Kohlekraftwerke? Unternimmt Ihre Bank konkrete Anstrengungen, um den Klimawandel zu bekämpfen, indem sie sich beispielsweise für klimafreundliche Alternativen engagiert?
5. Betreibt Ihre Bank Investitionen über andere Banken und Gesellschaften? Wenn ja, macht sie diesen dabei Vorgaben für die Anlagen?
6. Regionalität: Welche konkreten kommunalen und regionalen Projekte unterstützt Ihre Bank?
7. Gab es Fälle, bei denen Sie die Gemeinwohl-Auswirkungen Ihrer Kredite diskutiert haben, beispielsweise bei der Ansiedlung problematischer Industrie wie Massentierhaltung? Welche ethischen Argumente kamen dabei zum Tragen und welche sozio-ökonomischen Auswirkungen hatte das finanzierte Vorhaben?

Geschäftspolitik:

1. Unterhält Ihre Bank im Ausland Tochtergesellschaften oder ist dort selbst aktiv? Wenn ja, in welchen Ländern?
2. Wie gehen Sie damit um, dass Ihre Dachverbandsbanken und/oder Landesbank möglicherweise in den sogenannten Steueroasen aktiv sind oder andere fragwürdige Investitionen ausüben (siehe „Investitionspolitik“)? Bemüht sich Ihre Bank, über Ihren Verband Einfluss auf deren Geschäftspolitik zu nehmen?
3. Von welchen Fondsgesellschaften bekommen Sie Provisionen? Wie geht Ihre Bank mit dem Konflikt zwischen Kunden- und Provisionsinteressen um?
4. Verzichten Sie bewusst auf spekulative Anlagen oder solche, deren Risiken und Nebenwirkungen für Ihre Kunden nur schwer zu verstehen sind?

Die Ergebnisse der Umfrage und unsere Forderungen nach einer ökosozialen Marktwirtschaft bzw. Postwachstumsökonomie/Gemeinwohlökonomie haben wir bei einer Schlusskundgebung am Samstag, den 10. November 2012 zwischen 9 und 10 Uhr auf dem Kleinen Platz in Erding bekannt gemacht.

Wir unterstrichen die Aktion mit einer „Krötenwanderung“-Demo gleichzeitig jeweils vor der HypoVereinbank und der Commerzbank.

Dort fand eine erklärende Ansprache durch unseren Attac-Aktivisten und Bezirksratskandidaten **Rainer Forster** statt. Anschließend hielt der ÖDP-Bundesvorsitzende Sebastian Frankenberger eine Rede zu den Themen Gemeinwohlökonomie, Bankenkontrolle, Nahrungsmittelspekulation und Globalisierung. (khj)

» *Mehr Infos bei Karl Heinz Jobst: info@ib-jobst.de*

Welche Banken wurden angefragt?

Alle Banken, die eine Geschäftsstelle im Landkreis Erding (Freising) betreiben, haben den Fragekatalog erhalten. Großbanken wie die Deutsche Bank, Commerzbank oder Postbank haben nichts zurückgemeldet.

Woran kann das liegen?

Gerade die Großbanken und deren Management setzen nur auf maximale Rendite. Das fängt bei der Kreditvergabe an die Rüstungsindustrie an und reicht bis zu Spekulationen mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Die Spekulationen wirken sich nicht nur auf unseren Geldbeutel aus, sondern sie sind auch für Hunger und Armut in anderen Ländern verantwortlich. Da ist es sicher schwierig, die Fragen der ÖDP werbewirksam zu beantworten.

Sie wollen „faire“ Banken – wie wollen Sie das erreichen?

Der Weltspartag ist ein guter Anlass, sein Geld verantwortungsvollen Banken zu geben. Wir setzen uns unter anderem für weltweite soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz, Frieden und Demokratie ein und sehen in den Großbanken einen wichtigen Störfaktor für die Erreichung unserer Ziele. Wir wollen der Politik und Finanzwelt zeigen, dass wir alle uns nicht länger mit diesem zerstörerischen Bankenwesen zufrieden geben.

Wie kann, wie soll das Bankenwesen denn aussehen?

Die lokalen Banken und Sparkassen erwiesen sich auch in der Krise als sehr stabil und verzeichneten sogar einen deutlichen Einlagenzuwachs. Massiv verspekuliert hatten sich allerdings einige Landes- und Großbanken, deren Schulden die Steuerzahler, aber auch die Sparkassen belasteten. Als nicht ganz fair bewertet die ÖDP die Vorgabe des Restrukturierungsfonds der Bundesregierung: Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die nicht nur stabil wirtschafteten, sondern auch einen eigenen Sicherungsfonds haben, sollen jetzt zusätzlich in diesen neuen Fonds einzahlen, der aufgrund der Zockerei anderer Banken notwendig wurde.

Und was bedeutet das nun?

Wir wollen die Menschen über die Geschäftspraktiken der systemrelevanten Großbanken informieren und für mehr Transparenz bei der Geldanlage sorgen. Wir hoffen, dass die Großbanken klein schrumpfen – dass sie vernünftig wirtschaften müssen oder vom Markt verschwinden.

Welche Bank im Landkreis ist die „Bad Bank“?

Um Klagen wegen Geschäftsschädigung und übler Nachrede zu entgehen, müssen wir auf diese konkrete Aussage leider verzichten.

Zur Erklärung der HVB sei jedoch angemerkt: Die Antworten lesen sich auf den ersten Blick recht positiv. Wir wissen aber, dass die Wirklichkeit anders aussieht:
» https://urgewald.org/kampagne/radioaktive-bank/die-strahlenden-banken
» https://urgewald.org/presse/urgewald-praesentiert-broschuere-meine-bank

Welche Bank empfiehlt die ÖDP?

Besonders gut haben uns die Antworten der Sparda Bank München gefallen. Die Sparda erstellt parallel zur Finanzbilanz eine Gemeinwohlbilanz, die auch im Internet veröffentlicht ist.
» www.sparda-m.de/gemeinwohlbericht.php

Anders als die Sparda Bank, die nur Privatkunden berät, sind die regionalen Banken und Sparkassen die Stütze für die regionale Wirtschaft. Sie sichern dadurch Arbeitsplätze und stärken die Region.

Ist die Aktion mit dem Bankentest jetzt abgeschlossen?

Wir werden selbstverständlich an dem Thema dran bleiben. Wir werden in Abständen immer wieder daran erinnern und mit weiteren Aktionen überraschen.

Konkret: Wir lassen die Kröten wandern – weg von den „Bad Banks“.

» *Informationen ständig unter www.erding@oedp.de*

Mobilfunk

ÖDP ist die einzige mobilfunkkritische Partei

Die Umwelt- und Verbraucherorganisation Diagnose-Funk hatte am 27. Oktober 2012 zu einer Großkundgebung für umwelt- und gesundheitsverträgliche Funktechnologien auf dem Münchner Odeonsplatz aufgerufen. Unter dem Motto „Strahlung ohne Grenzen – Bürger ohne Rechte – Technik ohne Sicherheit – Steuergelder ohne Ende" formierte sich eine Allianz führender Umweltpolitiker.

von Karl Heinz Jobst, Mitglied im Bundesvorstand der ÖDP

Im Mittelpunkt der Kritik stand der technisch und finanziell chaotische Aufbau des TETRA-Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS).

Die Redner der Veranstaltung Dr. Martin Runge MdL (Grüne), Dr. Hans Jürgen Fahn MdL (FW), Bundesvorsitzender Sebastian Frankenberger (ÖDP), Sebastian Schönauer (stellv. Vorsitzender BUND Naturschutz Bayern) und Veranstalter Peter Hensinger (Vorstandsmitglied Diagnose-Funk Deutschland) stellten gemeinsam zwei zentrale Forderungen auf:

- Das gesamte Behördenfunk-Projekt muss auf den Prüfstand.
- Das Vorsorgeprinzip beim Ausbau der Mobilfunknetze muss durch drastische Senkung und Neu-Definition der Grenzwerte in der Novellierung der Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) zur Anwendung kommen.

Die Redner ermutigten die Kommunen, Widerstand zu leisten und sich dem in Hinsicht auf Kosten, Technologie und Gesundheitsschädlichkeit ungeklärten Projekt bis auf Weiteres durch Verweigerung an der Teilnahme am Probebetrieb zu widersetzen. Sie forderten von Bund und Ländern ein sofortiges Behördenfunk-Moratorium. Ein sofortiger Ausbaustopp solle für dringend notwendige Verbesserungen genutzt werden. Nach jahrelanger Geheimniskrämerei müsse nun endlich Transparenz hergestellt werden und eine ergebnisoffene Überprüfung eingeleitet werden.

Funktionale Grundsatzprobleme, Terminüberschreitungen um viele Jahre und explodierende Kosten im Milliardenbereich zum Nachteil der Steuerzahler haben das Projekt in Verruf gebracht und berechtigte Zweifel aufkommen lassen, ob es jemals die Anforderungen an Sicherheit und Flächendeckung erfüllen könne.

Während die Regierungsparteien, aber auch die Oppositionsparteien das Behördenfunkdesaster lediglich so schnell wie möglich zu Ende bringen möchten, stehen einzelne Abgeordnete mit ihren Forderungen ziemlich einsam da.

Als einzige Partei steht dagegen die ÖDP seit vielen Jahren geschlossen hinter der Kritik an der Technologie des Mobilfunks und des Tetra-Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. An erster Stelle begründet sich die Kritik mit den in unzähligen internationalen Studien nachgewiesenen biologischen Wirkungen und den daraus resultierenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Schäden. Die Aktiven aus den Landkreisen Ebersberg und Erding demonstrierten ihr mobilfunkkritisches Engagement erneut mit einem Infostand bei der Kundgebung und zeigten trotz widrigsten Wetters wieder einmal deutlich die orangefarbene Flagge. Die ÖDP-Experten Dr. Claus Scheingraber und Prof. Klaus Buchner waren ebenso anwesend wie Mentor Bernhard Suttner und Vorstandsmitglied Karl Heinz Jobst.

Bundesvorsitzender Sebastian Frankenberger prangerte in einer mitreißenden Rede nicht nur die Verschwendung beim Ausbau des Digitalfunks und die Ignoranz von Politik und Behörden gegenüber Erkenntnissen zur Gesundheitsschädlichkeit der Funktechnologien an. Er machte auch das Grundübel der staatlichen Mobilfunkwillkür am desolaten Zustand unserer Demokratie fest. Das ungezügelte Parteispendensystem führe zu einer Lobbyisten-Gesetzgebung, die nicht mehr das Gemeinwohl, sondern nur noch den Profit der Konzerne im Auge habe.

Im Nachklang zur Kundgebung wurde schließlich konsequenterweise vereinbart, dass die Zusammenarbeit zwischen ÖDP und Diagnose-Funk weiter intensiviert werden soll. ■

Foto: Karl Heinz Jobst

V. l. n. r.: Moderatorin Christiane v. Festenberg, Diagnose-Funk-Vorstand Peter Hensinger, ÖDP-Bundesvorsitzender Sebastian Frankenberger, Dr. Martin Runge MdL (B90/Grüne), stellv. Vorsitzender des BUND Naturschutz Bayern Sebastian Schönauer, Dr. Hans Jürgen Fahn MdL (FW)

Christen und Ökologie

ÖDP nimmt am Kirchentag 2013 teil

Die ÖDP beteiligt sich mit ihrem Arbeitskreis „Christen und Ökologie" auch 2013 wieder am Deutschen Evangelischen Kirchentag, der vom 1. – 5. Mai 2013 in Hamburg stattfindet.

Zur Vorbereitung auf dieses Ereignis fand Mitte November auf dem Gelände des „Rauhen Hauses" in Hamburg ein Treffen derjenigen Gruppen statt, die sich mit Ständen am „Markt der Möglichkeiten" beteiligen. Insgesamt etwa 500 Personen, die ungefähr 800 Gruppen mit ca. 8.000 Mitwirkenden repräsentieren, nahmen an diesem Treffen teil.

Die ÖDP wurde von Walter Konrad, dem kommunalpolitischen Referenten des Bundesverbandes, und Volker Behrendt, ÖDP-Landesvorsitzender in Hamburg, vertreten.

Das Organisationsbüro des Kirchentages stellte die neue Struktur vor, nach der der „Markt der Möglichkeiten" dieses Mal gestaltet wird. So gibt es statt bisher drei jetzt sechs verschiedene Marktbereiche. Der ÖDP-Bundesarbeitskreis „Christen und Ökologie" ist wieder im Marktbereich IV (Gesellschaftliches Engagement) vertreten. Auch bei den Resolutionen gibt es eine wichtige Neuerung: Schon vor Beginn des Kirchentages können per Internet Stimmen gesammelt werden. Für die ÖDP bietet dies die Möglichkeit – alleine oder eventuell mit Partnern –, rechtzeitig eine Resolution zur Abstimmung zu stellen und die notwendigen 3.000 Stimmen zu bekommen. Wird dieses Quorum erreicht, wird die Resolution als offizielle Resolution des Kirchentages der Öffentlichkeit präsentiert.

Der „Markt der Möglichkeiten" des Kirchentages bietet zwei Möglichkeiten der Selbstdarstellung:

- Auf dem „Marktplatz" kann ein Beitrag von 45 Minuten Länge präsentiert werden.
- Neu ist das Forum „Marktthema", wo in Form von Kurzseminar, Podiumsdiskussion oder Vortrag ein Thema in 90 Minuten breiter dargestellt werden kann.

Für beide Möglichkeiten ist ein Kostenbeitrag (50/100 Euro) zu leisten.

Für die ÖDP bietet der Kirchentag ein Forum, in dem eine für die Partei wichtige Zielgruppe direkt vor Ort angesprochen werden kann. Es wäre deshalb wichtig, den Infostand während des Kirchentages mit genügend Personal zu bestücken. Hier sollen sich vor allem die Mitglieder des BAK „Christen und Ökologie" für eine Teilnahme angesprochen fühlen. Aber auch andere ÖDP-Mitglieder, denen die Anliegen des BAK „Christen und Ökologie" wichtig sind, werden um ihr Mitwirken gebeten.

Bei Interesse bitte beim Vorsitzenden von „Christen und Ökologie", Dirk Uehlein, dirk.uehlein@web.de, melden oder bei der Bundesgeschäftsstelle in Mainz, walter.konrad@oedp.de. (wk)

Zusammengestellt von Florence von Bodisco

ÖDP kritisiert geplante EBRD-Garantie für Monsanto

Der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Landwirtschaft, Tierschutz und Gentechnik der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Ludwig Maier, bezeichnet es als „skandalös“, dass die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) plant, dem US-Agrarkonzern Monsanto Garantien in Höhe von 40 Millionen US-Dollar bereitzustellen.

„Es ist unfassbar, dass ein solches Projekt zugunsten des Agrogiganten Monsanto überhaupt initiiert wird. Wir fordern die EBRD auf, dieses Projekt unverzüglich zu stoppen“, so Maier.

Auch Bundesministerin Ilse Aigner, zuständig für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, sei gefordert, darauf hinzuwirken, dass das Projekt gestoppt wird. „Ziel einer zukunftsweisenden Landwirtschaftspolitik muss eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft mit höchsten Umwelt- und Tierschutzstandards sein, die pestizidfreie, gesunde, natürliche ‚gentechnikfreie Lebensmittel produziert“, so Maier. „Wieso will man ausgerechnet einen Konzern wie Monsanto mit Garantien fördern, der sich z. B. massiv gegen das Volksbegehren zur Einführung der Kennzeichnungspflicht von gentechnisch veränderten Lebensmitteln in Kalifornien einsetzt und genug Geld hat, die Kampagne zur Ablehnung des Volksbegehrens mit mehr als 8 Millionen US-Dollar (Quelle: Farm Futures) zu unterstützen?“, fragt ÖDP-Politiker Maier.

Foto: H.D. Volz/ pixelio.de

Gemäß der Projektbeschreibung soll es Monsanto ermöglicht werden, ohne finanzielles Risiko mehr konventionelles Saatgut und chemische Spritzmittel in Osteuropa (Bulgarien, Ungarn, Russland, Serbien, Türkei, Ukraine) zu vermarkten. Für den Fall, dass die Landwirte für die Lieferungen nicht zahlen können, spränge die Bank mit öffentlichen Geldern ein. Die endgültige Entscheidung über das „Monsanto Risk Sharing“-Projekt Nr. 43925 wird die EBRD, die von über 60 Staaten, darunter Deutschland, USA sowie der EU und der Europäischen Investitionsbank getragen wird, Mitte Januar 2013 treffen. In der Projektbeschreibung wird u. a. darauf hingewiesen, dass Monsantos Produkte den Bauern helfen würden, höhere Erträge zu erzielen, und dabei mehr natürliche Ressourcen zu schützen, die für die Landwirtschaft essenziell sind. (...)

ÖDP verurteilt Steigerung der Waffenexporte

Die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) verurteilt entschieden die erneute Steigerung der Genehmigungen für Rüstungsexporte durch die Bundesregierung. Im vergangenen Jahr wurden Einzelausfuhrgenehmigungen für Kriegswaffen im Wert von insgesamt 5.414 Milliarden Euro vergeben. So heißt es im Rüstungsexportbericht 2011 der Bundesregierung. Das erfuhr die in Düsseldorf erscheinende „Rheinische Post“ aus Regierungskreisen.

Susann Mai, erste stellvertretende Bundesvorsitzende der ÖDP, mahnt: „Dieses Geld sollte in den Frieden investiert werden statt in Waffenexporte!“ Mai betont: „Friedensarbeit beginnt bei fairen nachhaltigen Wirtschafts- und Handelsbedingungen. Das sichert Lebensgrundlagen und soziale Gerechtigkeit.“ Die ÖDP setzt sich mutig, konsequent und wegweisend für fairen Handel und weltweite soziale Gerechtigkeit ein. Die stellvertretende ÖDP-Chefin verweist darauf, dass Ökonomie, Ökologie und Soziales vernetzt werden müssten. „Nur so wird Frieden langfristig erreicht und gesichert“, so Mai. Viele Kriege basierten auf Ausbeutung und Unterdrückung von Mensch und Natur. Die ÖDP setzt sich für Demokratie, Weltfrieden und Menschenrechte ein. „Die ÖDP sieht im Einsatz für den Frieden den Nutzen für die Menschen jetzt und aller kommenden Generationen“, so die ÖDP-Politikerin.

Mai appelliert an die Bundesregierung, den Bericht morgen nicht einfach zu verabschieden, sondern sich mit seinem Inhalt kritisch auseinanderzusetzen und dafür zu sorgen, Rüstungsexporte einzuschränken.

ÖDP besorgt über CDU-Demokratie-Verständnis

„Die CDU bleibt weiter auf ihrem europapolitischen Holzweg“, so Werner Roleff aus Köln, Beisitzer im Bundesvorstand der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) und regelmäßiger Prozessbeobachter beim Bundesverfassungsgericht, „denn nun hat der CDU-Bundesparteitag in Hannover ohne eine tragfähige Begründung die Bundesregierung und die CDU-/CSU-Bundestagsfraktion per Beschluss aufgefordert, sich für eine 3 %-Hürde bei den nächsten Europawahlen einzusetzen.“

Als Argumente werden abermals – wie bereits 2011 vor dem Bundesverfassungsgericht erfolglos – eine „drohende Zersplitterung des Europa-Parlaments“ sowie die „Gefahr von Funktionsstörungen“ in europäischen Gremien angeführt. Beides jedoch hat das Bundesverfassungsgericht am 09.11.2011 in seinem Urteil zur verfassungswidrigen 5 %-Hürde ausdrücklich zurückgewiesen. (...)

Statt sich wie die CDU ans „Argument der Macht“ zu klammern, sollte nach Meinung der ÖDP vielmehr die Macht der Argumente zählen, nämlich die im Grundgesetz verbürgte Wahlrechtsgleichheit der Bürger und die Chancengleichheit der Parteien – unabhängig von ihrer Größe. „Es ist schon entlarvend“, findet Roleff, „wie in der CDU offensichtlich manche glauben, sie hätten ein Monopol auf politische Gestaltungskraft und die Größe einer Partei würde etwas über deren politische Klugheit aussagen.“ (...)

ÖDP: Weltklimakonferenz ohne greifbare Ergebnisse

„Deutschland hat wahrlich keinen Grund, sich als großer Klimaschützer feiern zu lassen.“ Das sagt Prof. Dr. Klaus Buchner, Klimaexperte der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), anlässlich der Weltklimakonferenz in Doha. „Die Weltklimakonferenz geht wieder einmal ohne greifbare Ergebnisse zu Ende“, resümiert Buchner. Bundesumweltminister Altmaier forderte die anderen Länder zum Handeln auf, denn ein „Weiter so“ würde zu einer Klimaerwärmung von 5 °C führen – statt der gerade noch tragbaren 2 °C. Auch wegen seiner Zusage, in den kommenden beiden Jahren je 1,8 Milliarden Euro an die Entwicklungsländer für deren Energiewende zu zahlen, habe er viel Lob geerntet.

„Aber wie sieht es zu Hause in Deutschland aus?“, fragt Buchner. „Wir ersetzen Atomkraft durch Kohle, vor allem durch die besonders umweltschädlichen Braunkohle, und durch Off-Shore-Windkraft, die viele schützenswerte Gebiete an der Nord- und Ostseeküste zerstört“, erläutert der ÖDP-Politiker. Dafür würde der Ausbau der Solaranlagen und der Windkraft im Inland eingeschränkt.

Ein Skandal sei es für Buchner, dass die deutsche Bundesregierung Großbetriebe von den Kosten für die Stromnetze und von der Abgabe für den Ausbau der Erneuerbaren Energien befreie. „Das muss alles von den Privatkunden bezahlt werden – einschließlich der Haftung für Schlampereien beim Stromanschluss für die Off-Shore-Windanlagen. Aus meiner Sicht ein ganz klares Klientel-Geschenk der Regierung“, moniert Buchner. (...)

Bürgermeister Harald Kempe feierte seinen 60. Geburtstag

Spenden statt Geschenke

Gratulationscour gestern im Emskirchner Rathaus

EMSKIRCHEN (gs) – Zu einer großen Gratulationscour fanden sich viele Menschen aus der Politik, Wirtschaft und dem Vereinsleben Emskirchens im Sitzungssaal des Rathauses ein, um Bürgermeister Harald Kempe (ÖDP) zum 60. Geburtstag die besten Glückwünsche zu überbringen.

Zweite Bürgermeisterin Sandra Winkelspecht gratulierte Harald Kempe zum 60. Geburtstag. F.: Gras

Statt persönlicher Geschenke erbat der Jubilar Spenden für die Einrichtung des Mehrgenerationenzentrums, dessen Bau noch in diesem Jahr begonnen wird. Der Empfang wurde mit einem speziell auf ihn ausgerichteten Gedicht von Mundartautorin Gabriele Bürger eröffnet, bevor Harald Kempe auf sein berufliches Wirken zurückblickte. Zweite Bürgermeisterin Sandra Winkelspecht (CSU) streifte aus der Kempe'schen Amtszeit die Themen Windkraftanlagen, Mehrgenerationenhaus und Breitbandanschluss. Sie hob den Zustand des Gemeindehaushalts besonders positiv hervor. Auch sie ließ im Auftrag ihrer Ratskollegen von Gabriele Bürger ein auf Harald Kempe gemünztes Gedicht als Geschenk verfassen und vortragen.

ÖPD-Fraktionssprecher Johannes Maibom ließ die kommunalpolitische Vita von Harald Kempe – einer von drei ÖDP-Bürgermeistern in Bayern – Revue passieren, der 1996 in den Gemeinderat gewählt wurde, die nächsten sechs Jahre Zweiter Bürgermeister war und seit dieser Wahlperiode Erster Bürgermeister des Marktes Emskirchen. Mehrere Jahre führte Kempe den ÖDP-Ortsverband.

Mit Leib und Seele geht er dem Hobby der Imkerei nach und ist seit mehreren Jahren Vorsitzender des Bienenzuchtvereins Emskirchen. Stellvertretender Landrat Bernd Schnizlein pries Kempe, Jahrgang 1952 (chinesisches Jahr des Drachens), mit den Attributen Zuverlässigkeit, Motivation, Perfektionismus und Erfolg.

Fränkische Landeszeitung, 14.09.2012

Liebe ÖDPlerinnen und ÖDPler!

Bitte beachten Sie bei Zusendungen für den Pressespiegel die folgenden Punkte:

1. Am besten sind Originalausschnitte (speziell wenn Bilder enthalten sind).
2. Wenn Sie Ihre Originale nicht schicken möchten, machen Sie bitte gute Kopien auf weißem Papier!
3. Vermerken Sie den vollen Namen und Erscheinungsort der Zeitung, nicht die Abkürzung. Geben Sie außerdem an, ob der Beitrag im Lokal-, Landes- oder im überregionalen Teil stand. Artikel, die wir nicht zuordnen können, werden nicht berücksichtigt.
4. Bitte unterstreichen Sie nicht. Schreiben Sie auch den Namen der Zeitung nicht quer über den Text.
5. Keine Artikel faxen, sie werden häufig unleserlich oder zumindest nicht reprofähig.

Sie ersparen uns viel Arbeit, wenn Sie die Hinweise beachten. Vielen Dank!

ÖDP-Kreisverband besucht mögliche Windkraft-Standorte

KREIS LINDAU (lz) - Der Lindauer Kreisverband der ÖDP (Ökologisch-Demokratische Partei) hat eine geplante Herbstwanderung in eine Besichtigung von Suchräumen für Windkraftanlagen im Landkreis Lindau umfunktioniert. Aktueller Anlass sei die derzeitige informelle Abfrage der betreffenden Gemeinden durch den Regionalen Planungsverband Allgäu gewesen, schreibt die ÖDP in einer Pressemitteilung.

Erstes Ziel war Unterried bei Schüttentobel in der Gemeinde Grünenbach. Dort konnte das erste Windrad im Westallgäu, das die genehmigungsfreie Höhe von zehn Metern um vier Meter überragt, bestaunt werden. Der Strom, den die 5-kW-Anlage mit ihren Rotoren erzeugt, verbraucht der Biohof Hieble selbst. In Kombination mit Photovoltaik will die Landwirtsfamilie so viel Strom erzeugen wie der Betrieb benötigt. Wird der umweltfreundliche Strom in Batterien gespeichert, kann er auch wind- oder sonnenarme Tage überbrücken. Da das Windrad ganz nah am Gebäude stehe, störe es niemanden, schreibt die ÖDP. Zur Lautstärke sage der Betreiber: „Der Wind in den Bäumen ist lauter."

Danach begab sich die Gruppe der Ökologen in den offiziellen Suchraum beim Fischbach, dicht an der Grenze zum Landkreis Oberallgäu. Weder ein Wasserschutzgebiet noch die störende Nähe zu einer Wohnbebauung würden hier gegen die Errichtung von drei Windkraftanlagen sprechen, heißt es in der Mitteilung weiter. Da die Landkreisgrenze zum Oberallgäu mitten durch diesen Suchraum gehe, könnte auch an weitere Windräder jenseits der Grenze gedacht werden. ÖDP-Kreisrat Peter Borel kann sich hier den ersten „interkommunalen Windpark" vorstellen. „Wenn eine solche Lösung in der Hand der Kommunen und Bürger bliebe, wäre das wie ein Aushängeschild und eine Steuerquelle für die betreffenden Gemeinden", so Borel.

Kreisvorsitzender Xaver Fichtl formuliert es so: „Die ÖDP steht für die erneuerbaren Energien, auch für die Windkraft. Jede Region muss zur raschen Energiewende ihren Beitrag leisten, auch das Allgäu. Und die Windkraft ist eben der Photovoltaik hinsichtlich des Stromertrags haushoch überlegen."

Lindauer Zeitung, 24.10.2012

Bescheidener Rücklauf

Vor ihrem Parteitag wollte die ÖDP das Ethikverständnis der Erdinger Banken testen

Erding – Gibt es eine „Bad Bank" in Erding? Eine Bank, die der Übersetzung nach tatsächlich „schlecht" ist – in sozialen wie ökologischen Fragen? Die ÖDP möchte lieber darauf verzichten, einer Bank diesen Stempel aufzudrücken. Zu viel Angst hat man vor einer Klage wegen übler Nachrede oder Geschäftsschädigung.

Aber zufrieden mit den Erdinger Banken ist die ökologisch-christliche Partei nicht, so viel sagt sie. Kurz vor dem ÖDP-Bundesparteitag, der dieses Wochenende in Erding statt findet, hat der Kreisverband einen Fragebogen an die Geschäftsstellen der hiesigen Banken verschickt um herauszufinden, welche Bank sich tatsächlich für soziale und ökologische Belange einsetzt, und welche nur so tut. „Kröten wandern" heißt die Aktion, die darauf aufmerksam machen will, dass es durchaus möglich ist, Kunde einer ethisch korrekt handelnden Bank zu sein.

Die ÖDP wollte es ganz genau wissen: Welche Investitionspolitik verfolgen die Banken, investieren sie beispielsweise in die Rüstungsindustrie, unterstützen sie kommunale oder regionale Projekte? Welche Banken sind in Steueroasen aktiv, wie gehen sie mit dem Konflikt zwischen Kunden- und Provisionsinteressen um? Verzichten sie auf Anlagen, deren Risiken für Kunden nur schwer zu verstehen sind? Elf Fragen umfasste der Fragebogen insgesamt, acht Banken wurden angefragt, örtliche Genossenschaftsbanken genauso wie Großbanken.

Der Rücklauf der Anfrage war bescheiden: Nur zwei Banken, die Sparda-Bank und die Hypovereinsbank/Unicredit haben geantwortet. Die Raiffeisenbank ließ ausrichten, man nehme grundsätzlich an solchen Frageaktionen nicht Teil. Alle anderen Banken haben keine Antwort geschickt. Für die ÖDP ist dies ein Zeichen für fehlende Ethik bei den Banken. „Gerade die Großbanken setzen auf maximale Rendite durch Spekulationen mit Nahrungsmittel und Rohstoffen", sagt sie. Daher seien sie mit verantwortlich für die Hunger und Armut in der Welt. „Da ist es sicher schwierig, die Fragen der ÖDP werbewirksam zu beantworten", sagt die Partei.

Krötenwanderungen, nicht nur in der Natur: Das wünscht sich die ÖDP.

Und trotz der geringen Rücklaufquote spricht die ÖDP auch eine Empfehlung aus: die Sparda-Bank. Deren Antworten hätten der Partei besonders gut gefallen. So verzichte die Bank auf Investitionen in der Rüstungsindustrie wie auch auf spekulative Anlagen.

Bei einer Kundgebung im Rahmen des Bundesparteitags in Erding will die ÖDP die Ergebnisse der Umfrage der Öffentlichkeit präsentieren. Heute Vormittag zwischen 9 und 10 Uhr sprechen der Bezirksratskandidat Rainer Forster sowie der Bundesvorsitzende der ÖDP, Sebastian Frankenberger. Gleichzeitig planen die Veranstalter eine „Krötenwanderungs"-Demo vor den Filialen der Großbanken Hypo-Vereinsbank und Commerzbank.

MATHIAS WEBER

Süddeutsche Zeitung, 10.11.2012

„Es war einfach an der Zeit"

Warum der Bundesparteitag der ÖDP ausgerechnet in Erding stattfindet

Erding – Zwei Jahre ist es her, da war das kleine Erding für einen Augenblick der Nabel der oberbayerischen Politik: Die CSU hatte 2010 einen Parteitag in der vollbesetzten Stadthalle abgehalten. Horst Seehofer kam sogar vorbei, es gab einen Eintrag ins Goldene Buch der Stadt, aber recht viel mehr ist von diesem Polit-Event nicht im Gedächtnis geblieben.

Wie wird es wohl der ÖDP ergehen? Die ökologisch orientierte Partei, die bei der Landtagswahl auf nur zwei Prozent der Stimmen gekommen ist, hält an diesem Wochenende ihren Bundesparteitag in Erding ab. Nicht nur aus Bayern kommen die Delegierten, sondern aus dem gesamten Bundesgebiet – ein kleiner Moment, in dem die Partei in den Fokus der Öffentlichkeit rutscht. Doch wie kam es dazu, warum Erding? Karl Heinz Jobst, der ÖDP-Kreisrat, weiß es: „Es war einfach an der Zeit", sagt er. Und: „Wir sind einer der rührigsten Kreisverbände."

Denn die Erdinger ÖDPler seien eine der aktivsten im gesamten Bundesgebiet. Die hiesigen Mitglieder seien aktiv in allen Gremien, Jobst selbst sitzt im Bundesvorstand. „Der größte Landesverband ist Bayern, und in Bayern sind die meisten Mitglieder in Oberbayern, und in Oberbayern ist Erding ganz stark", sagt Jobst. „Es ist kein Zufall dass wir jetzt am Wochenende in Erding sind, es bietet sich geradezu an." Und fügt hinzu: „Erding war fällig".

Zwei Dinge könne man machen, wenn eine so kleine Partei einen Parteitag abhält: Entweder dorthin gehen, wo man wenige Mitglieder hat, und dort Werbung für sich machen. „Oder wir gehen da hin, wo viele Mitglieder sind", sagt Jobst. Beim vorherigen Parteitag war man fast im ÖDP-Niemandsland, in Hannoversch Münden an der Grenze zwischen Hessen und Niedersachsen. Dort war Werbung nötig: Die stärksten Landesverbände seien nämlich Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und eben Bayern. Im Norden schaue es recht düster aus für die Partei. „Es liegt halt immer am persönlichen Einsatzwillen. Wo die Mitglieder Einsatz zeigen, geht's uns besser." Jobst ist sich sicher, dass viel mehr Menschen mit der Partei sympathisieren, als die geringen Mitglieder- und Wählerzahlen suggerieren. 6500 ÖDP-Mitglieder gibt es – deutschlandweit. Viele Menschen aber wüssten nicht so recht, wofür die Partei eigentlich steht. Ökologie oder Konservatismus? Gerade die katholische Komponente in der Partei schrecke viele ab, glaubt Jobst.

„Wir versuchen die Kirche so gut es geht aus der Parteiarbeit herauszulassen."

Ihm selbst ist die Kirche egal, aber die Frage um den Einfluss der Partei spaltet sie auch, sie führt zu Flügelkämpfen: Wie katholisch soll und darf die Partei sein? „Wo wir viel Erfolg haben, ist ja das katholische Passau", sagt Jobst. Dort kommt der Bundesvorsitzende Sebastian Frankenberger her, der mit dem Rauchverbot. Er hat Theologie studiert, „legt sich aber auch gerne mal mit der Obrigkeit an", sagt Jobst. „Aber wir versuchen die Kirche so gut wie es geht aus der Parteiarbeit herauszulassen." Außerhalb Bayerns seien die Christen nicht in der Mehrzahl, hielten sich die Waage.

Und noch einen Flügelkampf muss die kleine Partei regelmäßig durchstehen: Bayern gegen den Rest der Republik. Denn dem bayerischen Landesverband wird innerhalb der Partei oft Separatismus und Vormundschaft vorgeworfen, weil er eben so groß und stark ist. Die anderen Verbände murren. „Da unterscheiden wir uns nicht von anderen Parteien", sagt Jobst.

MATHIAS WEBER

Süddeutsche Zeitung, 10.11.2012

Leserbriefe zum Pro und Contra „Ist das Kölner Urteil zur Beschneidung von Jungen gerechtfertigt?“ ÖP 156

Strafbare Körperverletzung

Wenn ich meinem Kind eine Ohrfeige gebe, mache ich mich in Deutschland strafbar; wenn ich ihm ein Teil von seinem Körper abschneiden lasse, nicht? Eine Beschneidung eines Babys ist für mich eine strafbare Körperverletzung. Wenn ein Mann oder Jugendlicher einem solchen Eingriff an sich selbst zustimmt, ist das etwas anderes. Aber es ist Aufgabe des Staates, diejenigen zu schützen, die sich selbst nicht wehren können. Wenn wir die Beschneidung von Jungen erlauben, mit welcher Begründung wollen wir dann die Beschneidung von Mädchen verbieten?

Dr. Franz Hitzelsberger, 91522 Ansbach

Juristisch eindeutig

In seinem Beitrag zu der Frage, ob das Kölner Urteil zur Beschneidung von Kleinkindern gerechtfertigt ist, listet Herr Roleff stichwortartig seine Argumente und einige Lesetipps auf, geht aber leider nicht auf rechtliche Grundlagen ein. Alleine die Tatsache, dass die Circumcision seit Jahren ohne Narkose und innerhalb der ersten Lebenstage durchgeführt wird, macht den Akt nicht besser. Natürlich ist es eine Körperverletzung, so wie jede Blutentnahme auch eine Körperverletzung ist. Dies ist juristisch eindeutig und nicht wirklich diskutabel. Wenn Herr Roleff von der Traumatisierung keine Ahnung hat und die medizinische Literatur nicht kennt, sollte er es besser für sich behalten. Über Traumatisierung und Schmerzempfindung von Kleinkindern gibt es ziemlich viel Literatur.

Herr Roleff macht sich Sorgen um das internationale Ansehen von Deutschland. Ja und? Entweder wir tun das, was wir für richtig halten, dann muss uns auch der Rest der Welt egal sein, oder wir verraten halt unsere Ideale. Als Arzt ist mir das Wohl eines Patienten immer noch wichtiger als möglicherweise aufkommende Imageprobleme unseres Staates.

Das „Grundrechte-Dilemma“ existiert so auch nicht. Das Grundgesetz steht klar über der Religionsfreiheit, ja es garantiert diese erst. Die Religionsfreiheit garantiert aber nicht das Grundgesetz. Die Ausübung jeder Religion muss sich im Rahmen des Gesetzes bewegen und nicht versuchen, den Rahmen der Gesetze zu bewegen.

Wenn Herr Roleff dann in seinem Fazit dazu kommt, dass unter Auflagen die religiöse Beschneidung zu erlauben sei, dann bin ich gespannt, welche Auflagen denn so gemeint sind. Es gibt in Deutschland eine Hülle und Fülle von Verordnungen, was Qualitätsmanagement, Fachkompetenz und Hygiene angeht. Entweder wir akzeptieren, dass diese den Patienten schützen sollen, dann gelten diese Vorschriften für alle, oder wir schaffen rechtsfreie Räume und Ungleichbehandlungen.

Dr. Harald Junius, 38104 Braunschweig

Allgemeine Zuschriften zur Ökolumne / Energiepolitik

EEG übertragen

Ökolumnist Ulrich Brehme beschwört wieder den CO_2-Handel herauf. Meiner Meinung nach wäre es für die ÖDP an der Zeit, sich mit der Wirklichkeit in Deutschland auseinanderzusetzen: Über den CO_2-Handel muss man sagen: Den gibt es auch. Aufgrund seiner braven Einführung zeigt er keine Wirkung. Firmen haben sich sogar ohne große Gegenwehr CO_2-Emissionszertifikate im nennenswerten Umfang stehlen lassen!

Im Gegensatz dazu hat das Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) mit seinen Festpreisen über 20 Jahre für Erneuerbaren Strom den Anteil am Stromverbrauch seit 2000 von 5 auf 25 % erhöht. Zwischenziele wurden regelmäßig übertroffen. Wie in der Ökolumne richtig ausgeführt, hat das EEG von Anfang an eine jährliche Absenkung der Einspeisepreise für neue Anlagen vorgegeben. Dies hat dazu geführt, dass Photovoltaikstrom statt anfänglich mit über 50 Cent nun mit etwas mehr als 10 Cent für Freiflächen vergütet wird. Dieser Entwicklung spricht Ökolumnist Brehme den Innovationscharakter ab! (Ich spreche der Dünnschichttechnologie mit teils Schwermetallgehalten und der deutlich geringeren Flächeeffizienz den Innovationscharakter ab.)

Warum war das EEG so erfolgreich? Anfänglich hat alles so bescheiden gewirkt, dass vonseiten des Establishments keine große Gegenwehr kam. Zudem gab es über die Jahre immer einen Grundkonsens über alle Parteien zum Erhalt des EEG. Im Kern hat das EEG wirtschaftliche Kräfte freigesetzt, die auch von den Gegnern nicht so leicht zu bremsen sind. Neben den guten Einspeisetarifen haben der Vorrang Erneuerbarer Energie und die Netzanschlusspflicht zum Gelingen substanziell beigetragen.

Was hat das EEG noch bewirkt? 200 kWh Strom je 1.000 kWh verbrauchter Energie werden heute nicht mehr von den vier Stromkonzernen geliefert! So etwas hat weder eine Regulierungsbehörde und schon gar kein CO_2-Handel geschafft. Stromproduktion für den Eigenbedarf oder in Bürgergenossenschaften sind heute schick und schön. Ohne Übertreibung: Das EEG ist heute weltweit bekannt und wurde in vielen Ländern kopiert.

Wer hat das alles so schön angerichtet? Unter anderem Hans-Josef Fell und Jürgen Trittin. Bester Dank.

Anstelle uns weiterhin erfolglos um den CO_2-Handel zu bemühen, müssen wir uns überlegen, wie man das EEG übertragen kann auf den Wärme-, Kraftstoff- und Energiesparbereich.

Robert Wagner, 93090 Bach/Donau

Offener Brief an die Mitglieder der ÖDP – mit der Bitte um Weitergabe zur Diskussion

Schliersee, den 17. Oktober 2012

Sehr geehrte Mitglieder der ÖDP,

als „ein in Deutschland geborener Mitbürger“ eines erst kürzlich wiedervereinigten Deutschlands bin ich im Moment sehr beunruhigt mit der „Auslegung“ unseres Grundgesetzes und mit der aktuellen „Umsetzung und Anwendung“ unserer Demokratie. (...)

Geht es Ihnen da nicht auch so?

Viele Bürger landen in einer Politikverdrossenheit und haben es aufgegeben, an der Demokratie weiter mitzugestalten. Eine „Da kann man ja sowieso nichts ändern-Mentalität“ hat sich ausgebreitet.

Doch ich möchte nicht zu den Menschen gehören, die unsere freiheitliche Demokratie und seine Grundgesetze einfach so aufgeben. Innerhalb der ÖDP hatten einige versucht, gegen so manche Unsitte vorzugehen, so wurde bezüglich des Auslandseinsatzes der Bundeswehr, der Lissabonverträge und des ESM-Rettungsschirms vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt, jedoch ohne Erfolg.

Schlimm ist es, dass ÖDP-Mitglieder aufeinander losgehen, sich darum streiten, welcher Verfahrensweg denn der bessere sei, so wie jüngst zwischen Felix Staratschek und Sebastian Frankenberger: Die Klage der Reusings zu unterstützen oder die von Mehr Demokratie e.V. „Angriffe auf das Grundgesetz“ und „Veruntreuung von ÖDP-Geldern zugunsten von Mehr Demokratie e.V.“ werden der ÖDP-Vorstandschaft von Staratschek vorgeworfen, letztendlich konnte sich aber jedes ÖDP-Mitglied frei für einen Weg entscheiden.

Doch man sollte sich um das eigentlich Wichtige kümmern, denn Fakt ist, KEINE KLAGE war ausreichend zielführend, und darum gilt es darüber nachzudenken, woran das eigentlich liegt!

Zwei Drittel der Abgeordneten des Bundestages und zwei Drittel des Bundesrates stimmten für den Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan und für den ESM-Rettungsschirm.

Wer übernimmt jetzt konkret Verantwortung für die getöteten Menschen und die Kosten? (...)

Doch ich weiß nicht, wie es Ihnen dabei geht, ich denke, es ist eine Obergrenze erreicht, an der man sich um die tatsächlichen Ursachen für diese „Schieflage unserer Demokratie“ kümmern muss, nämlich um die Beteiligung von mehr Mitbürgern zur Rettung unserer demokratischen Freiheiten, denn es entsteht der Eindruck, als wäre im Parlament nicht das Volk vertreten, sondern hauptsächlich Lobbyisten. (..)

Der „grundgesetzwidrige“ Afghanistaneinsatz „kostete“ mehr als 40 Bundeswehrsoldaten das Leben und den deutschen Steuerzahler zwischenzeitlich über 17 Milliarden Euro, der „Bündnis-Krieg“ forderte mehr als 10.000 Tote, überwiegend Zivilisten, er dauert schon über 10 Jahre, und damit länger als der erste und zweite Weltkrieg zusammen, und trotz aller Wahlversprechen für die anstehenden Bundestagswahlen 2013 wird der Krieg fortgeführt werden (vor der Wahl ist nicht nach der Wahl). Auch die Folgen für den ESM-Rettungsschirm, verbunden mit „Verlust von demokratischer Mitbestimmung“, sind ungewiss. (...)

Wie auch immer, lassen Sie uns auf jeden Fall aktiv nachdenken und darüber diskutieren, wie wir Wähler unsere Situation verbessern können,

mit freiheitlichen und demokratischen Grüßen,
Helmut Jenne, ÖDP-Mitglied

Kontakt über die Redaktion: presse@oedp.de

Erasmusprogramm 2012 für kommunale Mandatsträger

„Open Days 2012“

Auf eine E-Mail des Hauptamtes der Stadt Ingolstadt an alle Stadträte hin bewarb ich mich um ein Stipendium für das neue „Erasmusprogramm 2012 für kommunale Mandatsträger“ und wurde mit weiteren 100 kommunalen Mandatsträgern aus 1.800 Bewerbern ausgewählt.

von Simone Vosswinkel

Als erster Schritt dieses Programms durften die Repräsentanten aus 20 Nationen an den zum 10. Mal stattfindenden, „OPEN DAYS – European Week of Regions and Cities“ vom 8. bis 11. Oktober 2012 in Brüssel teilnehmen.

Während der OPEN DAYS 2012 fanden mehr als 140 Workshops zu folgenden Themenschwerpunkten statt, an denen Vertreter aus Verbänden, der Presse, der Politik und der Industrie teilnahmen (...).

Ich habe mich bei der Wahl meiner Workshops auf den Themenbereich Energieeffizienz und Erneuerbare Energien konzentriert. Einige interessante Informationen kann ich erfreulicherweise für meine Arbeit im Stadtrat verwenden. Bei den „Best Practice“-Beispielen war mir aber klar, dass wir hier in Deutschland federführend sind, was die Nutzung von Erneuerbaren Energien anbelangt! Einige der Beispiele, die als Neuerungen in anderen europäischen Ländern gepriesen wurden, sind bei uns in Deutschland, auch in Ingolstadt, schon praxiserprobt.

Ein sehr interessanter Teil war auch der informelle Austausch nach den Workshops mit Mandatsträgern aus Deutschland, Österreich und anderen europäischen Ländern.

Simone Vosswinkel ist seit 2008 Stadträtin der ÖDP in Ingolstadt.

Nachdenklich stimmte mich ein Gespräch mit Elena Katsanou, einer Bürgermeisterin aus dem Großraum Athen. Ich bekam die Gelegenheit, Fragen zu stellen und die häufigen Vorbehalte der Deutschen zu erklären. Vereinzelte Parteien in Griechenland suchen einen „Bösen“ für die Sparpolitik der Griechen in Deutschland. Die breite Masse der Bevölkerung aber ist gut auf die Deutschen zu sprechen. Ich werde den Kontakt mit Elli Katsanou weiter halten, da ich mich über die Situation in Griechenland informieren möchte.

Leider sind die Institutionen Europaparlament, Europäische Kommission, Kommission Europas und der Europarat bei der breiten Masse der Mitbürger nicht sonderlich beliebt. Wir kennen deren Arbeit nur aus Regelungen für gerade Gurken. Meiner Meinung nach neigen die Entscheidungsträger in Brüssel dazu, die Realitäten in den Städten und Kommunen zu vergessen. Umso wichtiger ist es, dass viele Vertreter aus den Kommunen an solchen Veranstaltungen, wie den „OPEN DAYS“ teilnehmen, um die Interessen nach Europa weiterzugeben!

Der nächste Schritt im Erasmus-Programm ist eine Reise im Frühjahr 2013 in eine Stadt in Europa, in der die Mittel aus den Europäischen Fonds ein adäquates Wirtschaftswachstum und die Vermehrung von Arbeitsplätzen bewirkt haben. Im Sommer 2013 treffen sich alle 100 Mandatsträger wieder in Brüssel, um ihre Erfahrungen und das Wissen zu evaluieren und nachzubereiten.

Mantra Wirtschaftswachstum

Mit einem gewissen Abstand zu den erlebten Tagen muss ich sagen, dass mich am meisten die auf den „OPEN DAYS“ vorherrschende „Religion“ „Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze“ schockiert hat. Dieses Mantra „Wirtschaftswachstum“ beherrscht alles Denken in Politik und Wirtschaft! Meiner Meinung nach kommen wir als ÖDP nur schwer dagegen an. Ich wünsche mir, dass wir unsere politische Strategie eher danach ausrichten, „Lebenswertes Wachstum für viele Menschen“ zu generieren, als die Religion an sich zu bekämpfen. Das Naturell des Menschen ist auch so, dass er nur etwas tut, wenn er auch einen Nutzen hat. Darauf begründet auch die „Wachstums-Religion“.

Außerdem habe ich über Entscheidungsfindungen von Menschen nachgedacht. Anhand welcher Informationen trifft der Mensch Entscheidungen? Eigentlich anhand von eigenen Erfahrungen, Erlebnissen und Input, den er aus seiner Umgebung bekommt. Darauf begründet auch der Lobbyismus, der sowohl in Brüssel als auch in Berlin massiv zu finden ist. Verbände, Kirchen und Unternehmen haben sehr wohl ein Interesse daran, ihre Meinungen an die politischen Entscheidungsträger weiterzugeben. Hier haben wir erst mal keine Chance, unsere Art zu leben und zu denken, zu platzieren. Aufgrund dieser Erfahrungen halte ich eine vermehrte Zusammenarbeit, wenn nicht sogar einen Zusammenschluss mit Verbänden umso wichtiger, um gemeinsam eine „schlagkräftigere Lobbystimme“ zu haben.

Nichtsdestotrotz halte ich die EU für gut! Bis zu einem gewissen Grad ist es sinnvoll, den Schwächeren zu helfen. Schließlich beruht unser finanzieller Wohlstand auf deren Kaufkraft. Gerade Deutschland sollte sich als Exportnation dessen bewusst sein. Wann allerdings die Grenze für die Belastung der Nettozahler in der EU erreicht ist, kann ich nicht beurteilen. ■

Veranstaltungen der ÖDP München

Dienstag, 19.02.2013
Der Irrweg der Euro-Rettungsschirme
Logik und Folgen der permanenten System-Rettungen
Peter Boehringer, Wirtschaftspublizist
19:30 Uhr, Hansa-Haus, Großer Saal

Freitag, 22.03.2013
Immer schneller, immer höher, immer mehr?
Fünf Lösungen jenseits der Wachstumsfalle
Bernhard Suttner, ehem. Landesvorsitzender der ÖDP Bayern
19:00 Uhr, Evangelische Stadtakademie, Großer Saal

Donnerstag, 18.04.2013
Die Gemeinwohlökonomie
Ausweg aus der Dauerkrise?
Christian Felber, Publizist und Initiator der Gemeinwohlökonomie
19:30 Uhr, Leo 17, Theatersaal

Dienstag, 07.05.2013
Der Kampf um die Energiewende
Dr. Axel Berg, Ex-Bundestagsabgeordneter (SPD)
Thomas Prudlo, Energieexperte (ÖDP)
19:30 Uhr, Kranz, Theater

Dienstag, 28.05.2013
Wie ist die Welt von morgen? Und was ist zu tun?
Harald Welzer, Publizist
Bernhard Suttner, ehem. Landesvorsitzender der ÖDP Bayern
19:00 Uhr, Stadtmuseum, Großes Auditorium

ödp

Weitere Infos: www.oedp-muenchen.de

Spenden benötigt!

Liebe Leserin, lieber Leser!

Das für uns wichtige Wahljahr 2013 ist angebrochen. Damit wir finanziell eine stabile Basis für unsere politische Arbeit schaffen können, sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen!

Wir bitten Sie deshalb um eine regelmäßige Spende für die ÖDP bzw. für den Erhalt unseres Mitgliedermagazins ÖkologiePolitik. Herzlichen Dank dafür!

Ja, ich unterstütze ab sofort/ab _____

❑ die politische Arbeit der ÖDP
❑ das Mitgliedermagazin ÖkologiePolitik

mit einer Spende in Höhe von _____ Euro

❑ monatlich ❑ halbjährlich
❑ vierteljährlich ❑ jährlich

Bitte entsprechendes Feld ankreuzen!

Bitte buchen Sie den Betrag von meinem Konto ab:
Kontonummer _____
Bankleitzahl _____
Bankinstitut _____

Meine Adresse lautet:
Name, Vorname _____
Straße _____
PLZ, Ort _____
E-Mail _____
Datum, Unterschrift _____

Hinweis: Spenden an politische Parteien werden steuerlich begünstigt.

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Ökologisch-Demokratische Partei, Pommergasse 1, 97070 Würzburg, Tel. 0931/ 40486-0, Fax 0931/ 40486-29, www.oedp.de

Vielen Dank!

Herausgeber:
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)
www.oedp.de

Bei Unzustellbarkeit, Mängeln in der Anschrift und Umzug, Anschriftenberichtigungskarte!

VORSCHAU

ÖkologiePolitik
im Mai 2013

Superwahljahr

Drei für die ÖDP sehr wichtige Wahlen stehen die nächsten zwölf Monate an: im September 2013 die bayerische Landtagswahl und die Bundestagswahl, im Mai 2014 die Europawahl. Der bayerische ÖDP-Landesverband will seine Stimmenzahl verdoppeln und erstmals ins Parlament einziehen. Das ist auch das Parteiziel bei der Europawahl – und hier durchaus realistisch, denn das Bundesverfassungsgericht hob 2011 mit seinem Urteil die bisher geltende 5 %-Hürde auf. Um optimale Ergebnisse erreichen zu können, wurde eine Wahlkampfmanagerin engagiert. Doch die allein wird es nicht schaffen. Viel Engagement und kreative Ideen aller Landes- und Kreisverbände sind nötig.

Aufruf an alle bayerischen ÖDP-Mitglieder!

ödp

Jetzt die Unterschriftenlisten für das Volksbegehren „Direktwahl des Ministerpräsidenten" zurücksenden!

Bitten senden Sie unterzeichnete Unterschriftenlisten für das Volksbegehren „Direktwahl des Ministerpräsidenten" zum nächstmöglichen Zeitpunkt an die ÖDP-Landesgeschäftsstelle Bayern, Postfach 2165, 94011 Passau zurück! Falls Ihnen die Bestätigung im Gemeindeamt nicht möglich ist, übernimmt dies die Landesgeschäftsstelle.

Weitere Unterschriftenlisten zum Sammeln im Freundes- oder Bekanntenkreis erhalten Sie unter Tel. 08 51/ 93 11 31 oder bayern@oedp.de. Bitte bei der Rücksendung die Unterschriftenseite nicht abtrennen!

» bayern@oedp.de

TERMINE

So. 27.01.2013	ÖDP-Bundeshauptausschuss (in Würzburg)
Sa. 02.02.2013	Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Bad Windsheim)
Fr. – So. 22. – 24.02.2013	Treffen des „BAK Christen und Ökologie" (in Würzburg)
Sa. – So. 23. – 24.02.2013	Landesparteitag der ÖDP Nordrhein-Westfalen (in Köln)
Sa. 13.04.2013	Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg (in Stuttgart-Hohenheim)
Sa. – So. 04. – 05.05.2013	ÖDP-Bundesparteitag (in Coburg)
So. 26.05.2013	Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein
Sa. 15.06.2013	Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Nürnberg)
So. 15.09.2013	Landtagswahl in Bayern
So. 15. oder 22.09.2013	Bundestagswahl
Sa. – So. 23. – 24.11.2013	ÖDP-Bundesparteitag (in Eichstätt)
Sa. 30.11.2013	Landesparteirat der ÖDP Baden-Württemberg (im Raum Stuttgart)
Herbst 2013	Landtagswahl in Hessen
März 2014	Kommunalwahlen in Bayern
Mai 2014	Wahl zum Europäischen Parlament
Frühjahr 2014	Kommunalwahlen in Baden-Württemberg
Frühjahr 2014	Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz
Frühjahr 2014	Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen
Frühjahr 2014	Kommunalwahlen in Hamburg